



Gesundes Wachstum braucht starke Wurzeln

GESCHÄFTSBERICHT 2012

IB.SH
Ihre **Förderbank**

Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Ihr Träger ist zu 100 Prozent das Land Schleswig-Holstein.

Aufgaben: beraten, fördern und finanzieren

Als zentrales Förderinstitut unterstützt die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) das Land Schleswig-Holstein in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für Wirtschaft, Immobilien, Kommunen, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte, den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

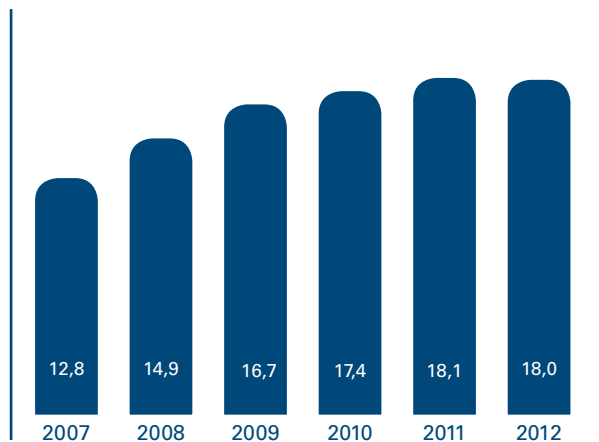
Die IB.SH hat in ihrer Strategie das Oberziel „aus eigener Ertragskraft für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein“ verankert und arbeitet ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig. Die Herausforderungen der Energiewende stehen im Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Zahlen

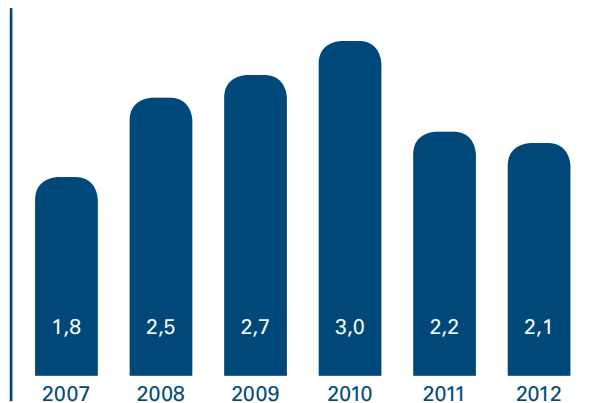
Im Jahr 2012 hatte die IB.SH eine Bilanzsumme von rund 18 Mrd. €. Das Neugeschäftsvolumen 2012 betrug 2,1 Mrd. €.

Die IB.SH hat rund 500 Beschäftigte.

Bilanzsumme (in Mrd.€)



Neugeschäftsvolumen (in Mrd.€)



Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandes	6
Bericht des Verwaltungsrates	8
Gastbeitrag von Max Schön	9
Das Jahr 2012 in Bildern	10
Leistungsspektrum	12

Wirtschaft und Technologie

15



Immobilien

25



Kommunen und Infrastruktur

35



Arbeit und Bildung

43



Europakompetenz

51



Leistungen für Kreditinstitute 61



Unser Engagement 67



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 73



Jahresabschluss	79
Lagebericht	80
Jahresbilanz	106
Gewinn- und Verlustrechnung	108
Anhang	109
Organe	120
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	122
Kontakt	124
Impressum	126

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kunden und Kooperationspartner,

das Neugeschäftsvolumen unserer Bank hat sich im vergangenen Jahr auf hohem Niveau konsolidiert.

Insgesamt konnten wir 2012 mehr als 2 Milliarden Euro Fördermittel bereitstellen, die zu mehr als 90 Prozent als Kredite vergeben wurden. Mit dieser haushaltsschonenden Förderung entstehen Innovationen, Arbeitsplätze und Know-how-Führerschaft, die dazu beitragen, dass Schleswig-Holstein sich im Standortwettbewerb gut positionieren kann und zukunftsfähig bleibt.

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen haben vor allem in qualitatives, Energie einsparendes und nachhaltiges Wachstum investiert. Die IB.SH hat diese Vorhaben 2012 erfolgreich durch Beratung und Förderung unterstützt. Dabei stellten wir dem Mittelstand deutlich mehr Kredite als im Vorjahr zur Verfügung. Die Zahl der erfolgreich begleiteten Unternehmensgründungen blieb auf hohem Niveau.

Auch in der Immobilienförderung wurden 2012 mehr Mittel vergeben als im Vorjahr. Mit der Förderung entsteht hochwertiger moderner Wohnraum, der für Eigennutzer bezahlbar ist oder zu günstigen Mietpreisen angeboten werden kann. Gerade bei Wohngebäuden gibt es noch ein großes Potenzial zur Energieeinsparung. Mit gezielten Investitionen kann hier ein enormer Beitrag zur Energiewende geleistet werden.

Auch ein wesentlicher Teil der Kommunalförderung floss in energetische Vorhaben der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen. Zur Forcierung des Ausbaus des Breitbandnetzes wurden weitere Beratungsmandate abgeschlossen. Mit dem Produkt „Breitband“ stellt die IB.SH langfristige zinsgünstige Finanzierungen zur Verfügung. Der Breitbandaus-



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)

Dr. Michael Adamska
(Vorstand)

bau ist ein wesentlicher Faktor für eine nachhaltige Standortsicherung Schleswig-Holsteins.

In der Arbeitsmarkt- und Strukturförderung betreut die IB.SH im Auftrag des Landes eine Vielzahl von Förderprogrammen. Dazu gehören insbesondere das Zukunftsprogramm Wirtschaft und das Zukunftsprogramm Arbeit, mit denen EU, Bund und Land wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen. Große Bedeutung in der Arbeitsmarktförderung haben die berufliche Weiterbildung und Qualifizierungen. Die Arbeitsmarktförderung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs im Norden.

Förderbanken haben bei der notwendigen Verankerung von Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft eine besondere Verantwortung. In sofern legt die IB.SH bei ihrer Fördertätigkeit besonderen Wert auf nachhaltiges Wirtschaften.

Nachhaltigkeit hat auch innerhalb der Bank einen hohen Stellenwert. Wir haben deshalb unsere Gesamtbankstrategie um eine Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt und für alle Bereiche der Bank konkrete Nachhaltigkeitsmaßnahmen erarbeitet, die jetzt sukzessive umgesetzt werden.

Und: Dieser Geschäftsbericht erscheint in neuem Design. Denn unser Selbstverständnis als nachhaltiges kundenorientiertes Förderinstitut wollen wir auch nach außen transportieren. Um einen zeit- und auftragsgemäßen Außenauftritt zu erreichen, wurde die neue Marke „IB.SH – Ihre Förderbank“ entwickelt. Denn nur wer Wandel zulässt, ist auch zukunftsfähig.

Den bereits ein Jahr zuvor eingeschlagenen Weg zu einem familienfreundlichen Arbeitgeber haben wir im vergangenen Jahr konsequent weiter verfolgt. Als Träger der Zertifikats „berufundfamilie“ hat uns dies die Hertie-Stiftung durch eine sehr positive Zwischenevaluierung ausdrücklich bestätigt.

Darüber hinaus haben wir unser soziales und gesellschaftliches Engagement intensiviert: Außer für Kunst und Kultur engagiert sich die Bank immer mehr für die Nachwuchsförderung in Schulen und Universitäten.

Abschließend möchten wir uns bedanken: bei unseren Kunden und unserem Eigentümer, dem Land Schleswig-Holstein, für das entgegengebrachte Vertrauen und bei unseren Kooperationspartnern für die konstruktive Zusammenarbeit. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für ihre von hoher Motivation und Leistungsbereitschaft geprägte Arbeit.



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)



Dr. Michael Adamska
(Vorstand)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2012 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

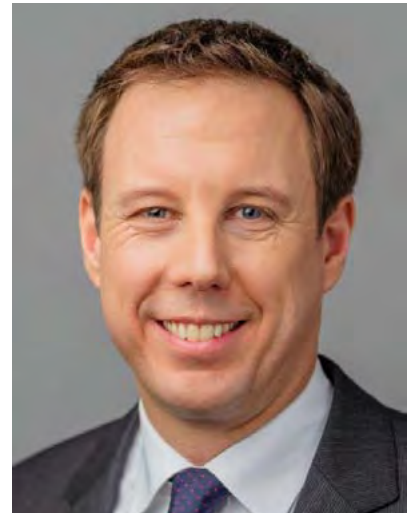
Im Juni 2013 billigte der Verwaltungsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2012 nebst Lagebericht. Gleichzeitig erteilte der Verwaltungsrat die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Gewinns.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB.SH für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit.

Kiel, 4. Juni 2013

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Thomas Losse-Müller
(Vorsitzender)



Thomas Losse-Müller

Als Synonym für den Begriff Nachhaltigkeit wird oftmals der Ausdruck Zukunftsfähigkeit genannt. Um nachhaltiges Handeln nach über 15 Jahren Debatte gesellschaftlich stärker zu implementieren, sollten wir uns eines einfachen Spiels bedienen und immer dann, wenn wir das Wort nachhaltig nutzen wollen, dies durch zukunftsfähig ersetzen und uns selbst damit motivieren nach Jahren der Diskussion endlich zu handeln. Denn eine zukunftsfähige Gesellschaft wünscht sich jeder, der unseren Planeten an Kinder und Enkelkinder vererben möchte – die politische Debatte um ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit hat bedauerlicherweise jedoch bisher wenig Konkretes hervorgebracht.

Dass immer mehr Institutionen und Unternehmen Nachhaltigkeit zu ihrem Grundsatz erklären, ist daher besonders erfreulich, weil damit ein Bekenntnis der innerhalb der Gesellschaft handelnden Akteure vorliegt, das unmittelbare Konsequenzen nach sich zieht. Denn neben den Verhaltensänderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher kommt der Wirtschaft eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung einer nachhaltigen Volkswirtschaft der Zukunft zu. Zeigt die Wirtschaft, dass nachhaltiges Wirtschaften und ökonomischer Erfolg miteinander vereinbar sind, rückt das Thema in die Mitte unserer Gesellschaft und erfährt die längst überfällige Wahrnehmung als eine Aufgabenstellung, welche genauso viel Aufmerksamkeit verlangt wie die globale Finanzkrise oder die internationale Sicherheitspolitik. Denn dieses Interesse verdient Nachhaltigkeit ebenso wie die beiden letztgenannten Konfliktlinien aus einem Grund: Versäumen wir wichtige Weichenstellungen, entziehen wir uns selbst die Grundlagen für ein Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand.

Um das gesellschaftliche Bewusstsein für die umfassende Bedeutung nachhaltigen Handelns zu stärken, gilt es an ganz unterschiedlichen Punkten anzuknüpfen. Die IB.SH hat durch ihre Position als Förderin überzeugender Projekte hierbei eine ganz besondere

Rolle. Durch die Förderung von Unternehmen und Unternehmensgründungen sowie die Immobilienförderung und das damit einhergehende umfangreiche Know-how fällt der IB.SH eine Steuerungsfunktion im Transformationsprozess unseres Wirtschaftssystems hin zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft zu. Anders als andere Akteure sind Finanzinstitute in der Lage, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz von ihrem optionalen Charakter zu befreien und sie zu einer Grundregel unserer Volkswirtschaft zu machen.

Verantwortungsvolles Unternehmertum ist im 21. Jahrhundert zu einem Schlüsselwort der öffentlichen Debatte geworden. Diese Verantwortungsübernahme schlägt sich in sehr unterschiedlichem Engagement nieder, das jedes für sich begrüßenswert ist. Wünschenswert wäre bei aller Mehrstimmigkeit aber ein stärkerer Gleichklang im Bekenntnis zur Nachhaltigkeit oder eben Zukunftsfähigkeit unserer Lebensgrundlage.



Autor: Max Schön ist Vorstand der Stiftung 2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz. Die Stiftung 2° ist eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmern. Ziel ist es, die Politik bei ihren Bemühungen zur Etablierung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für den Klimaschutz zu unterstützen und die Lösungskompetenz deutscher Unternehmer für den Klimaschutz zu aktivieren.



Breitbandausbau in Schleswig-Holstein

Beim Breitbandausbau in Schleswig-Holstein spielt die IB.SH eine zentrale Rolle. Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Reinhard Meyer lädt die Bank einmal jährlich zu einem Workshop „RunderTisch Breitband“ ein. Bislang ist die IB.SH in 22 Breitband-Projekten im Land engagiert.

EU würdigt Ostseeprogramm

EU-Kommissar für Regionalpolitik Johannes Hahn unterstreicht per Videobotschaft im Rahmen der Jahreskonferenz des EU-Ostseeprogramms die Bedeutung der europäischen territorialen Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Das Ostseeprogramm wird durch die IB.SH umgesetzt.



New Energy

Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum stellt die IB.SH den Besuchern am Messestand ihre Produkte und Dienstleistungen vor. Im Rahmen des Messekongresses diskutieren Experten und mehr als 100 Teilnehmer beim Energieforum der Bank.



Energieeinsparung und Barrierefreiheit

Ein neues Zuschussprogramm ermöglicht Modernisierungen zur Energieeinsparung und zur Reduzierung von Barrieren in Wohnungen. Es wurde gemeinsam mit dem damaligen Innenminister Klaus Schlie vorgestellt. Die IB.SH kümmert sich gemäß öffentlichem Auftrag in besonderer Weise darum, energieeffizienten und zukunftsfähig gestalteten Wohnraum für Investoren und Selbstnutzer finanzierbar zu machen.



Gesellschaftliche Verantwortung

Das gesellschaftliche Engagement der IB.SH ist vielschichtig. Die Bank unterstützt regionale Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft – in diesem Fall Maler vom Bundesverband Bildender Künstler.

HUSUM WindEnergy

Die IB.SH präsentiert sich auf dieser wichtigen Messe auf dem schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsstand und informiert über die Zusammenhänge von Finanzkrise, Energiewende und Klimawandel.

Engagement für das Land

Die Gäste kamen aus dem gesamten Bundesgebiet, um Helmut Stracke nach 36 Jahren Tätigkeit als Geschäftsführer bei NordwestLotto Schleswig-Holstein in den Ruhestand zu verabschieden. Der damalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen dankte Helmut Stracke für sein Engagement. Die IB.SH ist hundertprozentiger Gesellschafter von NordwestLotto.



Zusammenarbeit zwischen IB.SH und IfW

Das Institut für Weltwirtschaft und die IB.SH haben 2012 eine Kooperation vereinbart. In diesem Rahmen gab es zwei erfolgreiche Informationsveranstaltungen mit IfW-Präsident Dennis Snower. Die Zusammenarbeit steht unter der Prämisse „Think global, act local“, die einen Mehrwert für beide Häuser erschließt.



Nordbau

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands am Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten rund um die eigenen vier Wände. Im Rahmen des Forums „Öffentliche Infrastruktur“ der IB.SH diskutieren Experten über mehr Transparenz bei ÖPP-Projekten und die Umsetzung der Energiewende im Rahmen der Projekte.

Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt

Das Stadtbild der Landeshauptstadt Kiel unterliegt einem stetigen Wandel. Die IB.SH kooperiert mit der Stadt sowohl beim Thema übergeordnetes Stadtentwicklungskonzept als auch bei Einzelprojekten. Bürgermeister Peter Todeskino referierte dazu in der IB.SH.



Kieler Unternehmerintag

Über 90 Unternehmerinnen und Existenzgründerinnen nahmen an der Veranstaltung teil, zu der die IB.SH gemeinsam mit der Stadt Kiel, der KiWi GmbH und dem Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V. einladen. Das Thema „Gender-Marketing“ stand im Focus. Das Grusswort sprach Kiels damaliger Oberbürgermeister und heutiger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Torsten Albig.



Wirtschaft und Technologie

Beratung und Dienstleistungen

- Beratung von Existenzgründerinnen, Existenzgründern und Unternehmen über öffentliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten durch die Förderlotsen
- Beratung und Informationen über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- Unterstützung bei der Beantragung und Projektabwicklung im Rahmen von EU-Förderprogrammen
- Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- Unterstützung von Unternehmen bei Aktivitäten zur Internationalisierung

Kredite für Firmenkunden und landwirtschaftliche Betriebe

- Kredite für Investitionen, Vorräte und Forderungen, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, außenwirtschaft-

liche Aktivitäten, Nachfolgeregelungen, Umweltmaßnahmen

- KMUdirekt (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- AgrarKREDIT

Kredite für Existenzgründungen

- Starthilfe Schleswig-Holstein
- Mikrokredit

Beteiligungskapital für Unternehmen

- EFRE-Risikokapital-Fonds
- EFRE-Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein
- Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH
- MBG-Beteiligungen

Investitionszuschüsse

- Zuschüsse an die gewerbliche Wirtschaft
- Zuschüsse für Modernisierungsvorhaben

kleiner gewerblicher Beherbergungsbetriebe

Beratung und Kredite für die Nutzung erneuerbarer Energien

- Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solarthermie- und Photovoltaik-Projekten
- Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
- Kredite für Projekte im Bereich regenerativer Energien

Qualifizierungen

- Meister-BaföG
- Qualifizierung von Existenzgründern
- Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze

Immobilien

Beratung und Dienstleistungen

- Finanzierungsberatung für Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau
- Betreuung von Wohnungseigentümergemeinschaften bei Finanzierung von Modernisierungs- und/oder Sanierungsmaßnahmen
- Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (ImmobilienCheck)
- Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung (ImmoInvest)
- Integrative Quartiersentwicklung
- ImmoFokus – Regionales Wohnungsmarktmontoring

Kredite im Bereich der Sozialen Wohnraumförderung

- Mietwohnungsbau: Baudarlehen für Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen,

Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum, Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

- Eigentumsmaßnahmen: Baudarlehen für Neubau und Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum, Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbstgenutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen, Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Kredite im Bereich der Allgemeinen Wohnraumförderung

- Mietwohnungsbau: eigene Kreditprodukte, (z. B. Kooperationsdarlehen), Vergabe von KfW-Darlehen
- Eigentumsmaßnahmen: ergänzende Darlehen der IB.SH, (z. B. ImmoFlex), Vergabe von KfW-Darlehen

Förderung im Bereich Städtebau

- Programme für Sanierung und Entwicklung, Stadtbau West, Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebaulichen Denkmalschutz, Kleinere Städte und Gemeinden

Energetische Sanierung, Energiesparen, Energiemanagement (durch die Energieagentur)

- Energiemanagement: Einführung, Begleitung, Schulung
- Internetgestütztes Energiecontrolling (EnergieCheck)
- Stromesparung in öffentlichen Gebäuden
- Wärmetechnische Gebäudesanierung
- Energiepass für öffentliche Gebäude

Arbeit und Bildung

Förderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit

- Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - Weiterbildungsbonus Schleswig-Holstein
 - Potenzialberatung
 - Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
 - Vorgründungsberatung für Existenzgründungen aus Beschäftigung
 - Beschäftigungsentwicklung in Clustern

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - Regionale Ausbildungsbetreuung
 - Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - Transnationale Maßnahmen

- Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt
 - Innovative Arbeitsmarktprojekte
 - Beratungsstellen Frau & Beruf
 - Förderung der Alphabetisierung

Meister-BaföG

Maßnahmen des Jugendaufbauwerks Schleswig-Holstein (JAW)

Prüfung und Anerkennung von Bildungsfreistellungsveranstaltungen

Kommunen und Infrastruktur

Beratung und Dienstleistungen

- Beratung bei der Entwicklung, Finanzierung und Umsetzung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung der Förderprogramme von Land/Bund/EU
- Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ÖPP-Realisierungskonzepte und Eignungsabschätzungen
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von Infrastrukturvorhaben
- Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren
- Beratung und Unterstützung beim kommunalen Energiemanagement, energetischer Sanierung und Energiesparen durch die Energieagentur (Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen, Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasbelieferung, Durchführung von Contracting-Vorhaben)
- Integrative Quartiersentwicklung

Kredite an Kommunen

- Individuelle Finanzierungs- und Förderberatung für Kommunen und kommunale Eigenbetriebe
- Individuelle und zinsgünstige Kommunalkredite
- Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds
- Mietwohnungsbau: Baudarlehen für Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen

Kredite an kommunale Unternehmen

- Individuelle Finanzierungsberatung unter Einbeziehung von Fördermöglichkeiten
- Zinsgünstige Kredite aus eigenen Programmen
- Kooperation mit Hausbanken und Sparkassen
- Krankenhausfinanzierungsmittel

Kredite an Infrastruktur-Projektgesellschaften

- Unterstützung bei der Entscheidungsfindung und bei der Herstellung der notwendigen Transparenz im Vorfeld
- Finanzierung der Bauphase
- Langfristige Endfinanzierung

Kredite im Bereich Städtebauförderung

- Förderprogramme für Sanierung und Entwicklung, Stadtumbau West, Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebaulichen Denkmalschutz, Kleinere Städte und Gemeinden

Infrastrukturförderung

- Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Zukunftsprogramm Wirtschaft)

Europakompetenz

Partner des Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein

- Beratung und Informationen über EU-Förderprogramme und -Initiativen für Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Hamburg und Schleswig-Holstein
- Unterstützung bei der Beantragung und Projektabwicklung im Rahmen von EU-Förderprogrammen
- Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- Unterstützung von Unternehmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein bei Aktivitäten zur Internationalisierung

Repräsentanz in Brüssel

- Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen
- Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit: Ostseeprogramm und Programm Südliche Ostsee

- Grenzüberschreitende Strukturfondsverwaltung im Auftrag der Ostseerainerstaaten
- Beratung von öffentlichen Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsförderinstituten aus dem Ostseeraum zu Fördermöglichkeiten i. R. dieser Programme
- Spezialisierte Beratungen/Schulungen für Projekt- und Finanzmanager sowie Wirtschaftsprüfer zur Verwendung und Finanzkontrolle von Fördergeldern aus diesen Programmen
- Informationen für interessierte Zielgruppen im Ostseeraum über Chancen und Ergebnisse grenzübergreifender Kooperationsprojekte

EU-Finanzinstrument „Seed Money Facility zur EU-Strategie für den Ostseeraum“

- Verwaltung der Anschubfinanzierung von Projekten zur Unterstützung der EU-Ostseestrategie
- Beratung von öffentlichen Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsförderinstituten aus dem Ostseeraum zu Fördermöglichkeiten aus diesem Instrument

Abwicklung von Programmen, die durch die EU kofinanziert werden

- Zukunftsprogramm Arbeit
- Zukunftsprogramm Wirtschaft

Leistungen für Kreditinstitute

Zweckgebundene Refinanzierungen von Kreditinstituten zur Förderung des Mittelstandes, kommunalnaher Unternehmen und der Immobilienkunden

Zweckgebundene Refinanzierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Förderung des Mittelstandes

Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der

KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)

Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und der LR an die Sparkassen



**„Wir setzen auf Wachstum und
Gemeinschaftssinn. Und das auf Basis
einer nachhaltigen Strategie.“**

Jörg Hans, Geschäftsführer der medac Gesellschaft für klinische Spezialpräparate mbH

Das Wedeler Unternehmen medac liefert
Medikamente zur Behandlung von onkologischen und
Autoimmun-Erkrankungen in über 70 Länder der Welt.
Tendenz: steigend.



Von Wedel in alle Welt

Wer unter einer Krebserkrankung leidet, benötigt weitreichende Unterstützung. Der Beistand durch die Familie und Freunde gehört ebenso dazu wie die Unterstützung durch Ärzte und gezielte therapeutische Maßnahmen. Auf Produkte für Letzteres hat sich die medac Gesellschaft für klinische Spezialpräparate mbH aus Wedel spezialisiert. 1970 gegründet, ist das unabhängige, privat geführte Unternehmen mittlerweile einer der europaweit führenden Hersteller und Vermarkter von Präparaten zur Behandlung von onkologischen, urologischen und Autoimmun-Erkrankungen. Dazu gehören auch Diagnostika zur Erkennung von Krebs und infektiösen Krankheiten.

Das Wedeler Unternehmen fährt seit Jahren einen konsequenten und nachhaltigen Wachstumskurs. Heiner Will, einer von sechs Geschäftsführern bei medac, nennt einen der Gründe dafür: „Durch ständig sinkende Medikamentenpreise müssen wir einen immer höheren Warenstrom bewegen, um das finanzielle Niveau zu halten.“ Das Wachstum spiegelt sich in der steigenden Zahl der Mitarbeiter wider.

2012 ist die Belegschaft an den deutschen Standorten um 103 auf 906 Beschäftigte gewachsen. Und auch im ersten Quartal 2013 konnten weitere neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden. „Wir sind ein attraktiver Arbeitgeber, und die Fluktuation ist bei uns vergleichsweise gering. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass wir alles fördern, was den Gemeinschaftssinn stärkt“, erläutert medac-Geschäftsführer Jörg Hans. Das Unternehmen unterstützt seine Beschäftigten unter anderem bei sportlichen Aktivitäten und bietet über ein umfangreiches Kursystem eine breite Palette von Fortbildungen an. Darüber hinaus gibt es einen Förderkreis für die Entwicklung von Führungskräften.

Um für die wachsende Belegschaft ausreichend räumliche Kapazitäten zu schaffen, hat das Unterneh-

men 2012 den Stammsitz in Wedel erweitert. In Tornesch wurden für 25 Millionen Euro ein 9.700 Quadratmeter großes, vierstöckiges Büro- und Laborgebäude sowie ein darin integriertes Logistikzentrum gebaut. Letzteres besteht aus einem automatischen Kleinteilelager, einem Hochregallager sowie einem Kühllager. In den nächsten drei Jahren sind in Tornesch weitere Investitionen in ein Silolager, in Grund und Boden und in ein Verwaltungsgebäude geplant. Das für die Finanzierung der Gesamtinvestitionen bei medac benötigte Fremdkapital wird von einem Bankenkreis zur Verfügung gestellt, zu dem auch die IB.SH gehört.



Die medac-Mitarbeiter forschen für noch bessere Medikamente zur Behandlung von onkologischen und Autoimmun-Erkrankungen.

„Bei der energetischen Versorgung unserer beiden schleswig-holsteinischen Standorte gehen wir neue Wege“, verrät medac-Geschäftsführer Jörg Hans. In Wedel ist ein aufwändiges Erdwärme-System installiert worden, für das allein 16 Bohrungen notwendig waren. Und in Tornesch hat sich das Unternehmen für ein Blockheizkraftwerk entschieden, bei dem über eine Kraft-Wärme-Kopplung die Abwärme der Stromerzeugung zum Heizen genutzt wird. „Das Blockheizkraftwerk ist so ausgelegt, dass wir damit auch unser neues Silolager, das 2013 entsteht, mit versorgen können“, erklärt Jörg Hans. Ein Energiekonzept mit Zukunft also – auch das gehört zur nachhaltigen Strategie von medac.

Seit Jahrzehnten ist die IB.SH eine verlässliche Größe innerhalb der Mittelstandsförderung Schleswig-Holsteins. Sowohl als Berater bei Finanzierungsfragen als auch als Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen stärkt sie die Zukunftsfähigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Darüber hinaus ist sie Finanzierungspartner der Hausbanken und Beteiligungsgeber.

Die IB.SH arbeitet zudem eng mit anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. Neben der Beratung über inländische Fördermöglichkeiten bietet sie den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein auch Finanzierungs- und Beratungskompetenzen zu europäischen Lösungen aus einer Hand an.

Wie in den Vorjahren zielen die Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der IB.SH auf eine nachhaltige Wirkung und damit auf die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und Menschen in Schleswig-Holstein ab.

Förderlotsen

Zuschuss, öffentliches Darlehen, Bürgschaft, Beteiligung, Business-Plan? Selbst in Zeiten der Informationsgesellschaft sind individuell zugeschnittene öffentliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für viele Unternehmen und Gründungsinteressierte wenig transparent.

Die Förderlotsen der IB.SH setzen hier mit ihrer institutsübergreifenden und unentgeltlichen Beratung an: Sie beraten Gründungsinteressierte und bestehende Unternehmen über optimale Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Dieses langjährige Serviceangebot der IB.SH wurde auch 2012 wieder stark nachgefragt.

Bei den mehr als 1.000 individuell beratenen Unternehmen bildeten Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Erweiterungsinvestitionen einen Be-

ratungsschwerpunkt. Hierbei ging es zu einem wesentlichen Teil um eine nachhaltige Unternehmensentwicklung durch Sicherung von Arbeitsplätzen, energetische Optimierung von Betriebsstätten oder Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern. Weitere Beratungsthemen waren Beratungskostenzuschüsse für die zukunftsfähige Ausrichtung von Unternehmen, Mitfinanzierungsmöglichkeiten der IB.SH sowie Innovationsvorhaben. Auch Möglichkeiten eines Direktkredites über die IB.SH z.B. im Rahmen des Programms IB.KMUDirekt wurden von vielen Unternehmen nachgefragt.

Im Jahr 2012 unterstützten die Förderlotsen der IB.SH ebenfalls etwa 1.000 Existenzgründerinnen und -gründer. Sie berieten über geeignete Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten sowie Anforderungen an Gründungskonzepte zur Vorbereitung auf die Gespräche der Gründungsinteressierten mit ihren Hausbanken. Etwa 40 Prozent der beratenen Gründungsinteressierten waren Frauen, die die besondere Expertise der Förderlotsen in der Gründerinnenberatung – unter anderem als Regionalverantwortliche der „bundesweiten gründerinnenagentur“ – in Anspruch nahmen. Die IB.SH richtete in diesem Zusammenhang im Frühjahr 2012 auch das Jahrestreffen der „bundesweiten gründerinnenagentur“ aus, von dem in jedem Jahr wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der bundesweiten Gründerinnenberatung ausgehen.

Im Gründungsbereich waren vor allem Möglichkeiten der Übernahme der Hausbankfunktion durch die IB.SH im Rahmen der Starthilfe Schleswig-Holstein und Möglichkeiten der Mikrofinanzierung (IB.Mikrokredit) gefragt. Deutlich wird auch eine zunehmende Nachfrage nach Beratungen zur Finanzierung von Existenzgründungen im Zuge von Unternehmensnachfolgen.

Zur Förderung von Existenzgründungen gehört auch das Engagement der IB.SH im Rahmen des bundesweiten Projektes „JUNIOR – Schüler als Manager“

Gerade wegen der im internationalen Vergleich in Deutschland geringen Gründungsbereitschaft ist dieses Projekt ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Gründungsklimas und zur Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse in Schulen.

Neben individuellen Beratungsgesprächen waren die Förderlotsen wie im Vorjahr auf fast 150 Vorträgen, Seminaren und Finanzierungssprechtagen für Gründungsinteressierte und bestehende Unternehmen an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein vertreten.

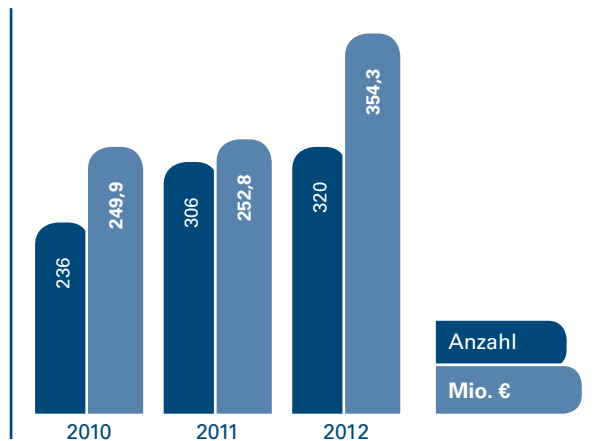
Die Förderlotsen sind aktive Partner im Beratungszentrum insbesondere mit der KfW, Wirtschaftskammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Technologie- und Gründerzentren, Agenturen für Arbeit, sowie Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Angesichts der wie in den Vorjahren hohen Beratungszahlen und ihrer neutralen, institutsübergreifenden Rolle ist die Beratung durch die Förderlotsen eine wichtige Säule der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein.

Kredite an Firmenkunden

Mit einem Volumen von insgesamt 354,3 Mio. € (ohne Fonds) lag das Neugeschäft deutlich über dem Neugeschäftsvolumen des Vorjahres. Als Partnerin der Hausbanken hat sich die IB.SH 2012 bei insgesamt 320 neuen Fällen engagiert. Damit unterstützt sie mehr als 1.700 mittelständische Unternehmen. Die Begleitung des Mittelstands ist im Wesentlichen auf langfristige Investitionen ausgelegt, welche ein nachhaltiges Wachstum und den Fortbestand der Unternehmen sichern. Wie in den Vorjahren lieferten daher die Investitions-, Betriebsmittel- und Kooperationsdarlehen einen wesentlichen Ergebnisbeitrag.

Kredite an Firmenkunden – Neukreditgeschäft 2010–2012

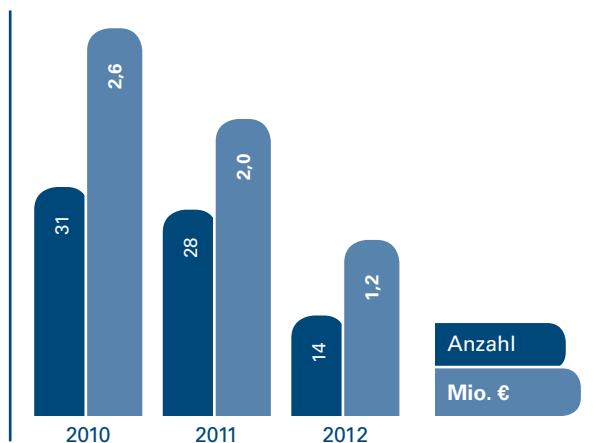


Die IB.SH unterstützt das Land Schleswig-Holstein auch im Rahmen der Energiewende, weshalb erneut verschiedene Projekte zur regenerativen Energieerzeugung finanziert wurden. Infolgedessen resultierte zum dritten Mal in Folge das größte Neugeschäftsvolumen aus diesem Geschäftsfeld. Während im Jahr 2010 auch größere Photovoltaikanlagen finanziert wurden und sich das Neugeschäftsvolumen 2011 vergleichsweise gleichmäßig auf die Unterstützung von Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen verteilte, wurden 2012 insbesondere Windkraftanlagen unterstützt.

IB.KMUDirekt – Direktkredite zur Unternehmensfestigung

Mit dem Kreditprogramm *IB.KMUDirekt* gewährleistet die IB.SH die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die trotz positiver Zukunftsprognose bei den Banken keine Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie von den Mentoren für Unternehmen in Schleswig-Holstein e.V. eingereicht werden. Bei diesen handelt es sich um erfolgreiche Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen ehrenamtlich und unabhängig Unternehmen anbieten.

Neukreditgeschäft *IB.KMUDirekt*

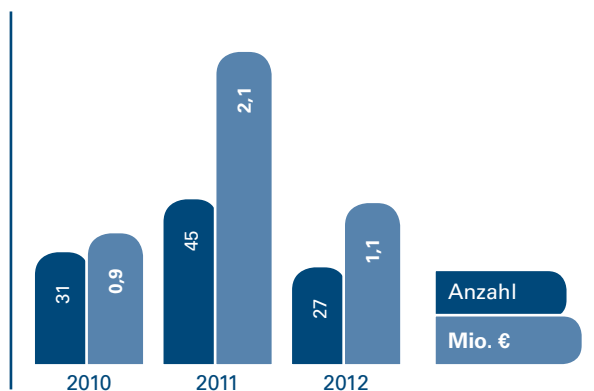


Auch aufgrund der erweiterten Finanzierungsangebote der Hausbanken mussten in den vergangenen Jahren immer weniger Unternehmen diese Förderung der IB.SH in Anspruch nehmen. Mit 14 (im Vorjahr 28) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. € (im Vorjahr 2,0 Mio. €) konnten fast 300 Arbeitsplätze gesichert werden.

Starthilfe Schleswig-Holstein: Existenzgründungen

Im Rahmen des Produktes *Starthilfe Schleswig-Holstein* übernimmt die IB.SH die Hausbankfunktion, um so auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen. Voraussetzung für die Kreditvergabe ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, das auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die IB.SH begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW.

Neukreditgeschäft *Starthilfe Schleswig-Holstein*



Im vergangenen Jahr hat die IB.SH insgesamt 27 Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen in Höhe von 1,1 Mio. € den Start in die berufliche Selbstständigkeit ermöglicht und damit dazu beigetragen, dass 50 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Der Rückgang der Anzahl der unterstützten Existenzgründungen ist auch auf die Etablierung des *IB.Mikrokredites* zurückzuführen.

IB.Mikrokredit – Finanzierung von Kleinstgründungen

In Zusammenarbeit mit den Kammern, diversen Wirtschaftsfördergesellschaften und Gründerzentren aus Schleswig-Holstein wurde Mitte Juni 2011 der IB.Mikrokredit eingeführt. Er dient zur Erleichterung der Gründung von Kleinstunternehmen mit einem Kapitalbedarf von 3.000 bis 15.000 €.

2012 ist der *IB.Mikrokredit* zu einer festen Größe geworden. Er wurde für 83 Existenzgründungen genutzt. Das finanzierte Kreditvolumen betrug insgesamt 989.500 €. Dadurch konnten mehr als 150 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden. Die Zusammenarbeit mit den Kammern, diversen Wirtschaftsfördergesellschaften und Gründerzentren aus Schleswig-Holstein hat sich sehr gut bewährt.

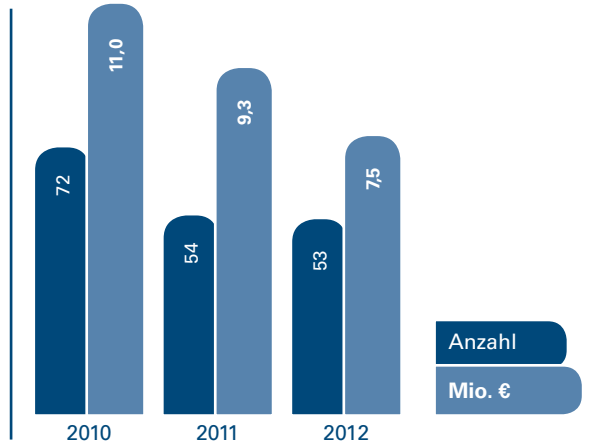
Eigenkapitalprodukte

Die zur Jahresmitte 2008 gegründete Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH hat sich weiter erfolgreich etabliert. Diese gemeinsam mit dem Land gegründete Gesellschaft soll die bestehenden Lücken in der Eigenkapitalversorgung des größeren Mittelstands schließen. Gesellschafter sind: Sparkasse Mittelholstein AG, Sparkasse zu Lübeck AG, Nord-Ostsee-Sparkasse, Förde Sparkasse, Kieler Volksbank eG, VR Bank Neumünster, Commerzbank AG, KfW sowie die IB.SH. Seit der Gründung konnten 23 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rund 20 Mio. € platziert werden.

Der mit einem Volumen von 48 Mio. € aufgelegte EFRE-Risikokapitalfonds II liegt weiterhin über der Planung. Im vergangenen Jahr wurden 36 Beteiligungen bewilligt, so dass insgesamt 220 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rund 41 Mio. € zugesagt

werden konnten. Damit wurde ein deutlicher Beitrag zur nachhaltigen Stärkung der finanziellen Situation in der mittelständischen Wirtschaft geleistet. Insgesamt sind mit den bisher herausgelegten Beteiligungen Investitionen in Höhe von 351 Mio. € begleitet worden.

Neugeschäft EFRE-Seed- und Start-up-Fonds



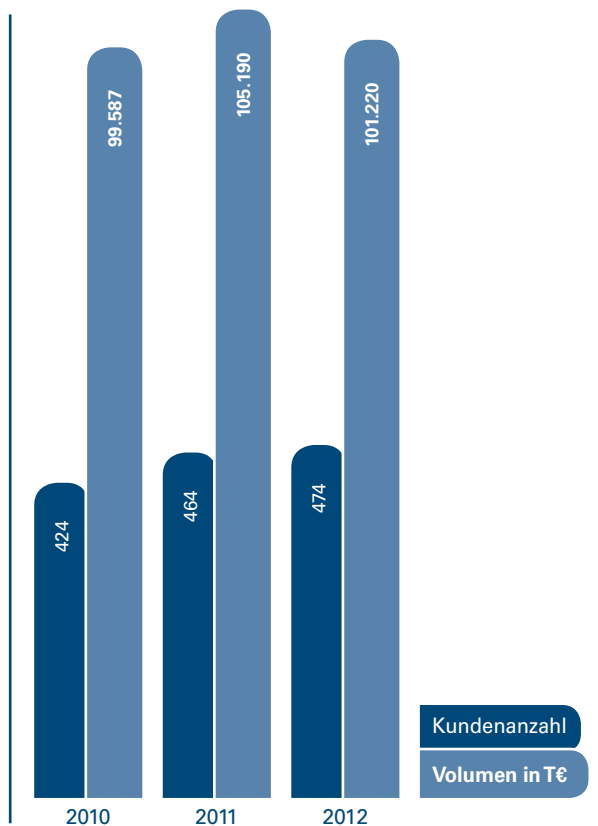
Als Ersatz für den ausgelaufenen Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein wurde im Dezember 2011 zusammen mit dem Land, der MBG Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH und der WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH ein neuer Fonds aufgelegt: der EFRE-Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein. Die Mittel aus diesem Fonds werden zur Förderung jener Ausgründungen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen verwendet, die forschungs-, entwicklungs- oder wissenschaftsbasierte Aktivitäten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Außerdem kommt es zur Unterstützung von innovativen kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Seit der Einführung wurden mit 17 Beteiligungen und einem Beteiligungsvolumen von insgesamt 1,5 Mio. € innovative Entwicklungen in Höhe von 3,5 Mio. € unterstützt.



Die IB.SH ist maßgeblich an der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) beteiligt. Die MBG, die als Beteiligungskapitalgeber das wirtschaftliche Eigenkapital mittelständischer Unternehmen in Schleswig-Holstein stärkt, blickt auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2012 zurück. Das Neugeschäft hat sich deutlich belebt und auch strukturell eine erfreuliche Entwicklung genommen. 84 Prozent (Vorjahr 72 Prozent) der Beteiligungsmittel flossen in Finanzierungen, die das Unternehmenswachstum zum Gegenstand hatten.

MBG-Beteiligungsportfolio



Weitere Kernaussagen zu den Förderergebnissen 2012:

- **Neugeschäft mit 9,4 Prozent im Plus**

Das von der MBG bewilligte Beteiligungsvolumen stieg 2012 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € auf 18,6 Mio. €. Dieses Volumen verteilte sich auf 109 (Vorjahr 112) Unternehmen. Im Zuge dieser Entwicklung ist die durchschnittliche Beteiligungshöhe je Unternehmen auf 170.000 € (Vorjahr: 152.000 €) gestiegen.

- **Investitionen dominieren**

38,3 Prozent (7,1 Mio. €) der Beteiligungsmittel wurden 2012 in den Unternehmen für Investitionen eingesetzt, nur 20,8 Prozent dagegen zur Stärkung der Betriebsmittelausstattung der Unternehmen. Im Vorjahr hielten sich noch beide Einsatzbereiche mit je 33 Prozent die Waage. Damit hält der Trend von der Betriebsmittel- hin zur Investitionsfinanzierung bereits im dritten Jahr an – ein Beleg für die nachhaltig positive Grundstimmung in der Wirtschaft.

- **Handel, Industrie und Handwerk bei den Branchen an der Spitze**

32,7 Prozent oder 6,1 Mio. € gingen 2012 an 34 Handelsunternehmen, die damit die Industrie (3,7 Mio. € / 22 Unternehmen) im Branchenranking an der Spitze ablösen. Im Zuge der guten Konjunktur im Handwerk gingen außerdem knapp 3,4 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) an 31 Handwerksbetriebe.

- **Markt für Unternehmenskäufe/-verkäufe gewinnt weiter an Dynamik**

Im Jahr 2012 wechselten viele mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein den Eigentümer. Grund war in vielen Fällen die anstehende Unternehmensnachfolge, aber auch die strategische Übernahme. In 18 dieser Fälle hat sich die MBG 2012 mit knapp 4 Mio. € Beteiligungskapital an diesen Transaktionen beteiligt.

Ausblick Finanzierungsgeschäft

Die Entwicklung der Konjunktur und deren Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft erweisen sich als schwer einschätzbar. Im Bereich der erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz sind weiterhin erhebliche Investitionspotenziale vorhanden. Durch höhere Eigenkapitalanforderungen (Basel III) werden sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken verändern. Dies wird bei den Kunden bezüglich der eigenen Eigenkapitalausstattung zu einem erhöhten Bedarf führen.

Daher ist zu erwarten, dass die Hausbanken im Rahmen ihrer Portfolio- bzw. Einzel-Engagementsteuerung auch künftig die Risikoteilung mit der IB.SH nutzen. Diese wird – ihrem Förderauftrag gemäß – bei jedem einzelnen Finanzierungsengagement eine passende Lösung aus Beteiligungen und Krediten finden.

Dank ihrer Palette innovativer und passgenauer Produkte kann die IB.SH den Unternehmen und Kreditinstituten auch 2013 engagiert zur Seite stehen und unter Einbeziehung der Angebote des Bundes, der KfW und des Landes Schleswig-Holstein alles dafür tun, die Finanzierungserfordernisse der Kreditnehmer in Schleswig-Holstein zu erfüllen.



**„Wenn es mir plötzlich mal
nicht gut gehen sollte, dann drücke ich
auf den Knopf.“**

Gisela Balzer, Bewohnerin des Wohnparks am Kleinen Eutiner See

Der Wohnpark am Kleinen Eutiner See ermöglicht der Generation 60plus ein selbstbestimmtes barrierefreies Leben – und bietet so viel Pflege, wie gewünscht wird.



Ein Wohnpark für barrierefreie Lebensfreude

„Wir machen Handarbeitsabende zusammen und einmal im Monat haben wir viel Spaß beim Bingoabend. Und Kaffeeklatsch ist jeden Dienstag um 15 Uhr. Da treffen sich dann immer alle“, freut sich Gisela Balzer. Die quirlige 86-Jährige wohnt seit April 2012 im Wohnpark am Kleinen Eutiner See, eine Anlage für die Generation 60plus. Sie führt dort ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben. Und sie nutzt gern die Angebote, die in zwei großen Gemeinschaftsräumen stattfinden. „Und wenn es mir mal plötzlich nicht gut gehen sollte, drücke ich auf den Knopf“, erklärt sie und zeigt auf einen unscheinbaren Plastikknopf, der mit der Gegensprechanlage des „AKA Pflegedienstes“, der im Wohnpark einen Sitz hat, verbunden ist. Doch die ausgebildeten Pfleger sind nicht nur in Notfallsituationen sofort zur Stelle. Wer Pflege wünscht, kann sie jederzeit in Anspruch nehmen. Genauso wie Gymnastikstunden oder einfach einmal einen guten Rat. „Und wenn man in den Urlaub fährt, dann werden die Blumen gegossen. Wir Bewohner sind untereinander füreinander da und helfen uns“, erklärt die 72-jährige Brigitte Bausch, die vorher in der Residenz Wilhelmshöhe gewohnt hat.



Fühlt sich sehr wohl in ihren eigenen vier Wänden am Kleinen Eutiner See: die 86-jährige Gisela Balzer.

„Entdeckt“ hatte das große Potenzial des Areal am See Hartmut Thede, Leiter Projektentwicklung bei der Unternehmensgruppe Semmelhaack. Er war 2010 bei Bürgermeister Klaus-Dieter Schulz zu Gast, als dieser ihn auf das ungenutzte Gelände aufmerksam machte. „Mir war sofort klar, dass man dieses Grundstück nutzen muss: wunderbar am See gelegen, gegenüber vom Bahnhof und mit vielen Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe. Außerdem gab es in Eutin bis dahin außer auf der Wilhelmshöhe kaum barrierefreie Senioren-Wohnungen“, erläutert Thede. Mit Hilfe der IB.SH-Wohnungsmarktbeobachtung analysierten er und seine Kollegen die Wettbewerbssituation in der Region. Das Ergebnis bestätigte Thedes Vermutung: Es herrscht Bedarf. Bereits nach kurzer Zeit stand das Bebauungs- und Nutzungskonzept. Und es erhielt Zuspruch von vielen Seiten.

Nach nur 13 Monaten Bauzeit konnte am 28. April 2012 die Eröffnung gefeiert werden. 203 barrierefreie Wohnungen umfasst der Wohnpark, der dem KfW-70-Standard entspricht. Alle Wohnungen verfügen über eine seniorengerechte Ausstattung, einen Balkon oder eine Terrasse. Jedes Stockwerk ist bequem mit dem Aufzug erreichbar.

Die Gesamtkosten der Wohnanlage liegen bei rund 24 Millionen Euro. Der Bau von 72 dieser Wohnungen wurde durch das Wohnraumförderungsprogramm des Landes über die IB.SH mit 4,6 Millionen Euro unterstützt, so dass diese Wohnungen ausschließlich Mietern mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen. Auch 16 rollstuhlgerechte Wohnungen sind vorhanden, von denen vier mit Zusatzdarlehen für schwerbehinderte Menschen gefördert worden sind. „Der Erfolg gibt uns Recht: Alle Wohnungen sind bereits vermietet“, freut sich Hartmut Thede. Und auch Gisela Balz, die vorher in Ahrensböök gewohnt hat, findet nur lobende Worte für ihre neue Wohnstätte: „Am Kleinen Eutiner See möchte ich alt werden. Weil ich hier alles zum Leben habe und es einfach so wunderschön ist.“

Der Geschäftsbereich Immobilien der IB.SH trägt dazu bei, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein nachhaltig zu verbessern.

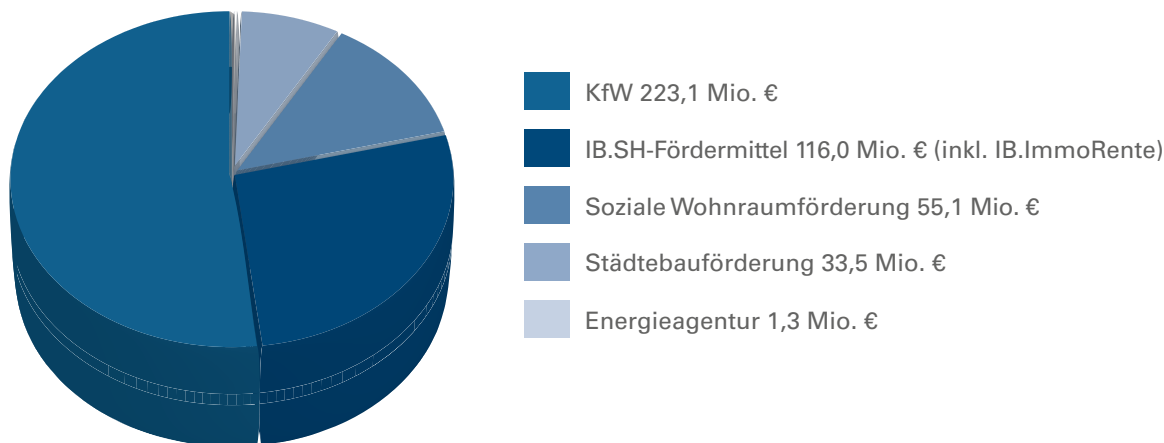
Der fortschreitende Klimawandel ist eine globale Entwicklung, auf die die Bank sowohl als Unternehmen als auch durch die Gestaltung ihrer Produkte und Geschäftsbeziehungen mit Kunden und Partnern reagieren muss. Gerade der Immobilienbereich birgt ein enormes Potenzial für energetische Verbesserungen und für einen nachhaltig schonenden Umgang mit knappen Ressourcen. Denn allein Immobilien tragen rund 40 Prozent zum Gesamtenergieverbrauch bei.

Standardlösungen und kleinteilige Maßnahmen führen allein nicht zum Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände. Die IB.SH fördert daher nicht nur energetische Maßnahmen an Einzelobjekten, sondern berät Kommunen bei der energetischen Entwicklung von Quartieren und Stadtteilen. Wichtig sind ganzheitliche Konzepte auf Quartiers-ebene, die Zusammenarbeit von Kommunen und Bewohnern sowie weitere individuelle Maßnahmen, die an die spezifischen Anforderungen einer Gemeinde angepasst sind.

Die Schaffung von Wohnraum ist Teil unseres Förderauftrages. Aufgrund der Einkommens- und Haushaltsentwicklung in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel wird es für die Menschen in Schleswig-Holstein künftig schwieriger werden, adäquaten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Besonders betroffen davon sind Singles, Studenten, Haushalte mit geringem Einkommen und auch vermehrt künftige Rentner. Die primäre Aufgabe der IB.SH ist es somit, mit Hilfe der sozialen Wohnraumförderung dieser Entwicklung nachhaltig entgegenzuwirken. Daher unterstützt die IB.SH die Kommunen bei der Erstellung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten, Wohnungsmarktkonzepten und allen prognostischen Planungsdaten. Sie beteiligt sich an den Umsetzungsprozessen und bringt hier ihr Expertenwissen ein.

Die soziale Wohnraumförderung mit ihren Qualitätsstandards in den Förderbestimmungen ist ein gutes Beispiel für die Gewährleistung nachhaltigen Handelns. Strenge Richtlinien bei der Belegung und hohe Anforderungen an Energiestandards bei Sozialwohnungen sichern die soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Immobilienbereich.

Neugeschäftsvolumen 2012



Mengengeschäft

Mit einem Gesamtneugeschäftsergebnis von rund 297,3 Mio. € hat die IB.SH in diesem Geschäftssegment das Neugeschäftsergebnis des überaus erfolgreichen Vorjahres noch um etwa 25 Mio. € übertroffen. Die Bank hat in jeder ihrer Vertriebs-Regionen den Plan deutlich übererfüllt. Auch die Durchschnittsvolumina der gewährten Kredite und die Bonitäten der Kunden blieben konstant gut.

Soziale Wohnraumförderung

Mit insgesamt 10,8 Mio. € verzeichnete die IB.SH im Jahr 2012 einen deutlichen Rückgang der Inanspruchnahme der sozialen Wohnraumförderung (Vorjahr rund 26 Mio. €). Dies ist auf die anhaltend guten Marktkonditionen für Baufinanzierungen verbunden mit den günstigen Mitteln der KfW zurückzuführen, die auch andere Finanzierungslösungen für den Immobilienkunden interessant machen.

Allgemeine Wohnraumförderung

Mit einer Darlehensvergabe von rund 95,7 Mio. € unterstützte die regionale Präsenz der IB.SH überall in Schleswig-Holstein ein bedarfsgerechtes Angebot an Immobilienfinanzierungen. Das Ergebnis übertraf das des Vorjahres um etwa 33 Mio. €. An allen Standorten der IB.SH wurde eine gute Durchmischung bei der Inanspruchnahme der verschiedenen Finanzierungslösungen erzielt. Es besteht keine Abhängigkeit von einzelnen Standorten oder Produkten.

Nach wie vor ist die hohe Inanspruchnahme der KfW-Mittel (insgesamt rund 187 Mio. €) ein wesentlicher Treiber für das sehr gute Neugeschäft. So bindet die Bank z. B. das KfW- Wohneigentumsprogramm inzwischen in jede zweite Finanzierung ein (etwa 118 Mio. €). Auch der hierbei überdurchschnittlich hohe Anteil von Modernisierungs- oder Sanierungsfinanzierungen im Mengengeschäft führt zu einem nachhaltig effizienteren Umgang mit Ressourcen.

IB.ImmoRente

Trotz einer gleich hohen Inanspruchnahme dieser Finanzierungsform ist das Interesse rückläufig. Das lässt sich aus dem deutlichen Rückgang der Beratungen schließen. Die durchschnittliche Darlehenshöhe betrug 87.000 €, die Immobilienwerte lagen zwischen 72.000 € und 480.000 €, und das Durchschnittsalter der Darlehensnehmer lag bei 78 Jahren.

Zusammenarbeit mit unseren Vertriebspartnern

Der Anteil des durch die Vertriebspartner der IB.SH zugeführten Geschäftes bewegte sich sowohl bezogen auf Stückzahlen als auch auf Volumen wieder auf sehr hohem Niveau (rund 85 Prozent). Insbesondere freie Vertriebspartner und Bausparkassen führten der IB.SH Geschäft zu. Auch in diesem Geschäftssegment bestehen keine Abhängigkeiten von bestimmten Produkten oder Vertriebspartnern.

IB.Service Immobilien

Im Geschäftssegment der Bestandskundenbetreuung agierte die IB.SH 2012 wiederum sehr erfolgreich. Zum Beispiel erzielte die Bank mit verschiedenen Aktionen zur Bestandssicherung hohe und positive Resonanz (z. B. rund 1.400 Umschuldungen mit einem Volumen von 54,5 Mio. €). Im Ergebnis wünschten sich viele Kunden auch nach dem Zinsanpassungstermin die Fortführung der partnerschaftlichen Geschäftsbeziehung mit der IB.SH.

Individualgeschäft

Das bewilligte Neugeschäft lag am Ende des Jahres bei insgesamt rund 97 Mio. €. Im Individualgeschäft ist immer zu berücksichtigen, dass die Bewilligung aufgrund komplexer und langfristiger Finanzierungsvorhaben nicht gleichmäßig, sondern oft verzögert erfolgt.

Das niedrige Neugeschäftsvolumen ist insbesondere auf die zurückhaltende Abnahme der Fördermittel zurückzuführen. Durch das niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt sinkt der relative Vorteil der sozialen Wohnraumförderung, da die Kunden aktuell ihre Bauvorhaben zum Teil auch ohne Förderung und somit ohne Mietpreis- und Belegungsbindung wirtschaftlich realisieren können.

Derzeit erfolgt eine intensive Abstimmung zwischen dem Innenministerium, der IB.SH und der Wohnungswirtschaft zur Anpassung der Förderbestimmungen in der sozialen Wohnraumförderung, die zu einer wieder steigenden Attraktivität der Fördermittel führen wird. Trotz bestehenden Bedarfs und hoher Nachfrage am Markt stellen die Kunden die Inanspruchnahme von Fördermitteln zurück, da man die „besseren“ – d.h. der Markt- und Kostensituation angepassten – Konditionen/Bedingungen in Anspruch nehmen möchte.

Integrative Wohnquartiersentwicklung

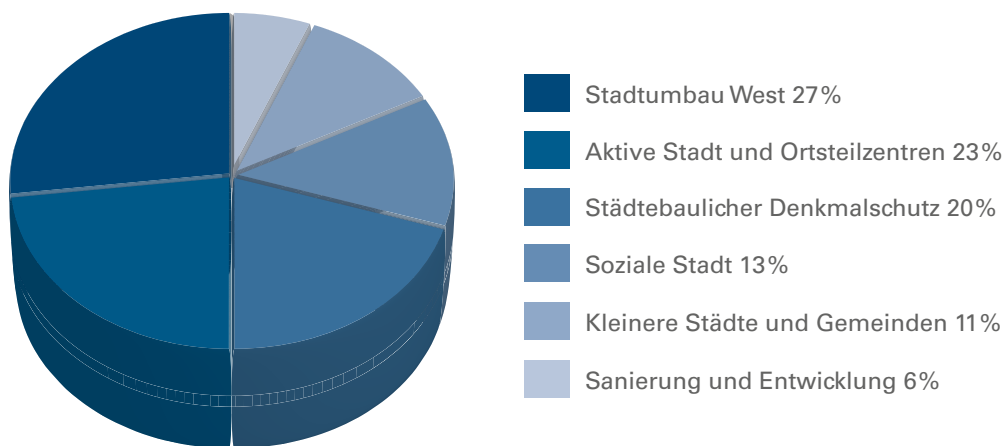
Diese Förderberatung für Kommunen und Wohnungsunternehmen zur integrativen Wohnquartiersentwicklung entwickelte sich 2012 weiterhin sehr erfolgreich. Die IB.SH begleitet zwei umfangreiche Projekte in Kiel und Neumünster. Für ein Quartier in Rendsburg analysiert die Energieagentur der IB.SH zurzeit Möglichkeiten energetischer Maßnahmen.

Bei der Erarbeitung von Konzepten zur Energetischen Stadtanierung (KfW-Förderung und ergänzende Landesförderung aus Mitteln der Wohnraum- oder Städtebauförderung) bringt das Individualgeschäft die Erfahrungen aus der Quartiersentwicklung ein und informiert frühzeitig im Projektverlauf über Fördermöglichkeiten.

Städtebauförderung

Die landesseitige Kofinanzierung der Bundesfinanzhilfen für 2012 war gesichert (jeweils 10,2 Mio. €). Zur Bindung eines Restbetrags an Bundesfinanzhilfen des Jahres 2011 konnten im Jahr 2012 Landesmittel bereitgestellt werden, so dass ausstehende Bewilligungen in Höhe von rund 4 Mio. € vorgenommen werden konnten. Zusätzlich bot der Bund dem Land Ende 2011 weitere Bundesfinanzhilfen an, die das Land in voller Höhe kofinanzieren konnte. Durch Rückzahlungen frei gewordene und wieder eingesetzte Städtebauförderungsmittel des Bundes und des Landes erhöhten den Bewilligungsrahmen 2012 auf insgesamt 33,5 Mio. €. Dieser Betrag konnte vollständig vergeben werden. Die für 2012 vorgesehenen Mittelauszahlungen erfolgten über das Jahr verteilt, erwartungsgemäß überwiegend zum vierten Quartal des Jahres.

Verteilung Städtebauförderungsmittel 2012 nach Programmen



Energieagentur

Die Energieagentur der IB.SH hat im Jahr 2012 einen Umsatz in Form von Dienstleistungen für Kunden in Höhe von 836.000 € erreicht. Darüber hinaus erbrachte sie Dienstleistungen innerhalb der IB.SH in Höhe von 428.000 €. Daraus ergibt sich für die Energieagentur ein Gesamtvolumen in Höhe von 1,264 Mio. €.

Ein starker Fokus der Energieagentur lag im Geschäftsjahr 2012 auf der energetischen Quartierssanierung. Dabei handelt es sich um eine konsequente Weiterentwicklung des bisherigen Ansatzes zur Verbesserung der energetischen Effizienz von Einzelobjekten. Sichergestellt wird dadurch, dass nicht nur so genannte „Leuchtturmprojekte“ entstehen, sondern vielmehr durch den Quartiersansatz umfassend und nachhaltig auch ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten Rechnung getragen wird. Aufgabe der Energieagentur ist es dabei, zusammen mit Kommunen, Wohnungsunternehmen und privaten Eigentümern von Wohnraum Lösungen zu entwickeln, die sowohl Energieeinsparmaßnahmen als auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Integration von erneuerbaren Energieträgern berücksichtigen. Damit sind alle relevanten Maßnahmen zur Realisierung der Energiewende umfasst.

Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein: Multiplikatoren für die Energiewende

Die Stadt- und Gemeindewerke spielen für den Erfolg der Energiewende eine zentrale Rolle, da sie tatsächlich messbare Effekte von Klimaschutz und CO₂-Reduzierung initiieren können. Diese Perspektive bietet den Versorgern erhebliche Chancen für innovative Geschäftsfelder. Hierzu gehören z.B. der jetzt langsam entstehende Markt des Rückbaus der Erdgasdirektversorgung und der zunehmende Ausbau der zentralen Wärmeversorgung in Verbindung mit Wärmenetzen und effizienter Erzeugung durch Blockheizkraftwerke, die mit erneuerbaren Energieträgern (z.B. Biogas) versorgt werden. Damit eröffnen sich zum einen für die Stadt- und Gemeindewerke neue Marktchancen, und zum anderen kann eine langfristige Kundenbindung erfolgen.

Die Energieagentur unterstützte die Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein bei der Entwicklung strategischer Themen durch eine aktive Prozessgestaltung (von der Zielfindung bis zum Umsetzungsszenario). Die Kunden können dabei auf die fundierte, generelle Kenntnis der Energieagentur über energietechnische, -wirtschaftliche und -politische Zusammenhänge in Schleswig-Holstein sowie auf Bundes- und EU-Ebene zugreifen.

Energieversorgung im ländlichen Raum: Biogasanlagen versorgen öffentliche Liegenschaften und private Wohngebäude

Die Anfang 2012 in Kraft getretene Novellierung des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien veranlasste auch landwirtschaftliche Unternehmen, in den Neubau sowie in Erweiterungen von Biogasanlagen und Nahwärmenetzen zu investieren. Vor dem Hintergrund der komplexen branchenspezifischen Rahmenbedingungen bewertete die Energieagentur der IB.SH im Auftrag des Geschäftsbereiches Firmenkunden die Investitionsvorhaben hinsichtlich der Finanzierungsrisiken und erstellte Liquiditätsprognosen und Sensitivitätsanalysen. 2012 waren dies mehr als 23 Biogasprojekte. Dadurch wurde ein Investitionsvolumen von mehr als 16 Mio. € ausgelöst.

Mit der durch ein so genanntes Satelliten-Blockheizkraftwerk produzierten Wärme lässt sich z. B. mittels eines Nahwärmenetzes eine zentrale, klimaverträgliche Wärmeversorgung für öffentliche Liegenschaften und private Wohngebäude in den Gemeinden aufbauen, die mittelfristig zu Einspareffekten führt.

Ausblick

Der Geschäftsbereich Immobilienkunden ist überzeugt davon, dass Beratung und Förderung deutlich über programmspezifische Einzelzielstellungen hinausgehen müssen, damit die Investitionsbedürfnisse der Zukunft erfüllt werden können. Künftige Förder-, und Finanzierungs- und Dienstleistungsansätze müssen von einer integrierten, integrativen und nachhaltigen Sichtweise geprägt sein. Städtebauliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte der Entwicklung von Wohngebäuden und den jeweiligen Wohnumfeldern müssen zusammengeführt werden. Der Geschäftsbereich Immobilienkunden will sich darum grundsätzlich als Kompetenzzentrum für be-

darfsgerechte Förder- und Finanzierungsfragen und die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Lösungsansätze etablieren.

Mengengeschäft

Im Mengengeschäft ist davon auszugehen, dass sich der positive Trend des Jahres 2012 grundsätzlich fortsetzen wird und die Fördermittel, Finanzierungsleistungen sowie Dienstleistungen weiterhin attraktiv für die Kunden sind.

Insgesamt wird in den Neugeschäftsplanungen für die nächsten zwei Jahre ein leicht reduzierter Ansatz gewählt, da Vorzieheffekte bedingt durch die günstigen Marktbedingungen beobachtet werden konnten. Diese werden zukünftig zu einer abnehmenden Nachfrage nach Finanzierungen führen, es gibt gewisse Sättigungseffekte.

Da aufgrund des niedrigen Zinsniveaus das Interesse an Umfinanzierungen spürbar zunimmt, werden die Vertriebsaktivitäten im Bestandskundengeschäft in den kommenden Jahren weiter verstärkt, um so auch künftig die Bestände erfolgreich sichern zu können.

Individualgeschäft

Das künftige Geschäftsergebnis im Individualgeschäft ist maßgeblich abhängig von der Akzeptanz der neuen Förderbestimmungen. Eine besondere Herausforderung stellt dabei die angemessene Reaktion auf die weiter voranschreitende regionale Differenzierung der Teilmärkte dar. Die aktuellen Verhandlungen mit Investoren lassen weiterhin deutliche Investitionsbedarfe erkennen – insbesondere im Hamburger Randgebiet. Der Schwerpunkt der Aktivitäten in den Jahren 2013 und 2014 wird in der weiteren Akquise zur Programmbelegung und der Umsetzung der integrativen Wohnquartiersentwicklung liegen.

Städtebauförderung

Für 2013 stellt der Bund den Ländern nach der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung ein Volumen in Höhe von etwa 455 Mio. € zur Verfügung. Auf Schleswig-Holstein entfallen davon 10,7 Mio. € Bundesmittel. Ergänzt um die Landesmittel wird der Bewilligungsrahmen auf dem mittlerweile kontinuierlichen Niveau von 21,3 Mio. € bleiben.

Auf Grund des begrenzten und nachrangigen Förder Volumens können nur Schwerpunkte der städtebaulichen Problemstellungen in den Kommunen unterstützt werden. Die angestrebte engere Verzahnung der Wohnraum- und Städtebauförderung wird fortgeführt.

Darüber hinaus soll das besondere Know-how für den Aufbau und die Umsetzung geeigneter, interdisziplinärer Prozesse für die Entwicklung von Wohnquartieren verstärkt werden.

Energieagentur

Die Umsetzung der Energiewende in Schleswig-Holstein ist ein wichtiges Aufgabenfeld sowohl für die IB.SH als auch für das Land. Deshalb geht sie davon aus, dass der beim Land gestellte Antrag auf eine Projektförderung zur Unterstützung der Kommunen in Schleswig-Holstein erfolgreich sein wird. Damit treten die Kommunen wieder verstärkt in den Fokus der Zusammenarbeit mit der Energieagentur. Daneben entwickelt die Energieagentur für weitere Kundengruppen mit hoher Priorität (z. B. Gewerbetreibenden) Beratungsangebote und intensiviert die Kontakte zur Wohnungswirtschaft weiter.



**„Wir schaffen für unsere Kinder
beste Aussichten für die Zukunft.
Und dabei spielt der ökologische Aspekt
eine bedeutende Rolle.“**

Matthias Heidelberg, Bürgermeister der Gemeinde Wentorf

Mit der IB.SH als Berater
entsteht in Wentorf bei Hamburg
ein Kinderzentrum mit Grundschule,
Kindertagesstätte und Kinderkrippe.



AM BUCHENHAIN

PARKPLATZANLAGE
93 PKW-STELLPLÄTZE

WOHLTORFER WEG

MÜLL

TOR

FAHRRAD-
STELLPLÄTZE

TOR

MÜLL

BÄUME
BESTAND

BÄUME
BESTAND

SPIELHÜGEL
MIT SITZSTUFEN

BÄUME,
NEU

AUSSENBEREICH
CAFETERIA

SITZBÄNKE

PAUSENHOF

NEUBAU
GRUNDSCHULE
MIT SPORTHALLE

TOR

BÄUME,
BESTAND

NEUBAU KITA

HECKE

TOR

BAUM,
NEU

WALL, BESTAND

FRANZ-HÖLTIG-WEG

TOR

FAHRRADSTELLPLÄTZE
MIT ÜBERDACHUNG

Ein Zentrum für heute und für die Zukunft

Kinder sind Zukunft. Und sie sind jetzt schon da. Wenn es also darum geht, ihnen bereits heute ein lebenswertes Umfeld zu schaffen, dann gehören Investitionen in Kindergärten und Schulen unbedingt dazu. In diesem Zusammenhang setzt die Gemeinde Wentorf bei Hamburg mit einem neuen Kinderzentrum Maßstäbe: Am Wohltorfer Weg entstehen eine fünfzügige Grundschule mit Aula, Cafeteria und Sporthalle sowie Gebäude für eine Kindertagesstätte und eine abgeschlossene Kinderkrippe. Zu einer angenehmen und inspirierenden Atmosphäre sollen ein durchgängiges Farbkonzept an der Außenfassade, großzügige freundliche Räumlichkeiten und eine moderne Ausstattung beitragen. Die sich nach oben öffnende Pausenhalle sowie ausreichend Spiel- und Bewegungsflächen im Außenbereich runden das Konzept ab. Das Gesamtensemble ist mit dunklem Klinker verblendet, einem robusten und dauerhaften Material. Die Holzfenster verfügen über eine langlebige und wartungsfreundliche Alu-Eloxal-Deckschale. So werden mehrere Generationen davon profitieren können.



Ein nachhaltiger Bau für zukünftige Generationen: die Grundschule mit Sporthalle des Kinderzentrums Wentorf bei Hamburg.

Die Entwürfe für das Kinderzentrum stammen von den Hamburger Architekten und Städteplanern Spengler und Wiescholek, gebaut wird das Gebäudeensemble von der Otto Wulff Bauunternehmung. Verwirklicht wird das Vorhaben in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) mit einer intensiven Begleitung durch das Infrastruktur-Kompetenzzentrum der IB.SH. „Die Fachleute der IB.SH waren von Anfang an als wirtschaftliche Berater mit im Boot. Sie koordinierten den Eignungstest, ob sich eine ÖPP überhaupt lohnt. Und gemeinsam mit den iwB-Ingenieuren aus Braunschweig und der Hamburger Sozietät White & Case haben sie ein Konzept entwickelt, das sich hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz für uns und alle Partner als mustergültig erwiesen hat“, verrät der Bürgermeister der Gemeinde Wentorf, Matthias Heidelberg.

Mindestens 50 Prozent des Energieverbrauchs sollen über regenerative Energien abgedeckt werden. Die Fußbodenheizung wird über Geothermie, in Kombination mit einem Brennwertkessel, betrieben. Zum energieeffizienten Konzept gehören auch ein mechanisches Be- und Entlüftungssystem mit hochwirksamen Wärmerückgewinnungseinrichtungen und eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Turnhalle.

Das Projektvolumen für das Kinderzentrum liegt bei rund 23 Millionen Euro, die reinen Baukosten bei etwa 14 Millionen Euro. „Das Besondere bei diesem ÖPP-Modell ist, dass wir als Gemeinde bereits bei Abnahme die Bausumme zahlen und danach über 20 Jahre lediglich für die Betriebsführung aufkommen und Ausgleichzahlungen zu leisten haben“, erklärt Bürgermeister Matthias Heidelberg. Sein Fazit, kurz vor Beginn des Probebetriebs, fällt eindeutig aus: „Beim neuen Kinderzentrum stimmt ökonomisch, energetisch und ästhetisch einfach alles. Jetzt freuen wir uns auf eine fantastische Zukunft für unsere Kinder.“

Die derzeit anstehenden Infrastrukturmaßnahmen sind für die Kommunen eine große Herausforderung – insbesondere wenn es um die Bewältigung der Energiewende geht.

Dieser Themenbereich ist daher für die IB.SH als Förderbank im Norden eine wesentliche Säule bei der Beratung. Dabei hat die Bank die kommunale Haushaltssituation im Blick und trägt durch gezielte Beratung zur Optimierung der Finanzierungsstruktur bei bestehenden und neuen Finanzierungen bei.

Die Kommunalkunden gehen vermehrt neue Wege, so dass die Bank auch einen deutlichen Anstieg im Projektfinanzierungsgeschäft im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften spürt.

Für Sparkassen und Banken gilt diese Herausforderung analog, so dass partnerschaftlich an Lösungen gearbeitet wird.

Die zusätzliche Bewältigung der neuen infrastrukturellen Aufgabenstellung Breitbandausbau, die vielfach von kommunalen oder kommunalnahen Kunden geschultert wird, hat im Jahr 2012 nochmals an

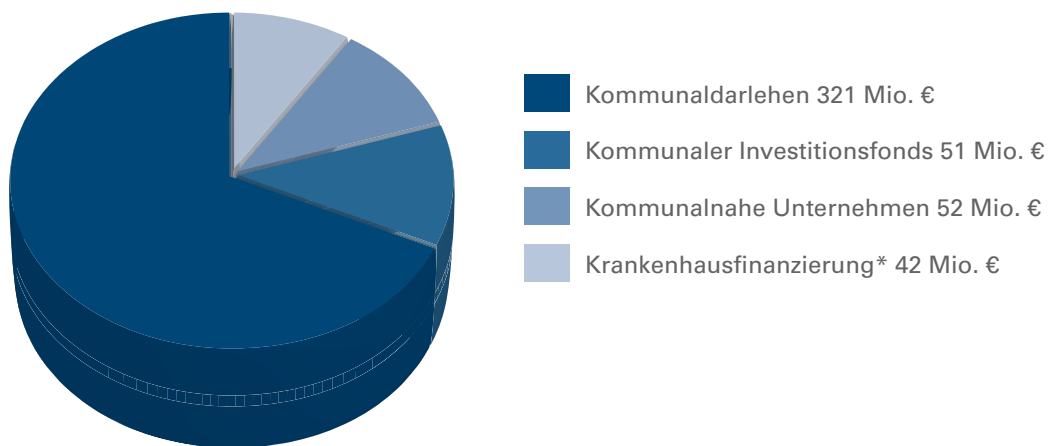
Dynamik zugenommen und die IB.SH in der Beratung stark gefordert. In diesem Segment ist viel Bewegung auch auf Bundesebene zu spüren. Die IB.SH unterstützt diese Entwicklung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der für Schleswig-Holstein wahrgenommenen Notwendigkeiten.

Deshalb wurden die Beratungsaktivitäten bei den kommunalen und kommunalnahen Kunden weiter ausgebaut.

Infrastruktur-Kompetenzzentrum

Erhalt, Modernisierung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur bei gleichzeitiger Optimierung der Haushaltssituation ist eine große Herausforderung für eine Vielzahl von Kommunen im Land. Dabei geht es vor allem um dauerhaft tragfähige und nachhaltige Lösungen für die Träger öffentlicher Infrastruktur. Es handelt sich um strategische Fragen und Weichenstellungen mit großer Tragweite, die einen langen Planungshorizont umfassen und langfristig in die Zukunft wirken.

Förderkredite 2012 (Gesamtsumme 471 Mio. €)



*einschließlich Fachkliniken/Behinderteneinrichtungen

Die IB.SH leistet mit dem ÖPP-Kompetenzzentrum und dessen spezialisierter Beratung der Kommunen und öffentlichen Einrichtungen im Land hierbei seit Jahren einen wichtigen Beitrag. Bei gemeindeübergreifenden oder überregionalen Infrastrukturvorhaben kommt der IB.SH dabei zunehmend eine übergreifende steuernde bzw. moderierende Rolle zu. Anfang 2012 wurde mit dem Land Schleswig-Holstein die Weiterentwicklung des seit dem Jahr 2004 bei der IB.SH bestehenden ÖPP-Kompetenzzentrums in das Infrastruktur-Kompetenzzentrum vereinbart. Mit diesem bedeutsamen Entwicklungsschritt wird die IB.SH ihr Leistungs- und Aufgabenspektrum sukzessive um weitere Handlungsfelder im Zusammenhang mit öffentlicher Infrastruktur ergänzen. Es werden Kapazitäten gebündelt, mit denen die IB.SH bei entsprechenden Vorhaben berät, unterstützt und sich an der Finanzierung beteiligt. Dadurch wird die Infrastrukturförderung als eine der zentralen Säulen der IB.SH weiter ausgebaut und auf die zukünftigen Bedarfe in Schleswig-Holstein gemäß dem Landesinteresse ausgerichtet.

Gleichzeitig wurde durch diesen Schritt auch die Basis geschaffen für die Fortführung der seit langem bewährten Förderung von Beratungsleistungen der IB.SH bei ÖPP- und Infrastrukturprojekten aus dem ÖPP-Fonds des Landes. Mithilfe der Förderung konnten im Berichtsjahr wieder zahlreiche Kommunen in der Frühphase bei der Entwicklung und Vorbereitung von Infrastrukturvorhaben unterstützt und beraten werden.

Während in den Jahren 2009 bis 2011 der Ausbau und die Erhaltung kommunaler Infrastruktur eher zurückhaltend erfolgte, war im Jahr 2012 wieder ein Anstieg der Projektanfragen zu verzeichnen. Zahlreiche Frühphasenberatungen und Wirtschaftlichkeits-

untersuchungen führte das Infrastruktur-Kompetenzzentrum für Hochbauvorhaben in den Bereichen Schulen, Feuerwachen, Verwaltungsbauten, Kindertagesstätten, Theater und Freizeiteinrichtungen durch.

Im Verkehrsinfrastruktursektor hat die IB.SH in verschiedenen Projektphasen die Betreibermodellvorhaben „Westliche Elbquerung“ bei Glückstadt im Zuge der BAB A20 und „Sechstreifiger Ausbau“ der BAB A7 zwischen Bordesholm und Hamburg aktiv begleitet. Zudem konnten erstmals ein kommunalnahes Unternehmen sowie eine Amtsverwaltung mit der Entwicklung einer wirtschaftlich dauerhaft tragfähigen Finanzplanung für den Breitbandausbau unterstützt werden.

Im Rahmen der Netzwerk­tätigkeit richtete das Infrastruktur-Kompetenzzentrum im März 2012 ein Arbeitstreffen der Landesförderinstitute des Partner-Regio-Verbunds in Kiel aus, bei dem aktuelle Entwicklungen bei der Schieneninfrastrukturfinanzierung vorgestellt und erörtert wurden. Das Thema ÖPP stand auch auf der Agenda der Konferenz der Schleswig-Holsteinischen Wohnungsbaugenossenschaften an der sich die IB.SH 2012 aktiv beteiligt hat. Das bereits seit einigen Jahren auf der Messe Nordbau in Neumünster etablierte ÖPP-Forum fand 2012 erstmals unter der Überschrift IB.Forum Öffentliche Infrastruktur statt. Neben Erfahrungsberichten über ÖPP im Schul- und Straßenbau standen auch Grundsatzthemen wie Transparenz, Energiewende und Nachhaltigkeit auf der Agenda.

Kommunalkreditgeschäft

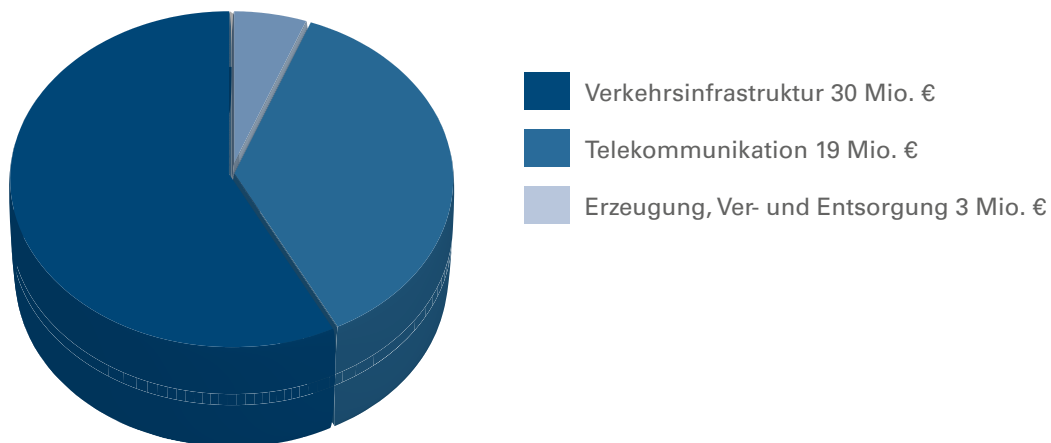
Im Kommunalkreditgeschäft konnte die IB.SH u. a. durch eine vollständige Fokussierung auf Schleswig-Holstein dem Bedarf an individueller Finanzierungsberatung gerecht werden und daher ein erfreuliches Abschlussvolumen von 321 (Vorjahr 483) Mio. € generieren. Entscheidend war hier neben der sehr guten Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Partner-Sparkassen und -Banken die Flexibilität hinsichtlich langer Laufzeiten und Zinsbindungsfristen. Trotz des Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Bank noch vereinzelt Adressen außerhalb Schleswig-Holsteins bedient hat ergibt sich eine deutliche Plan-Überschreitung.

Geschäft mit kommunalnahen Unternehmen

Das Finanzierungsgeschäft mit kommunalnahen Unternehmen konnte mit einem Neugeschäftsvolumen von 52 (Vorjahr 53,2) Mio. € auf erfreulichem Niveau verstetigt werden.

Die Stadtwerke bleiben sowohl mit laufenden Investitionen als auch mit herausfordernden größeren Maßnahmen/Projekten eine wichtige Säule des Geschäftes der IB.SH. Die Bank ist weiterhin gefragter Beratungs- und Finanzierungspartner und in die Vorbereitung zweier größerer Kraftwerkserneuerungsprojekte eingebunden.

Neugeschäft kommunalnahe Unternehmen nach Inhalt der Investition (Gesamtsumme 52 Mio. €)



Projektfinanzierungsgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Bank aus ihrem breiten Beratungsansatz heraus auch attraktive Finanzierungsabschnitte mitfinanzieren. Konkret wurden hier 54,9 Mio. € vertraglich fixiert. Der Betrag ist in den 321 Mio. € im Kommunalkreditgeschäft bzw. 52 Mio. € im Geschäft mit kommunalnahen Unternehmen (s.o.) enthalten.

Erstmals hat dabei auch das Land selbst vom Engagement der IB.SH profitieren können, da es sich bei einem der Geschäfte um ein Landesprojekt handelte.

Schwerpunkt Energiewende

Die Vernetzung der Aufgabenstellungen durch die Energiewende steht zunehmend im Fokus der Beratungen und Finanzierungen der Bank, was zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes beiträgt. Speziell die Verquickung von Erzeugung, Verteilung und Energieeinsparung sowie in Zukunft die Speicherung stehen im notwendigen Zusammenhang mit der intelligenten Steuerung. Damit ist die IB.SH der geborene Partner, da sie breit genug aufgestellt ist, um bei allen genannten Themen zu beraten und entsprechende Projekte zu finanzieren. Mit ihrem gezielten Beratungsansatz sorgt die Bank auch für ein optimales Zusammenwirken der einzelnen Komponenten.

Ausblick

Die Anforderungen an die Kunden der IB.SH, in die Erweiterung und den Erhalt der Infrastruktur zu investieren, werden weiterhin hoch bleiben. Jüngste Studien bestätigen dies. So wird nach einer Studie der Zeitschrift „Der Gemeinderat“ der durchschnittliche Investitionsbetrag pro Einwohner im Jahr 2013 auf 322 € steigen (gegenüber 260 € im Jahr 2012). Für die Jahre 2014 und 2015 wird zwar wieder von einem leichten Rückgang ausgegangen. Dies ist aber wohl eher auf die Unsicherheit über das schwieriger werdende Umfeld als auf einen Rückgang des Bedarfs zurückzuführen.

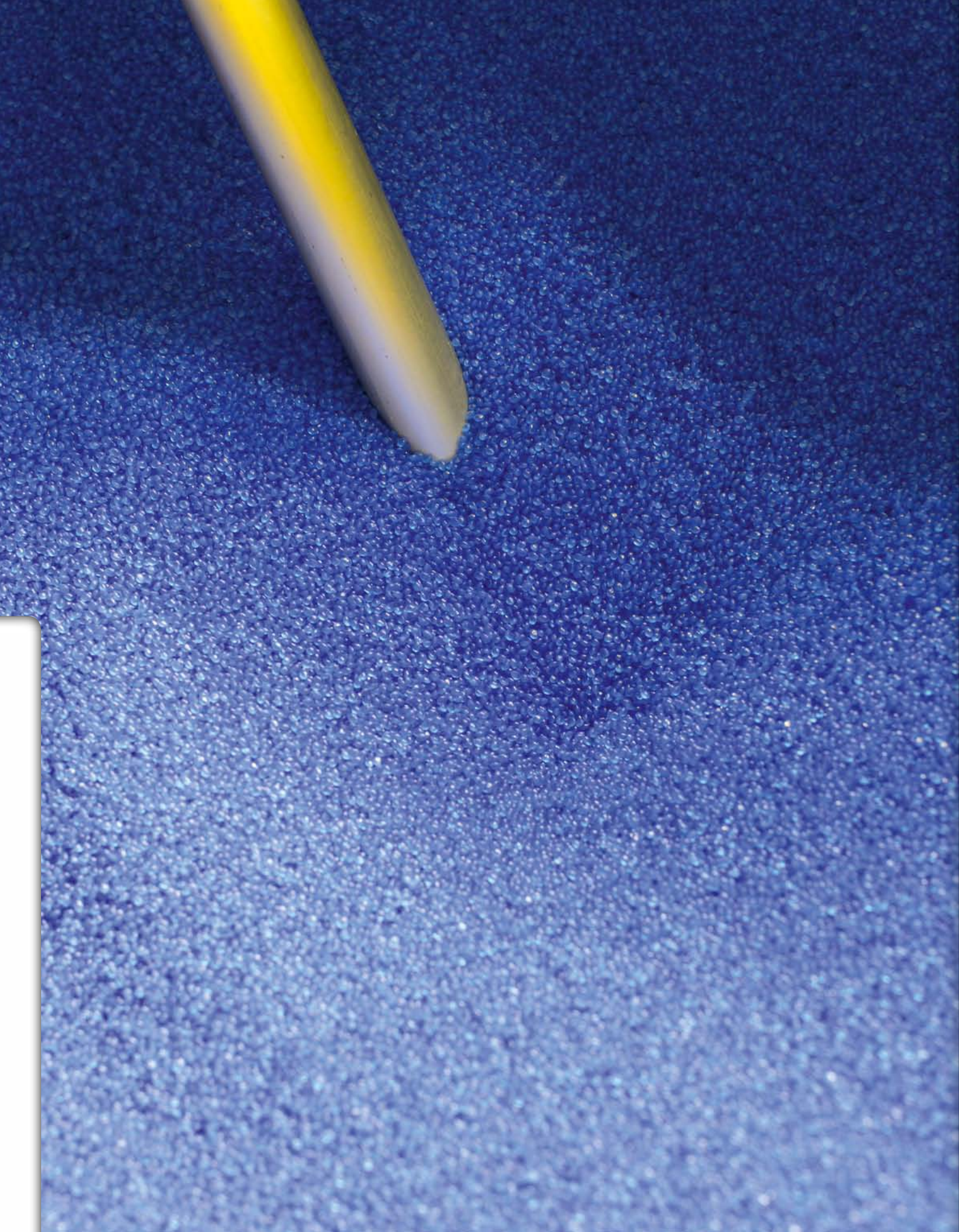
Neben dem weiter voranzutreibenden Ausbau der Breitbandversorgung bleibt die Sanierung und energetische Verbesserung von Bildungseinrichtungen wie z.B. Schulen, Sportstätten und Universitäten sowie der Erhalt der Straßen auf der Tagesordnung. Mit der Bündelung des Angebots für Kommunen und Land im Infrastruktur-Kompetenzzentrum im Jahr 2012 ist die IB.SH gut aufgestellt, um der anhaltend hohen Nachfrage nach Beratung und Finanzierung in diesem Bereich trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen gerecht zu werden.



„Bei der Herstellung des PANO BLUESEAL Verschlusses benötigen wir deutlich weniger Energie und für den Verbraucher werden gesundheitsschädliche Risiken vermieden.“

Wulf Eberhardt, Geschäftsführer der PANO Verschluss GmbH

Mit dem weltweit ersten Nockendrehverschluss ohne PVC weist das Unternehmen PANO aus Itzehoe den Weg in eine nachhaltigere Zukunft.



Ein gesundes Produkt für Mensch und Natur

Er ist weltweit der erste seiner Art: der Nockendrehverschluss BLUESEAL. Der blau eingefärbte Dichtungsring bringt nicht nur für den Verbraucher, sondern auch für die Umwelt einen wichtigen Fortschritt. Denn einige Milliarden Verschlüsse werden jährlich europaweit hergestellt, mit entsprechend hohem CO₂-Ausstoß und – aufgrund des verwendeten PVCs – mit Gefahren für die Gesundheit der Menschen. Ist eine energieeffizientere Produktion möglich, die sowohl die Umwelt entlastet als auch den Verbraucher vor ungewollten Einflüssen schützt? Die Antwort darauf hat die PANO Verschluss GmbH entwickelt: ein Verschluss mit einer Dichtung ohne PVC und Weichmacher.

Metaldeckel produziert PANO bereits seit 1932. Der Gründer Paul Nofer erfand damals einen Verschluss für Gläser, mit dem Haushalte Lebensmittel für den eigenen Bedarf haltbar machen konnten. Damit legte er den Grundstein für den heutigen Erfolg des Familienunternehmens. Jahrzehntelange Erfahrungen, Ideen und fachliches Know-how führten zur Entwicklung des BLUESEAL – eine Innovation auf dem Markt der Verschlussysteme. Denn bisher verwenden die meisten Hersteller einen Dichtungsring aus PVC, der eine flexible und weiche Abdichtung zur starren Glasmundung herstellt. Um das PVC elastisch zu machen, werden Weichmacher beigemischt. Diese können jedoch die Gesundheit gefährden. Trotz strenger EU-Verordnungen wurden in den vergangenen Jahren, insbesondere bei öl- und fetthaltigen Lebensmitteln, immer wieder starke Belastungen durch Weichmacher festgestellt.

Pano verzichtet bei der Produktion seines Nockendrehverschlusses auf Weichmacher und verwendet stattdessen Provalin® – einen speziell für den Lebensmittelkontakt entwickelten und zugelassenen Kunststoff, der nicht in die im Glas befindlichen Lebensmittel gelangen kann. „BLUESEAL ist ein sicheres und

nachhaltiges System. Bei der Herstellung benötigen wir deutlich weniger Energie und für den Verbraucher werden gesundheitsschädliche Risiken vermieden“, erklärt PANO-Geschäftsführer Wulf Eberhardt. Ein überzeugendes Konzept, das 2011 mit dem Deutschen Verpackungspreis ausgezeichnet wurde.



PANO-Geschäftsführer Wulf Eberhardt mit einer Handvoll Granulat, aus dem die Dichtung ohne PVC und Weichmacher entsteht.

Für die nachhaltige Innovation plant PANO, mehr als zehn Millionen Euro zu investieren. Von der IB.SH, die wesentliche Teile des Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW) für das Land Schleswig-Holstein abwickelt, wurden aus dem ZPW Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von bis zu 1,6 Millionen Euro für den Investitionszeitraum bis Ende Juli 2014 bewilligt. Für diese Innovation mit Zukunft ließ das Unternehmen in Itzehoe eigens eine Produktionsstätte mit mehr als 7.000 m² im ersten Bauabschnitt bauen. Bisher produziert PANO etwa 500 Millionen Deckel und Dosen im Jahr – mittelfristig sollen es doppelt so viele werden. Der Wachstumskurs sichert nicht nur die bestehenden 130 Dauerarbeitsplätze. Auf Nachhaltigkeit ausgelegt ist auch der neue Standort von PANO: Das Werk, das 2014 endgültig fertiggestellt wird, soll zukünftig durch Prozesswärmerückgewinnung beheizt werden – die rückgewonnene Energie wird dann über eine moderne Fußbodenheizung nutzbar gemacht.

Im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein managt die IB.SH eine Vielzahl von Förderprogrammen. Dazu gehören gleich mehrere Aufgabenfelder rund um das Zukunftsprogramm Wirtschaft und das Zukunftsprogramm Arbeit, mit denen die Europäische Union, der Bund und das Land in der Förderperiode 2007–2013 wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen.

Das Zukunftsprogramm Wirtschaft und das Zukunftsprogramm Arbeit sind die beiden größten Projekte des Bereichs Arbeitsmarkt- und Strukturförderung der IB.SH. Beide Programme werden unter anderem aus den EU-Strukturfonds kofinanziert: das Zukunftsprogramm Wirtschaft aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und das Zukunftsprogramm Arbeit aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Rahmen beider EU-Strukturfonds sind Förderungen nach zahlreichen unterschiedlichen Richtlinien für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände und andere möglich. Die Abwicklung der Maßnahmen beider Programme erfolgt in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein.

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Das Zukunftsprogramm Wirtschaft ermöglicht die Förderung von Innovationsprojekten, regionalen Vorhaben, einzelbetrieblichen Investitionen und betrieblichen Innovationen im gesamten Landesgebiet. Die Zuständigkeit der IB.SH betrifft dabei regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung.

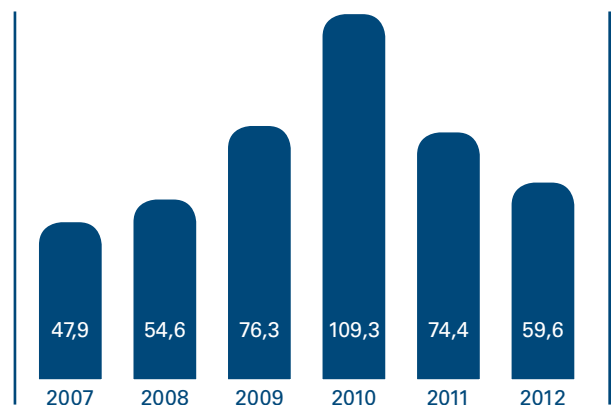
Die Schwerpunkte des Programms liegen auf

- der Stärkung von Wissen und Innovation,
- der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Stärkung der unternehmerischen Basis,

- dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sowie
- der Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale.

Im größten Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes werden in der Förderperiode 2007–2013 Finanzmittel in Höhe von rund 704 Mio. € gebündelt, davon rund 374 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 208 Mio. € aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) sowie ergänzende Landesmittel in Höhe von rund 122 Mio. € (vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Bundes- und Landesmittel in den Jahren 2013 bis 2015).

Zukunftsprogramm Wirtschaft Fördervolumen der IB.SH (in Mio. €)



Im vergangenen Jahr war es möglich, 45 regionale Projekte mit einem Fördervolumen von rund 43,9 Mio. € zu unterstützen, wodurch das Land Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Tourismusstandort gestärkt wurde.

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung hat die Organisationseinheit Strukturförderung 2012 insgesamt 42 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 15,7 Mio. € ausgesprochen, mit denen Erweiterungen, Neuerrichtungen und

Modernisierungen von Betriebsstätten gefördert wurden. Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft konnten Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 126,1 Mio. € ausgelöst werden. Gewerblichen Betrieben – und zwar insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen – war es hierdurch möglich, 526 Dauerarbeitsplätze neu zu schaffen und 2.495 Stellen zu sichern.

Vor dem Hintergrund des kürzlich erfolgten Regierungswechsels in Schleswig-Holstein findet zurzeit eine Überprüfung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen statt. Von dieser Überprüfung ist die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Zukunftsprogramm Wirtschaft unmittelbar betroffen. Mit Wirkung ab dem 1. August 2012 wurde bis auf weiteres in diesem Förderbereich ein Antragsannahmestopp für alle Fördergebiete erlassen.



Schulbau

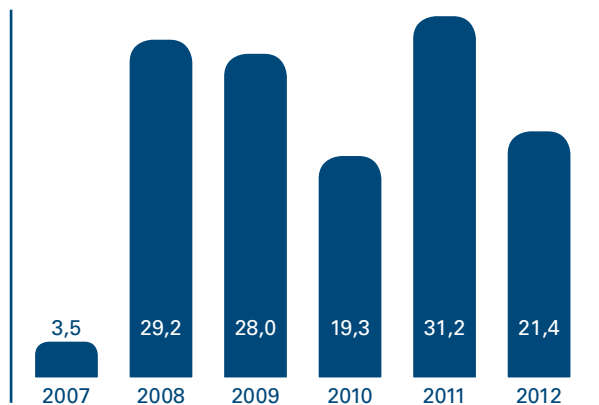
Im Auftrag des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein wickelt die IB.SH Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Landesschulbauprogramms, der Investitionspakte sowie einiger Altprogramme ab.

Zukunftsprogramm Arbeit

Das Zukunftsprogramm Arbeit bündelt die Förderangebote der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik in den Jahren 2007–2013. Mittelgeber sind das Land und die Europäische Union. Mit dem Vorhaben werden unter anderem kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte, Bürgerinnen und Bür-

ger gefördert, die nur schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, Existenzgründerinnen und -gründer, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler. Das Programmvolumen umfasst insgesamt rund 288 Mio. €. Davon stammen etwa 100 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Zukunftsprogramm Arbeit Fördervolumen der IB.SH (in Mio. €)



Das Zukunftsprogramm Arbeit nennt folgende Förderschwerpunkte:

- Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- Verbesserung des Humankapitals,
- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

Aus dem in der Förderperiode 2007–2013 zur Verfügung stehenden Gesamtbudget, das aus ESF- und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration stammt, wurden 2012 von der Organisationseinheit Arbeitsmarktförderung rund 21,4 Mio. € für 2.899 Vorhaben bewilligt.

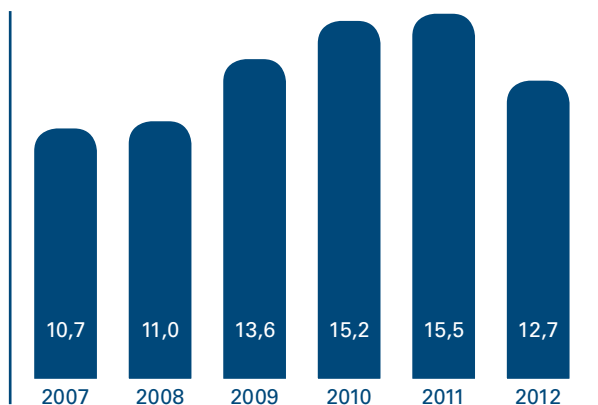


Meister-BAföG

Im Jahr 2012 konnten 2.333 (Vorjahr 2.415) Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer durch das von Bund und Land gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG – so genanntes Meister-BAföG) gefördert werden. Damit wurden die hohen Bewilligungszahlen des Jahres 2011 beinahe wiederholt. Die bewilligten Mittel in Höhe von 12,7 Mio. € haben sich im Vergleich zum Vorjahr (15,5 Mio. €) reduziert. Die Förderungen dienen der Aufstiegsfortbildung von Fachkräften und der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Der Mitteleinsatz erleichtert den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Weg in die Selbständigkeit, eröffnet berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und erhöht ihre Chancen am Arbeitsmarkt. Die Förderung der Aufstiegsfortbildung trägt dazu bei, den Fachkräftebedarf in Schleswig-Holstein nachhaltig zu decken.

AFBG – Meister-BAföG

Fördervolumen der IB.SH (in Mio. €)



Bildungsfreistellung

Gemäß Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG) steht allen Beschäftigten im Sinne des Gesetzes sogenannte Bildungsfreistellung für anerkannte Veranstaltungen zu. Voraussetzung ist, dass die gewählte Veranstaltung als Bildungsfreistellungsveranstaltung anerkannt ist. Mitte des Jahres 2012 hat das Land Schleswig-Holstein die Zuständigkeit für die Anerkennung von Bildungsfreistellungsveranstaltungen auf die IB.SH übertragen. Im Jahr 2012 konnten von der IB.SH bereits 829 Veranstaltungen als Bildungsfreistellungsveranstaltungen anerkannt werden.

Ausblick

Die beiden Zukunftsprogramme Wirtschaft und Arbeit laufen 2013 aus. Die noch zur Verfügung stehenden Fördermittel werden voraussichtlich voll ausgeschöpft. Beim „Meister-BAföG“ wird im Jahr 2013 eine weiterhin hohe Zahl der Förderanträge erwartet. Gleiches gilt mit Ausnahme der ausgelaufenen Schulbauprogramme auch für den Umfang der weiteren Abwicklungsaufgaben.

Die Vorbereitungen für die Förderperiode der Jahre 2014–2020 für den ESF und den EFRE sind seitens der Europäischen Kommission noch nicht abgeschlossen. Die Überarbeitungsphase der Verordnungstexte steht kurz vor dem Abschluss. Die finanzielle Ausstattung der Programme bzw. der Mitgliedsstaaten wurde jedoch noch nicht festgelegt. Mit der Abgabe des schleswig-holsteinischen Operationellen Programms sowie der Veröffentlichung des mehrjährigen Finanzrahmens ist im Verlauf des Jahres 2013 zu rechnen. Danach wird auf Bundesebene zeitnah über die Verteilung der Mittel auf die Bundesländer verhandelt werden.

Die verschiedenen Strukturfonds sollen nach den veröffentlichten Planungen enger zusammenwachsen und durch größere Synergien eine höhere Wirkung erreichen. Bereits jetzt ist mit grundsätzlich veränderten Rahmenbedingungen wie etwa erhöhten Anforderungen an die Datenerhebung und die Datenverarbeitungsprozesse sowie mit einer im Vergleich zu der aktuellen Förderperiode voraussichtlich verminderten Budgetierung zu rechnen.

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung der IB.SH möchte auch in der zukünftigen Förderperiode das Land bei der Erfüllung der öffentlichen Förderaufgaben aktiv unterstützen und dabei weiterhin die Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union fördern. Dazu gehört auch die nachhaltige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung Schleswig-Holsteins. Im EFRE-Förderprogramm der nächsten Förderperiode werden voraussichtlich besonders die Technologie- und Innovationsförderung, die Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und die Förderung der rationellen Energienutzung, der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung Schwerpunkte darstellen.

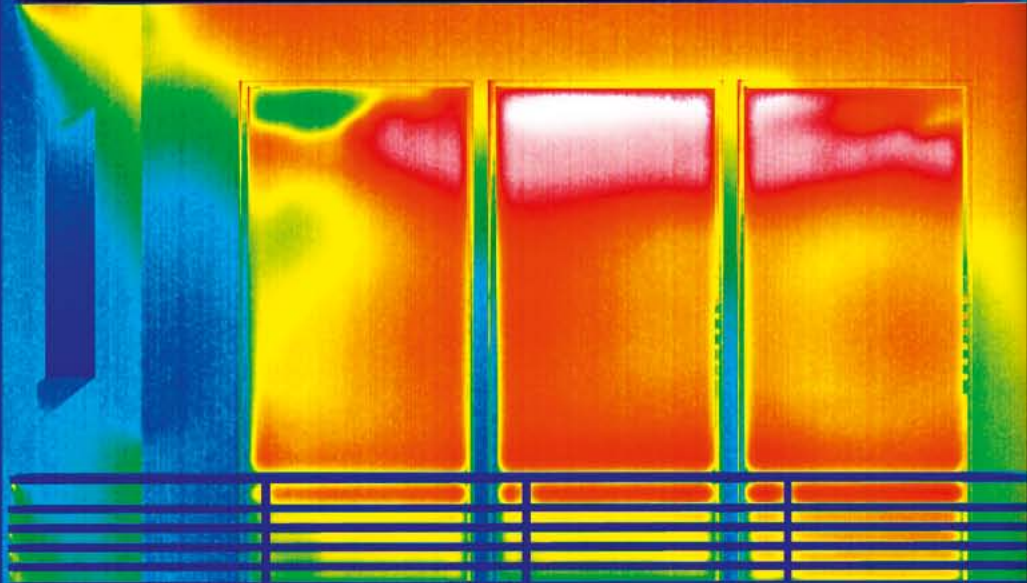
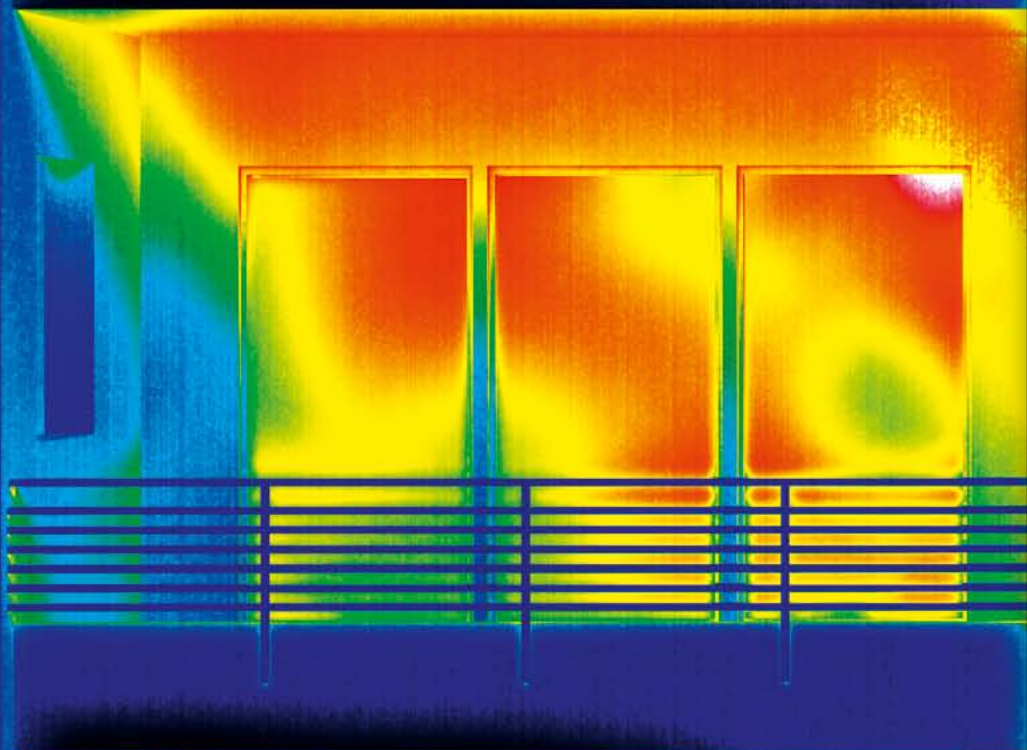
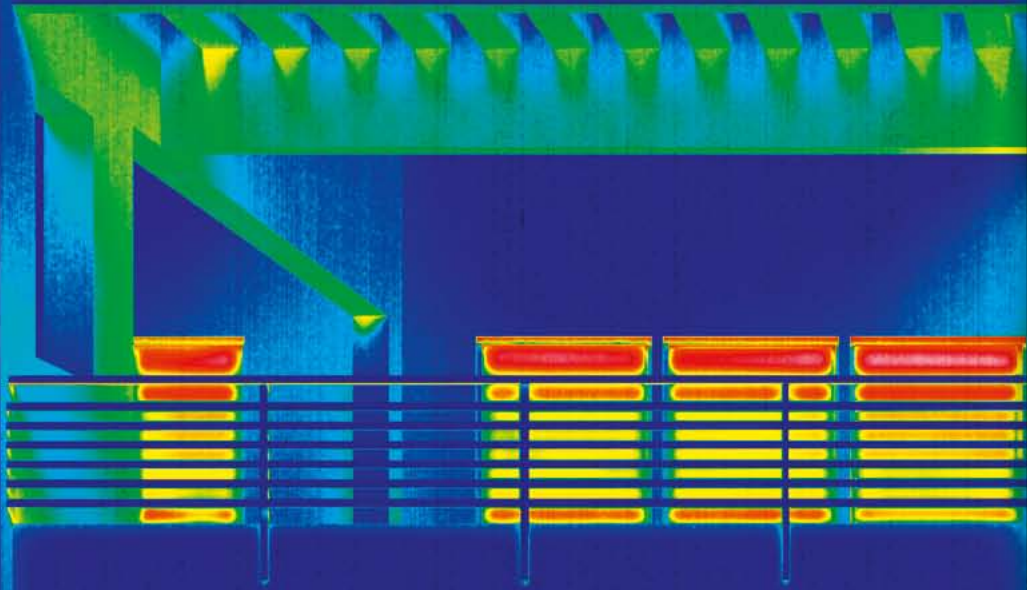
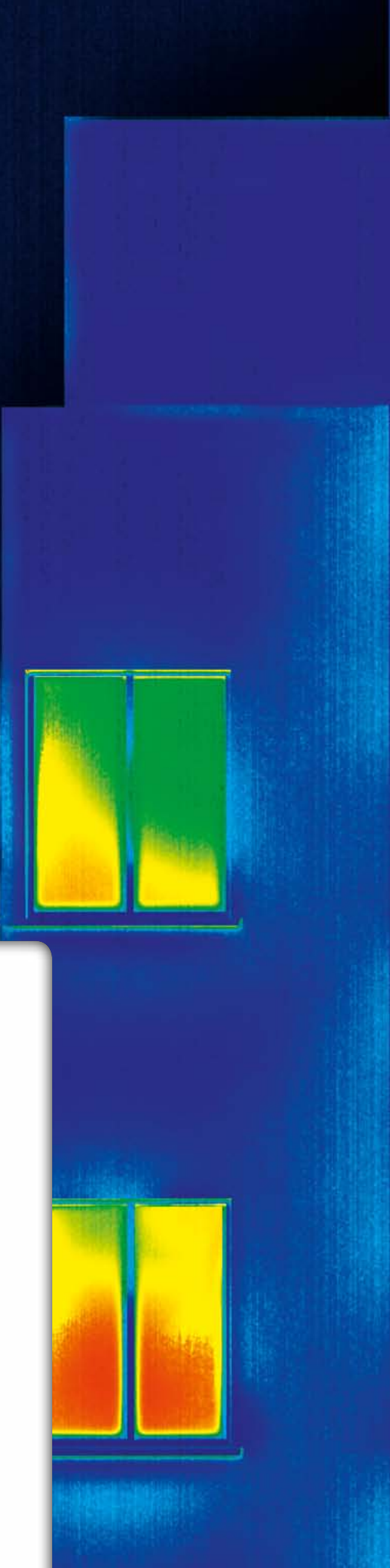
Die IB.SH kann das Land Schleswig-Holstein im Rahmen des gesetzlichen Förderauftrags in Zukunft weiterhin zentral unterstützen.



**„Technische Lösungen für denkmal-
geschützte Gebäude, die den CO₂-Ausstoß
vermindern und die Fassade erhalten, liefern
die Quadratur des Kreises für unser Klima
und den Erhalt des Stadtbildes.“**

Dipl.-Ing. Architekt Albert Schett, Denkmalschutzamt Hamburg

Co2olBricks ist ein richtungsweisendes
Projekt für mehr Energieeffizienz bei
Backstein-Bauten im Ostseeraum.



Mehr Energieeffizienz beim Denkmalschutz

Er ist einer der wichtigsten Baustoffe und insbesondere im Ostseeraum prägend für zahlreiche Stadtbilder: der Backstein. Doch gemessen an heutigen energetischen Ansprüchen tragen die charaktervollen Fassaden meist noch zu einem zu hohen Energieverbrauch bei. Denn der Anteil des Wärmeverlustes über die ungedämmte Fassade liegt zwischen 20 und 40 Prozent. Und das gilt für Denkmäler ebenso wie für alle anderen Bestandsbauten. Doch wie lässt sich der Energieverbrauch senken, ohne das Erscheinungsbild der Fassaden durch eine Außen-dämmung zu zerstören? Um nachhaltige Lösungen zu finden, haben sich 18 Städte und Institutionen aus neun Ländern zusammengetan und ein EU-Projekt gegründet: Co2olBricks.

„Ziel ist der Informationsaustausch innerhalb der Länder sowie zwischen Forschern, Architekten und Verantwortlichen in Bau- und Umweltämtern, um zu konkreten Zahlen in Sachen Backstein zu gelangen“,



Arbeiten für nachhaltige Lösungen rund um den Backstein: die Co2olBricks-Projektmitarbeiter vom Denkmalschutzamt Hamburg.

erläutert Dr. Daniela Scherz vom Hamburger Denkmalschutzamt. Das Projekt Co2olBricks hat ein Gesamtbudget von 4,3 Mio. Euro und wird durch das von der IB.SH verwaltete EU-Ostseeprogramm mit Fördermitteln in Höhe von 3,5 Mio. Euro unterstützt.

Die Mittel werden außerdem dafür verwendet, mehrere Pilotprojekte, die sich in ihrer energetischen Ausstattung unterscheiden, zu untersuchen und zu realisieren.

Eine der zukunftssträchtigsten Lösungen, die im Rahmen der Pilotprojekte erprobt wird, ist die Wandheizung. Das Prinzip: In Wände werden Heizungssysteme eingebaut, die – analog zu Fußbodenheizungen – eine geringere Vorlauftemperatur benötigen als herkömmliche Gebäudeheizungen und so eine deutliche CO₂-Einsparung ermöglichen. „Das System ist eigentlich 2000 Jahre alt – schon die Römer entwickelten eine Heizung für die Wände. Wir kombinieren also nur das System von früher mit technisch neuen Erkenntnissen von heute“, berichtet Albert Schett vom Denkmalschutzamt Hamburg. So kann auf eine fassadenverändernde Außendämmung verzichtet werden und die historische Erscheinung der Gebäude bleibt erhalten.

Wenn die Ergebnisse der Pilotprojekte das hohe Einsparpotenzial von technischer Lösung in Verbindung mit vorausschauendem Nutzverhalten bestätigen, kann der gesamte Ostseeraum, in dem Backsteinbauten eine bedeutende Rolle spielen, von dieser Lösung profitieren. Albert Schett: „Die Schönheit unserer norddeutschen Städte und die vieler anderer ostseenahe Länder ist vom Backstein geprägt. Und sichtbarer Backstein bedeutet für viele Menschen auch ein Stück Heimat.“ Das von der IB.SH verwaltete EU-Ostseeprogramm trägt mit der Förderung des Projekts Co2olBricks dazu bei, für dieses Heimatgefühl eine nachhaltige Basis zu schaffen.

Die IB.SH kann sowohl bei der Beratung als auch bei der Verwaltung europäischer Förderprogramme auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken. Dieses Wissen war auch im vergangenen Jahr für unsere Partner und Kunden von großem Nutzen.

Das Europa-Team der IB.SH berät Unternehmen zu EU-Fördermöglichkeiten und zur Anbahnung von EU-Kooperationen. Seit 1998 ist die Bank außerdem mit einem Büro in Brüssel vertreten und stellt damit sicher, aktuelle und relevante europäische Entwicklungen berücksichtigen zu können.

Für die Ostseeanrainerstaaten erweist sich die IB.SH auch in verschiedenen EU-Programmen zur europäischen territorialen Zusammenarbeit als kompetenter Dienstleister – im Rahmen des Ostseeprogramms, des Programms Südliche Ostsee und des Programms zur Europäischen interregionalen Zusammenarbeit (INTERREG IVC). Darüber hinaus gewinnt transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum durch die Umsetzung der EU-Ostseestrategie an Bedeutung.

IB.SH-Repräsentanz Brüssel

Die Repräsentanz der IB.SH in Brüssel dient der Kontaktpflege zu EU-Institutionen, Ländervertretungen und Finanzintermediären mit dem Ziel der Vernetzung und der frühzeitigen Informationsgewinnung über relevante Entwicklungen auf EU-Ebene. Zu den aufmerksam verfolgten EU-Themen gehörte auch 2012 die Ausgestaltung der Regionalpolitik nach 2013, da Fördermittel aus den Strukturfonds „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) und „Europäischer Sozialfonds“ (ESF) in das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und das „Zukunftsprogramm Arbeit“ einfließen, bei denen die IB.SH Aufgaben der Verwaltung und Abwicklung übernimmt.

Am 27. November 2012 stellte die Kommission im Rahmen einer Bund-Länder-Konferenz in Berlin das länderspezifische Positionspapier für Deutschland vor, das als Basis für die Erstellung von Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen für die Förderperiode 2014-2020 dienen soll.

Neben den genannten territorialen Strategien wie regionale Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung des Arbeitsmarktpotenzials, die soziale Eingliederung und Bildung sowie die Umgestaltung der Energiesysteme und Stärkung der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen wird es auch darum gehen, in kreativer Weise Stadt-Land-Partnerschaften zu bilden und diese in einem funktionalen Raum über die künftigen Strukturfonds förderfähig zu machen.

Renewable Energy Regions Network (RENREN)

Seit Januar 2010 unterstützt die IB.SH das Land Schleswig-Holstein



bei der Koordinierung und Umsetzung des INTERREG IVC-Projekts „RENREN“ (Renewable Energy Regions Network). Die Projektpartner stellten die Ergebnisse der dreijährigen Arbeit im Oktober 2012 auf der RENREN Abschlusskonferenz in Brüssel vor.

Unter Federführung Schleswig-Holsteins hatten 14 Regionen – von Andalusien in Spanien über Jämtland in Schweden und Westfjords in Island bis Zypern – gemeinsam an Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien gearbeitet. Dabei wurden die Möglichkeiten der Windenergie, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft, Geothermie und Meeresenergie diskutiert. Das Projektvolumen lag bei 2,1 Mio. €. Davon waren 1,6 Mio. € von der EU gefördert. Den Rest brachten die Regionen in Eigenleistung auf.

Der Austausch über 50 gute Praxisbeispiele führte zu Handlungsempfehlungen für regionale Verwaltungen und Regierungen. Dazu zählen Selbstverpflichtungen über politische Zielvorgaben, Energie- und Klimaschutzkonzepte sowie vereinfachte, transparente Genehmigungsverfahren.

Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates für Erneuerbare Energien (EREC) begrüßten die Ergebnisse des Projekts für die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien und ermunterten RENREN, die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen.

Enterprise Europe Network (EEN)

Die IB.SH ist Projektträger des Enterprise Europe Network (EEN) Hamburg – Schleswig-Holstein mit den Partnern Wirtschaftsförderung- und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), TuTech Innovation GmbH (Hamburg) und Innovationsstiftung Hamburg. Das EEN ist mit 600 Kontaktstellen in mehr als 50 Ländern das größte Service-Netzwerk der Welt für kleine und mittlere Unternehmen und wird von der Europäischen Kommission über das EU-Programm für Wettbewerb und Innovation (CIP) kofinanziert.



Im Rahmen des Projekts begleitet IB.SH Europa in Kooperation mit dem Mittelstandsförderinstitut der Innovationsstiftung Hamburg Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Universitäten und weitere öffentliche Einrichtungen in Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Beteiligung an europäischen Förderprogrammen, der Erschließung von Auslandsmärkten und der Suche nach internationalen Kooperationspartnern.

Zum Dienstleistungsangebot von IB.SH Europa gehören die Erstberatung über EU-Fördermöglichkeiten, Unterstützung bei der Antragstellung, Partnersuche und Hilfestellung beim Management bewilligter EU-Projekte. Die Leistungen wurden im Jahr 2012 zum einen bei Informationsveranstaltungen, workshops und Beratungstagen erbracht – zum Teil in Kooperation mit regionalen Partnern wie den Kammern und Wirtschaftsfördergesellschaften sowie den nationalen Kontaktstellen für die EU-Programme. Zum anderen gab es intensive individuelle Beratungen durch IB.SH Europa. Wie in den Vorjahren haben die Unternehmen EEN-Dienstleistungen in Bezug auf erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit stark nachgefragt. Knapp 22 Prozent aller Beratungen betrafen Anfragen zu Energie und Umwelt.

Seit 2011 ist das EEN Hamburg – Schleswig-Holstein offizielle regionale Beratungsstelle für die EU-Programme Forschung für kleine und mittlere Unternehmen und Öko-Innovationen. Ziel ist es, durch qualifizierte Beratung die Beteiligung an diesen Programmen zu erhöhen.

Am 15. Mai organisierte IB.SH Europa einen Beratungstag für Unternehmen über Fördermöglichkeiten für Umweltprojekte auf EU-, Bundes- und Landesebene in Kooperation mit den Förderlotsen der IB.SH und der WTSH, so dass die Unternehmen umfassende Informationen zu den unterschiedlichen Fördermöglichkeiten auf allen Ebenen erhielten.

Am 23. und 24. Mai besuchten Unternehmer und Wissenschaftler aus der Region Coventry Schleswig-Holstein und Hamburg. IB.SH Europa hatte die Unternehmerreise organisiert. Die englischen Gäste lernten mehrere Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien und vor allem der Windenergie kennen.

Auf der Husum WindEnergy 2012 informierte IB.SH Europa über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der EU und unterstützte die Teilnehmer, internationale Kontakte aufzubauen.

Im November 2012 veranstaltete IB.SH Europa in Hamburg gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg eine Informationsveranstaltung zum Thema „Energiewende – Förderprogramme für Unternehmen“ Dabei stellte das EEN europäische Fördermöglichkeiten für Umwelt und Energie vor und beriet nach der Veranstaltung mehrere Unternehmen.

Vom 5. bis 8. November besuchte eine nordirische Delegation Biomasseanlagen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Süddänemark, um sich über verschiedene Technologien im Bereich Biomasse zu informieren.

IB.SH Europa ist Mitglied der European Sustainable Energy Campaign. Im Rahmen der jährlich stattfindenden European Sustainable Energy Week organisierte das EEN Mitte Juni in Kooperation mit den Enterprise Europe Kollegen der Arbeitsgruppe Intelligent Energy ein Treffen in Brüssel, das über Erfolge der internationalen Kooperationsanbahnung und EU-Gemeinschaftsprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien informierte.

EU-Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit

Die Europäische Union fördert im Rahmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit grenzüberschreitende Kooperationen von benachbarten Regionen, transnationale Zusammenarbeit in größeren Kooperationsräumen sowie die europaweite Zusammenarbeit. Die so genannten INTERREG-Projekte tragen dazu bei, wirtschaftliche, soziale und regionale Unterschiede zu mindern und dadurch das Zusammenwachsen Europas zu fördern.

In der aktuellen Förderperiode löst die IB.SH komplexe Aufgaben multinationaler Strukturfondsverwaltungen für die beteiligten Ostseeanrainerstaaten – als Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde sowie als Trägerin des Programmsekretariats des transnationalen Ostseeprogramms. Darüber hinaus betreut die IB.SH regionale Kontaktpunkte für die Programme Südliche Ostsee und Europäische interregionale Zusammenarbeit.

Schleswig-Holstein profitiert durch die rege Beteiligung lokaler Partner an zahlreichen Projekten, insbesondere des Ostseeprogramms. Weiterhin wird das Land sowohl von den Ostseeanrainerstaaten als auch von der EU-Kommission über die IB.SH als engagierter Förderer der Ostseekooperation positiv wahrgenommen.

Ostseeprogramm 2007-2013

Für das Ostseeprogramm 2007–2013 übernahm die IB.SH im Auftrag der beteiligten Mitgliedsstaaten die Funktionen der Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde. Für die praktische Umsetzung ist das der Verwaltungsbehörde angeschlossene Programmsekretariat in Rostock und Riga (Lettland) verantwortlich.



Das Programm fördert transnationale Kooperationsprojekte rund um die Ostsee mit vier thematischen Schwerpunkten: Innovation, Erreichbarkeit und Anbindung, Management der Meeresressourcen und Kooperation zwischen städtischen und ländlichen Regionen. An den Projekten beteiligen sich öffentliche Einrichtungen und Forschungsinstitute sowie Non-profit-Organisationen wie Vereine und Verbände aus allen Ländern des Ostseeraums. Dafür stehen 195,6 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Hinzu kommen 5,3 Mio. € norwegische Fördergelder, die für die Be-

teiligung norwegischer Partner vorgesehen sind, und 7,2 Mio. € aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) für die Unterstützung von Projektpartnern in Weißrussland.

Das transnationale Ostseeprogramm hat sich mit dieser Schwerpunktsetzung auch als wichtiges Instrument für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie erwiesen. Der Ostseeraum hat Pilotstatus: Hier wird die erste überregionale Entwicklungsstrategie des Europäischen Rates verwirklicht. 2013 übernimmt die IB.SH zusätzlich zu den Aufgaben im Ostseeprogramm auch die Verwaltung der Seed Money Facility für die EU-Ostseestrategie. Diese Aufgabe wurde der IB.SH Ende 2012 durch die EU-Kommission und die an der EU-Strategie beteiligten Mitgliedsstaaten übertragen. Sie dient der Anschubfinanzierung von Projekten, die auf transnationaler, nationaler und regionaler Ebene zur Umsetzung des Aktionsplanes der EU-Ostseestrategie beitragen.

Die Zahl der über das Ostseeprogramm geförderten Projekte ist inzwischen auf 88 angewachsen. Über 1.300 Partner aus dem gesamten Ostseeraum sind an diesen Projekten beteiligt. Bis Ende 2012 wurden bereits 46 Projekte abgeschlossen.

Im Jahr 2011 hatte das Programm ein neues Instrument geschaffen. Thematisch miteinander verbundene Projekte konnten sich zu so genannten „Clusterinitiativen“ zusammenschließen. Die erste Clusterinitiative wurde 2011 zum Thema „Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ etabliert. Inzwischen gibt es drei weitere Kooperationen – zu den Themen „Umweltschutz für eine gesunde Ostsee“, „Grüne und multimodale Verkehrskorridore“ sowie „Innovationen für den Mittelstand“. Das Instrument der Clusterinitiative zeugt von Nachhaltigkeit der Projektarbeit und der Ergebnisse innerhalb des Programms.

Auf der Programmkonferenz in Oslo wurden im September 2012 erste Ergebnisse der Clusterinitiativen

vorgelegt sowie Ausblicke in die Zukunft des Ostseeprogramms und die Förderperiode 2014–2020 gegeben.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein begrüßt die Fortsetzung der Aufgaben der IB.SH als Verwaltungsbehörde für das neue Ostseeprogramm ab 2014.

Das Budget für die Verwaltung des Ostseeprogramms 2007–2013, die so genannte Technische Hilfe, betrug im vergangenen Jahr 2,85 Mio. € und wurde anteilig aus den beteiligten EU-Fonds sowie aus nationaler Kofinanzierung der beteiligten Länder gedeckt.

Programm Südliche Ostsee

Mit dem Programm Südliche Ostsee wird die grenzüberschrei-



ende Zusammenarbeit gefördert. Zum Programmgebiet gehören an die Ostsee angrenzende Landkreise bzw. Gebiete aus den Ländern Dänemark, Deutschland (nur Mecklenburg-Vorpommern), Litauen, Polen und Schweden sowie die Region Kaliningrad/Russland. Etwa 60,7 Mio. € EFRE-Gelder stehen insgesamt zur Verfügung. Die IB.SH verwaltet innerhalb dieses Programms für das Land Mecklenburg-Vorpommern eine regionale Kontaktstelle, den South Baltic Programme Contact Point.

Im Laufe des Jahres 2012 konnten 3,1 Mio. € Förderung durch den Lenkungsausschuss für neue Projekte bewilligt werden. Inzwischen sind über 90 Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern an den Vorhaben beteiligt, davon mehr als 20 in federführender Rolle. Beispiele sind „SeaSide“ und „United in diversity“, zum einen ein Projekt zur Entwicklung eines Museumsnetzwerkes, zum anderen ein Projekt zur Unterstützung des gemeinsamen Kulturerbes, das mit einer internationalen Fahrradrouten Süd-schweden mit Pommern verbindet.

Europakompetenz

Im vergangenen Jahr hat die Kontaktstelle die Vorbereitung und Umsetzung von Sitzungen und Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Außerdem wurden Institutionen aus der Region bei der Beantragung von Fördergeldern beraten. Dabei arbeitete sie eng mit dem Programmsekretariat in Gdansk (Polen) und dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Das Budget der Kontaktstelle belief sich 2012 auf etwa 40.000 €.

Programm zur Europäischen interregionalen Zusammenarbeit (INTERREG IVC)

Mit dem Förderprogramm INTERREG IVC wird in der Förderperiode 2007–2013 die Kooperation verschiedener europäischer Regionen unterstützt. Im Zentrum stehen hier der Erfahrungsaustausch und der Wissenstransfer. Vor allem schwach entwickelten Gebieten wird



ein Instrumentarium an die Hand gegeben, Regionalpolitik effektiver zu gestalten. Die beiden Programmschwerpunkte Innovation und Wissensgesellschaft sowie Umwelt und Risikovermeidung leiten sich aus der europäischen Wachstums- und Nachhaltigkeitsstrategie ab. Das Fördervolumen beträgt 321,3 Mio. € aus dem EFRE.

Das Programmsekretariat ist in Lille (Frankreich) angesiedelt. Dessen Arbeit wird von vier dezentralen Info Points unterstützt. Die IB.SH verwaltet den Info Point North in Rostock, der Antragsteller aus Skandinavien, Finnland, Deutschland und den baltischen Staaten betreut.

Das Budget des Info Point betrug 2012 etwas mehr als 240.000 €. Die Betreuung des Info Point durch die IB.SH wurde zum Jahresende 2012 abgeschlossen.

EU-Förderprogramme mit Beteiligung der IB.SH (Stand 31.12.2012)

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB.SH	Genehmigte Projekte	Anzahl der Antragsrunden
Baltic Sea Region Programme	EFRE: 195,6 Norwegen: 5,3 ENPI: 7,2	MA, CA, JTS	88	5
INTERREG IVC	EFRE: 321,3	Info Point	204	4
South Baltic Programme	EFRE: 60,7	Contact Point	68	9

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), CA – Certifying Authority (Bescheinigungsbehörde), JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)



„Die IB.SH stellt uns Refinanzierungsmittel zur Verfügung. Sie ist uns ein starker und verlässlicher Dienstleister.“

Achim Thöle, Vertriebsvorstand Sparkasse Westholstein, Itzehoe

Leistungen für Kreditinstitute

Die IB.SH refinanziert Hausbanken
über Einzelrefinanzierungen, Globaldarlehen und
die Durchleitung von Bundesfördermitteln.

Die IB.SH ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in Schleswig-Holstein und teilweise in Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus stellt die IB.SH Banken und Sparkassen Förderkredite – Refinanzierungen – zur Weiterleitung an deren mittelständische Kunden bereit.

Bundesförderung: Neugeschäft kräftig gestiegen

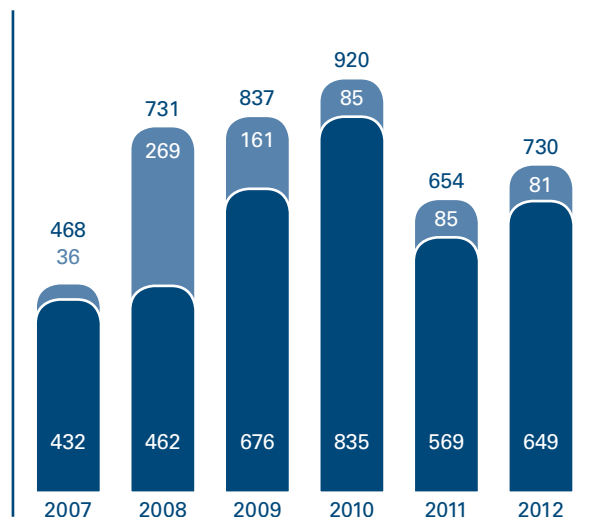
Mit 649 Mio. € gegenüber 569 Mio. € im Vorjahr stieg das Neugeschäft um rund 14 Prozent. Für den Anstieg des Neugeschäftes sind folgende Gründe maßgebend: Es gab unverändert ein sehr niedriges Zinsniveau, das Finanzierungen generell attraktiver machte als Geldanlagen. Im gewerblichen Geschäft bot die Reduzierung der Förderung im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) für die Finanzierung von Photovoltaikanlagen immer noch genug Anreize für rentable Finanzierungen. Auch für die Finanzierung von Windkraftanlagen ermöglichte das EEG rentable Investitionen. Hinzu kam, dass die KfW für die Finanzierung von Investitionen in erneuerbare Energien attraktive Refinanzierungsmittel gewährte. Außerdem stellte die Bundesregierung für energetische Finanzierungen im Wohnungsbau in hohem Umfang Haushaltsmittel zur Verfügung, so dass von der KfW historisch niedrige Zinsen angeboten wurden. So war es möglich, bei einer Laufzeit und einer Zinsbindungsfrist von 10 Jahren einen Zins von 1 Prozent p.a. zu erhalten.

Das Bundesfördergeschäft ist nachhaltig, denn den Sparkassen werden fast ausschließlich langfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt. Außerdem weist dieses Geschäft einen hohen Anteil von Finanzierungen energetischer Investitionen aus. Dieser Anteil betrug 55 Prozent (im Vorjahr: 43 Prozent) des Durchleitungsneugeschäftes.

Die Struktur des Durchleitungsgeschäftes zeigt, dass 60 Prozent (im Vorjahr: 58 Prozent) des Neugeschäftes dem gewerblichen Sektor zuzuordnen sind, 33 Prozent (im Vorjahr: 31 Prozent) dem Immobiliengeschäft und 7 Prozent (im Vorjahr: 11 Prozent) dem von der LR geförderten landwirtschaftlichen Raum.

Träger des Wachstums war auch 2012 das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Bei der Förderung von Investitionen des gewerblichen Mittelstandes dominierten energetische Finanzierungen mit einem Anteil von 53 Prozent (im Vorjahr: 44 Prozent). Rund 46 Prozent hiervon wurden im Rahmen des KfW-Programms Erneuerbare Energien für Photovoltaik-Anlagen verwendet; rund 44 Prozent des energetischen Finanzierungsanteils entfielen auf Windkraftanlagen. Alle anderen energetischen Investitionen hatten untergeordnete Bedeutung.

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Finanzierungen in das Anlage- und zum Teil auch in das Umlaufvermögen hatten (bei der Förderung des gewerblichen Mittelstands) einen Anteil von 47 Prozent (im Vorjahr: 56 Prozent). Dabei ragten wie im Vorjahr der KfW-Unternehmerkredit mit dem „Fenster für kleine und mittlere Unternehmen“ und das ERP-Regionalförderprogramm mit dem „Fenster für kleine Unternehmen“ heraus.

Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung wohnwirtschaftlicher Investitionen sind gut bekannt und waren auch 2012 mit sehr attraktiven Konditionen ausgestattet. Die Bundesregierung hatte für energetische Maßnahmen Haushaltsmittel in nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt. Mit 62 Prozent (im Vorjahr: 43 Prozent) aller wohnwirtschaftlichen Finanzierungen dominierten solche für energetische Maßnahmen. Sie betreffen vor allem die Errichtung von KfW-Effizienzhäusern und Maßnahmen zur energieeffizienten Sanierung.

Finanzierungen, die für den Erwerb und den Umbau von Häusern und Wohnungen eingesetzt wurden, hatten einen Anteil von 38 Prozent (im Vorjahr: 57 Prozent). Zu nennen ist hier insbesondere das KfW-Wohneigentumsprogramm.

Die Kleinteiligkeit des Durchleitungsgeschäftes wird bei den wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen der KfW deutlich. Mit 67 Prozent (im Vorjahr: 61 Prozent) der Stückzahlen bewilligter Darlehen wurde lediglich ein Anteil von 33 Prozent (im Vorjahr: 31 Prozent) des Neugeschäftes erzielt.

Der Einsatz von Fördermitteln der LR erfolgte 2012 etwas zurückhaltender als im Vorjahr. Der Schwerpunkt der Förderung (68 Prozent des LR-Neugeschäftes) lag bei der Finanzierung von Investitionen in das Anlage- und zum Teil in das Umlaufvermögen. Die Finanzierung energetischer Investitionen machte 32 Prozent des LR-Geschäftes aus. Dabei wurden besonders Photovoltaik-Anlagen gefördert.

Zum 31. Dezember 2012 leitete die IB.SH wie im Vorjahr an 20 Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel der KfW und der LR weiter.

Refinanzierungen: Stärkung des Mittelstandes

Die IB.SH gewährt Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an mittelständische und kommunalnahe Unternehmen sowie an Immobilienkunden, um Investitionen im Geschäftsgebiet der IB.SH zu finanzieren.

Banken und Sparkassen erhalten damit die Möglichkeit, entweder Einzelinvestitionen oder mehrere Vorhaben zu refinanzieren. Die Gestaltung der Enddarlehensnehmerverträge wird weitestgehend den Banken und Sparkassen überlassen; die technische Durchführung erfolgt innerhalb weniger Tage. Die Refinanzierungsmittel stammen von der KfW und aus eigenen Mitteln der IB.SH.

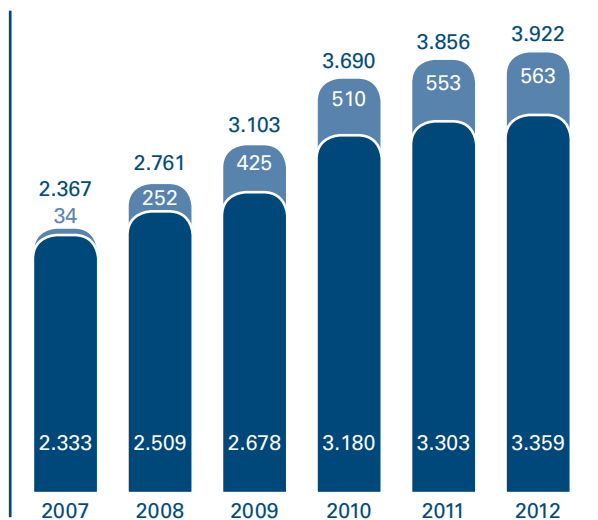
Das Neugeschäft belief sich im Jahr 2012 auf 81 Mio. € und hielt damit das Niveau des Vorjahres. Es wurden überwiegend gewerbliche Investitionen einzeln refinanziert, wobei Zinsbindungsfristen von fünf bis zehn Jahren bevorzugt wurden. Die IB.SH leistet so einen Beitrag, regionale Banken und Sparkassen mit Liquidität auf Basis langfristiger Zinsbindungen zu versorgen. Damit werden Investitionen des Mittelstandes in Schleswig-Holstein nachhaltig gesichert.

Die IB.SH refinanzierte außerdem – zum Teil mit KfW-Mitteln – die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH und leitete an sie Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikokapital-Fonds für Schleswig-Holstein (EFRE II), EFRE-Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein und aus dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein weiter.

Darlehensbestände sind stabil

Zum 31. Dezember 2012 verzeichnete die IB.SH im Durchleitungsgeschäft und bei den Refinanzierungen eine Bestandserhöhung von lediglich 66 Mio. €; zum Vorjahresstichtag waren es 166 Mio. €. Der Stichtagsbestand betrug 3,922 Mrd. € (zuvor 3,856 Mrd. €). Der Hauptgrund für das langsamere Wachstum ist auf das sehr niedrige Zinsniveau zurückzuführen, das primär für Umschuldungen genutzt wurde, um eine Verringerung der Zinsbelastung zu erreichen. Hinzu kam, dass einige Sparkassen und Banken ihre Kreditportfolien neu ausgerichtet haben, die in Teilen zu größeren Umschuldungen bei der IB.SH führten. Die Refinanzierungen erreichten wie im Vorjahr 14 Prozent des Gesamtstichtagsbestandes.

Entwicklung der Stichtagsbestände in Mio.€ (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Zusammenarbeit der IB.SH mit der KfW

Die KfW ist eine bedeutende Refinanzierungsquelle der IB.SH. Der Stichtagsbestand zum 31. Dezember 2012 betrug 7,4 Mrd. € (im Vorjahr: 8,3 Mrd. €), davon waren 4,4 Mrd. € (im Vorjahr: 4,1 Mrd. €) Durchleitungs- und Förderprogramm kredite. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf viele Geschäftsbereiche. Hierbei geht es hauptsächlich um das Durchleitungsgeschäft, die Förderprogramm gewährungen der IB.SH in den Bereichen Immobilien-, Kommunal- und Firmenkunden sowie das Treasury der IB.SH (Globaldarlehen der KfW „Allgemeine Refinanzierung“).

Die KfW hat auch 2012 einen klaren Fokus auf die Finanzierung energetischer und damit nachhaltiger Investitionen gelegt. Die KfW entsprach den politischen Zielen der Bundesregierung im Wesentlichen durch Zins- und Zuschussgestaltung. Eine für Enddarlehensnehmer hoch interessante Förderstruktur war auch im Jahr 2012 die Folge.

Zum Ende des Jahres 2012 startete ein Projekt der KfW, das zum Ziel hat, mit Hausbanken und Durchleitungsinstituten webbasiert zusammenzuarbeiten. Dabei ist vorgesehen, in Pilotarbeit neue Abläufe und Verfahren zu definieren, um sie dann in den nächsten Jahren zu realisieren. Die Enddarlehensnehmer werden von effizienteren Prozessen und moderner Übertragungstechnik, die auch in der IB.SH eingesetzt werden wird, profitieren.

Zusammenarbeit der IB.SH mit der LR

Eine weitere wichtige Refinanzierungsquelle der IB.SH ist die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR). Der Stichtagsbestand zum 31. Dezember 2012 betrug 1,7 Mrd. €, im Vorjahr waren es 1,6 Mrd. €. Die Zusammenarbeit erstreckte sich auf drei Bereiche: Die Gewährung von Globaldarlehen für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum, das oben genannte Durchleitungsgeschäft und die Weiterleitung von Förderprogramm Krediten durch den Geschäftsbereich Firmenkunden der IB.SH. Durchleitungs- und Förderprogramm Kredite hatten per 31. Dezember 2012 ein Stichtagsvolumen von 454 Mio. €.

Die Zusammenarbeit mit der LR ist geprägt von effizienten und kundenorientierten Abläufen.

Ausblick

Die energetische Förderung zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes wird sich auch 2013 mit dem Schwerpunkt im privaten Wohnungsbau fortsetzen. Die Bundesregierung wird entsprechend hohe Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Der Ausweis neuer Flächen für den Bau von Windkraftanlagen zum Ende des Jahres 2012 hat in Schleswig-Holstein eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Windenergie geschaffen. Abzuwarten bleibt, ob die diskutierten Veränderungen des EEG Investitionssicherheit und -rentabilität gewährleisten.

Die Banken- und Finanzkrise ist immer noch nicht überwunden. Unverändert sind von vielen Banken und Sparkassen in Schleswig-Holstein außerordentliche Belastungen zu verkraften. Zu erwarten ist eine vorsichtige Kreditneugeschäftsausweitung. Es ist daher ein im Vergleich zum Vorjahr zurückhaltenderes Neugeschäft geplant.

In der Projektzusammenarbeit mit der KfW („Bankendurchleitung Online 2.0“) werden 2013 die Voraussetzungen dafür geschaffen, in den Folgejahren die technische Zusammenarbeit zu modernisieren und noch effizienter zu gestalten.



**„JazzBaltica will jedes Jahr neue, aufregende
und kreative Klänge präsentieren.“**

Nils Landgren, musikalischer Leiter von JazzBaltica

Soziales und kulturelles Engagement

Die IB.SH unterstützt JazzBaltica zweifach:
Zum einen fördert sie das Festivalprogramm und
zum anderen stiftet sie den Förderpreis.



Kulturereignis mit nordischer Gelassenheit

„Ohne Musik wäre das Leben ein Irrtum“, hat der deutsche Philosoph und Musikliebhaber Friedrich Nietzsche einmal geschrieben. Und zweifellos gehört Musik nicht nur zu den schönen, sondern auch zu den gesellschaftlich bedeutendsten Künsten. „Kunst und Kultur ist unsere Identität. Die freie Entfaltung von künstlerischen Talenten spiegelt sich auch in der Freiheitlichkeit einer Gesellschaft wider. Mit unserer Musik versuchen wir, den Menschen etwas zu schenken. Und daher ist die finanzielle Förderung von Kultur aus privater und öffentlicher Hand unerlässlich“, ist Nils Landgren überzeugt.



Lösen jedes Jahr Begeisterung beim Publikum aus: die musikalischen Acts der JazzBaltica.

Seit 2012 ist der schwedische Posaunist und Musikprofessor künstlerischer Leiter von JazzBaltica. Das Festival, das 1991 auf Initiative der Landesregierung Schleswig-Holstein ins Leben gerufen wurde und seit 2002 Teil des Schleswig-Holstein Musik Festivals ist, erlebte 2012 einen Neuanfang. Denn ein Jahr zuvor sah sich die Landesregierung gezwungen, ihre Zuschüsse zu streichen, und auch die langjährige Spielstätte – das Herrenhaus Salzau – stand nicht mehr zur Verfügung. Mit der Evers-Werft im Hafengelände von Niendorf in der Gemeinde Timmendorfer Strand fand das Festival für die nächsten Jahre eine neue Heimat direkt an der Ostsee.

Im ersten Jahr als Verantwortlicher setzte Nils Landgren programmatisch alles auf Anfang: „Back to the roots – das war das Motto im Jahr 2012. Und damit habe ich den JazzBaltica-Gründungsgedanken wieder aufgenommen, Künstler aus der Ostseeregion in den Mittelpunkt zu rücken.“ Die Bundesregierung unterstützte diesen Neuanfang mit einer einmaligen Anschubfinanzierung von 150.000 Euro. Und auch die IB.SH ist weiterhin als erster Hauptsponsor maßgeblich daran beteiligt, dass das renommierte Festival den Musikbegeisterten erhalten bleibt. Für Kontinuität sorgt die IB.SH auch durch die Vergabe des JazzBaltica-Förderpreises, den sie seit 2008 stiftet. Über die mit 3.000 Euro dotierte Auszeichnung konnten sich 2012 das Quintett Flickstick mit der Berliner Saxophonistin Brigitta Flick und der Hamburger Posaunistin Lisa Stick freuen.

Das Festival, das 2012 rund 8.500 Zuschauer anzog, will auch in Zukunft möglichst viele Musikbegeisterte ansprechen – mit einem attraktiven Programm, dem Familienkonzert und der Kindermusikwerkstatt zum Mitmachen sowie kostenlosen Open-Air-Veranstaltungen. Eine ebenso ambitionierte wie aufwändige Herausforderung – das weiß niemand besser als Nils Landgren: „Daher bin ich sehr froh und dankbar, dass die IB.SH als Hauptsponsor JazzBaltica weiterhin unterstützt und dass wir jedes Jahr zusätzlich noch gemeinsam einen Förderpreis für den besonders begabten Jazznachwuchs ausloben. Ich hoffe, dass diese wunderbare Partnerschaft und Zusammenarbeit noch lange so weitergehen wird.“

Gesellschaftliches Engagement – ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensphilosophie der IB.SH

Durch ihr gesellschaftliches Engagement übernimmt die IB.SH jenseits ihres Kerngeschäfts Verantwortung – und unterstreicht damit zugleich ihre Funktion als landesweites Förderinstitut. Das gesellschaftliche Engagement der IB.SH ist vielschichtig: Es ist das Anliegen, regionale Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft zu stärken. Langfristige Kooperationen stehen dabei im Mittelpunkt.

Kulturelle Vielfalt als Standortfaktor

Kunst unterhält, inspiriert und verbindet – Kunst und Kultur sind wichtig für unsere Gesellschaft. Ein lebendiges kulturelles Angebot macht Schleswig-Holstein attraktiv. Die Standortqualität eines Landes hängt nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Damit ist Kulturförderung immer auch Wirtschaftsförderung und natürliche Aufgabe der IB.SH.

Kulturelle Belange unterstützt die IB.SH im Rahmen ihrer täglichen Arbeit, etwa durch die kostenlose Beratung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern aus dem Bereich der Kreativwirtschaft. Unser kulturelles Engagement aber reicht weit darüber hinaus:

Seit 2004 ist die IB.SH Hauptsponsor des Musikfestivals JazzBaltica. Das lebhafte Image der europaweit bekannten Veranstaltung und die konzeptionelle Ausrichtung auf den Ostseeraum passen zur IB.SH. Vor dem offiziellen Start des Festivals konnten Kunden und Partner der IB.SH wieder ein hochkarätiges Preview-Konzert in den Geschäftsräumen der Bank erleben: Jazzposaunist und Festivalchef Nils Landgren persönlich stimmte die Gäste auf das Festival ein.

Die IB.SH fördert Musik – aber auch die Literatur. Das Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V. bietet ganzjährig

ein abwechslungsreiches literarisches Programm. Es ist erste Adresse für Literaturprojekte im Land. Die IB.SH unterstützt das Haus seit 2006. Die Lesungen mit bekannten Autoren wie Katharina Hagen oder Bernhard Kegel trafen auch 2012 wieder auf positive Resonanz – bei Kunden und Geschäftspartnern, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Musik, Literatur – bildende und darstellende Kunst. Das Engagement zur Förderung kultureller Vielfalt wird durch Kunstaussstellungen und die Unterstützung einer Vielzahl lokaler Kulturinitiativen abgerundet.

Mit der Unterstützung des Projekts „Schau der 1000 Bilder“ und drei Kunstaussstellungen in der Lounge der IB.SH führte die Bank auch im Jahr 2012 ihre Partnerschaft mit dem Bundesverband Bildender Künstler, Landesverband Schleswig-Holstein (BBK SH) fort.

Seit vielen Jahren richtet die IB.SH gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag Kulturprojekte und Kunstaussstellungen aus. In der zweiten Jahreshälfte entstand die Idee, gemeinsam eine neue Ausstellungsreihe zu initiieren: Unter dem Titel „KunSt aktuell... im LandesHaus“ erhalten Kulturinstitute, die sich mit zeitgenössischer Kunst der Region befassen, künftig die Möglichkeit, das Landeshaus als „Schaufenster“ für ihre Projekte zu nutzen.

Eine feste Größe ist und bleibt der Kunstkalender der IB.SH. Der diesjährige Kalender fördert den künstlerischen Nachwuchs. Zwölf Studenten der Kieler Muthesius-Kunsthochschule haben ihn gestaltet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Der Kunstkalender des Jahres 2013 ist frisch, vielfältig und – im besten Sinne des Wortes – bunt.

Förderung von Bildung und Wissenschaft – qualifizierter Nachwuchs für Schleswig-Holstein

Zum gesellschaftlichen Engagement der IB.SH gehört auch die Förderung von Bildung und Wissenschaft, gehören entsprechende Kooperationen.

Noch jung ist die Kooperation der IB.SH mit dem Institut für Weltwirtschaft (IfW). Das IfW erstellt regelmäßig Analysen und Konjunkturprognosen und unterstützt damit wirtschaftspolitische Prozesse. Seine Experten arbeiten an der Lösung globaler Probleme. Getreu dem Motto „Global denken, lokal handeln“ hat die IB.SH über diese Kooperation bei regional motivierten Entscheidungsprozessen immer auch den globalen Ansatz im Blick. Anders herum können lokale Lösungsansätze der IB.SH über das IfW in überregionale Zusammenhänge transferiert werden.

In Flensburg ist die IB.SH an der Finanzierung einer Stiftungsprofessur für Windenergie an der Fachhochschule beteiligt. Die Stiftungsprofessur stärkt nicht nur den Hochschulstandort, die Forschungsergebnisse schlagen sich – etwa in Form von Existenzgründungen – auch direkt in der regionalen Wirtschaft nieder.

Schleswig-Holstein braucht Menschen, die etwas können, die über ausgeprägte soziale Kompetenzen verfügen und bereit sind, Einfluss zu nehmen. Qualifizierter Nachwuchs ist eine wesentliche Grundlage für den Erfolg unseres Landes. Und die Förderung von Nachwuchspotenzialen muss früh genug beginnen.

Im Rahmen ihres Potenzialträgerprogramms gibt die IB.SH jungen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, sich im Rahmen ihrer individuellen Fähigkeiten weiterzuqualifizieren. Doch die IB.SH verfolgt die Förderung qualifizierten Nachwuchses nicht allein hausintern.

Seit 2009 fördert die IB.SH die Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind, Regionalverein Schleswig-Holstein e.V. Junge Menschen können hier ihre

überdurchschnittlichen Fähigkeiten im Rahmen der JuniorAkademie in St. Peter-Ording ausbauen. Das kursübergreifende musikalische und künstlerische Angebot ist dabei besonders wichtig. Im Rahmen der JuniorAkademien soll aber vor allem die soziale Kompetenz der Teilnehmer gefördert werden.

Außerdem sponsert die IB.SH das Deutschland-Stipendium an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und leistet damit einen aktiven Beitrag zur Förderung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein. Das Stipendium ermöglicht es besonders begabten Studentinnen und Studenten, sich uneingeschränkt auf ihr Studium zu konzentrieren.

Ganz frisch ist die Ende des Jahres 2012 geschlossene Kooperation mit der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft. Hier fördert die IB.SH die landesweite Vortragsreihe „Uni kommt zur Schule“, die aktiv zum Wissenstransfer zwischen Universität und Öffentlichkeit beiträgt.

Verantwortung übernehmen, Menschen fördern, begeistern, das Feuer weitergeben: In diesem Sinne wird die IB.SH ihr gesellschaftliches Engagement auch 2013 im Rahmen ihrer Möglichkeiten fortsetzen.

Dies gilt aber nicht allein für das gesellschaftliche Engagement der Förderbank – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB.SH engagieren sich. 2012 investierten sie die Erlöse der Weihnachtstombola in verschiedene soziale Projekte. Sehr große Wirkung erzielte das persönliche Engagement der Mitarbeiter zugunsten der Vorwerker Diakonie in Lübeck. Im Zuge dieser Aktion konnte zur Freude aller Beteiligten 100 benachteiligten Kindern ein Weihnachtswunsch erfüllt werden.





**„Die IB.SH ist familienfreundlich. Sie ermöglicht es
ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
Beruf und Familie zu vereinbaren.“**

Martina Credo, Familienbeauftragte der IB.SH

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB.SH

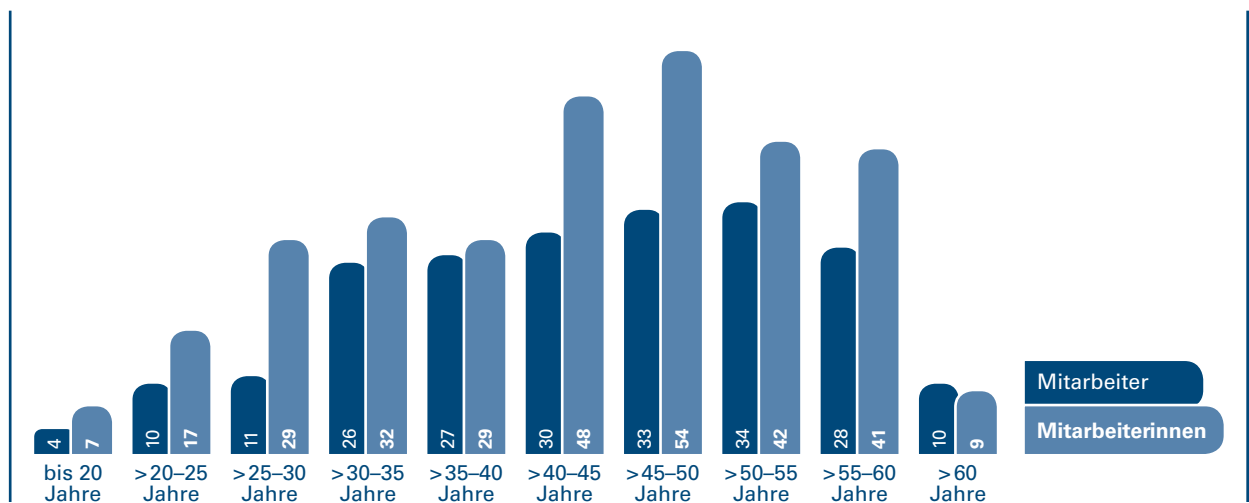
Pflege- und Betreuungsaufgaben erhalten
in der Bank ausdrücklich die gleiche Anerkennung
wie Kinderbetreuungsaufgaben.

Personalstruktur

Am 31. Dezember 2012 waren bei der IB.SH 521 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Auf Vollzeitkräfte umgerechnet betrug die aktive Personalkapazität am Ende des Jahres 465. Das sind 18 Vollzeitkräfte mehr als Ende 2011. Der Personalan-

stieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Aufstockung von Ausbildungs- und Traineeplätzen, den Aufbau einer Organisationseinheit Telefonzentrale, die Übernahme von Aufgaben im Zusammenhang mit neuen Projekten, auf die Rückkehr von Mitarbeiterinnen aus der Elternzeit und das steigende Geschäftsvolumen zurückzuführen.

Personalstruktur der IB.SH	31.12.2011 Anzahl	31.12.2012 Anzahl
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	494	521
• davon in Elternzeit	5	12
• davon in der Arbeitsphase Altersteilzeit	9	7
• davon in der Freistellungsphase Altersteilzeit	8	7
• davon Frauen	289	308
• davon Auszubildende	20	23
• davon Trainees	3	6
Aushilfen	19	19
Führungskräfte	57	58
• davon Frauen	19	19



Der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft lag bei 59,1 Prozent, die Teilzeitquote bei 24,8 Prozent. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen lag bei 32,8 Prozent. Das Durchschnittsalter am 31. Dezember 2012 betrug 43,7 Jahre.

Ausbildung

Die IB.SH bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungsgänge an:

- Bankkauffrau/-mann
- Bürokauffrau/-mann
- Bachelor of Arts inkl. Bankkauffrau/-mann
- Bachelor of Science inkl. Informatikkauffrau/-mann
- Praktikums- und Diplomarbeitsplätze
- Traineeausbildung
- Rechtsreferendar/-in

Im vergangenen Jahr konnten sechs Auszubildende und zwei Trainees ihre Ausbildung erfolgreich abschließen und in ein Angestelltenverhältnis übernommen werden. Außerdem ermöglicht die IB.SH interessierten Bachelor-Studierenden, ihr Studium mit einer praktischen Ausbildung zu kombinieren. Dieser duale Ansatz wird in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein umgesetzt.

Aus- und Fortbildung	31.12.2011 Anzahl	31.12.2012 Anzahl
Auszubildende gesamt	20	23
• davon Auszubildende zur Bankkauffrau/zum Bankkaufmann	6	7
• davon Auszubildende zur Bürokauffrau/zum Bürokaufmann	7	7
• davon Studierende mit dem Ziel Bachelor of Arts	4	5
• davon Studierende mit dem Ziel Bachelor of Science	3	4
Trainees	3	6
Praktikanten	1	2

Engagierten Studierenden bietet die IB.SH darüber hinaus in verschiedenen Bereichen Praktikums- und Diplomarbeitsplätze an. Im Rahmen einer Traineeausbildung können hochschulqualifizierte Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger verschiedene Fachabteilungen durchlaufen. Nicht zuletzt erhalten Rechtsreferendare die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und Wahlstation in der IB.SH zu belegen.

Aufgrund der guten Resonanz der Vorjahre hat die IB.SH 2012 zum vierten Mal an der Messe „nordjob“ in Kiel teilgenommen. Diese Fachmesse für Ausbildung und Studium wird von den Industrie- und Handelskammern zu Kiel, Flensburg und Lübeck veranstaltet. Sie richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, die ein bis zwei Jahre vor ihrem Schulabschluss stehen.

Fortbildung für Ausbilderinnen und Ausbilder

Fünf Kolleginnen und ein Kollege haben 2012 die Ausbildereignungsprüfung bestanden. Die von der IHK zertifizierte Fortbildung besteht aus den drei Modulen rechtliche Grundlagen der Ausbildung, Ausbildung und Unterweisung am Arbeitsplatz sowie Gesprächskompetenz in der Ausbildung und der IHK-Prüfung. Das Thema „Ausbildung“ und die damit verbundene Sicherung eines sehr gut qualifizierten Nachwuchses ist für die IB.SH eine wichtige, zentrale Aufgabe. Die Bank hat die Zahl der Auszubildenden seit dem Start im Jahr 2003 von drei auf 23 erhöht. Bisher konnte die IB.SH in jedem Jahr allen Auszubildenden ein Übernahmeangebot machen. Auch zukünftig wird die Bank den hohen Standard der Ausbildung sichern und ausbauen.

Ausbildung mit Auszeichnung

Für ihren hervorragenden, sehr guten Abschluss im Ausbildungsberuf Bankkauffrau erhielt die duale Auszubildende Gesa Wischmann höchste Anerkennung: Sie wurde jahrgangsbeste Bankkauffrau. An den Prüfungen hatten 848 Auszubildende der verschiedensten Ausbildungsrichtungen teilgenommen. Zusätzlich absolvierte Gesa Wischmann das duale Studium Bachelor of Arts (Betriebswirtschaftslehre) und konnte als landesweit Jahrgangsbeste der Berufsakademie mit einem Notendurchschnitt von 1,27 ihr Studium mit Auszeichnung abschließen.

Personalentwicklungstage

Auf Basis der 2011 stattgefundenen Personalentwicklungstage (PET) fanden 2012 eine Reihe von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen statt. Dieses Instrument der Personalentwicklung hat das Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für gegenwärtige und zukünftige Aufgaben der Bank zu qualifizieren. Dabei werden Potenzialträgerinnen und Potenzialträger für zukünftige Spezialisten- oder Führungspositionen ermittelt. Die PET finden neben dem jährlichen Mitarbeitergespräch alle drei Jahre statt.

Die Potenzialförderung

2012 wurde das Potenzialträgerprogramm zur Förderung besonders qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu aufgesetzt und gestartet. In einem 15-monatigen Programm nehmen acht im Rahmen eines Orientierungscenter ausgewählte Potenzialträgerinnen und Potenzialträger an verschiedenen Schulungen teil – beispielsweise zu den Themen Projektmanagement und Moderationstraining. Es gibt auch Einzelcoachings mit persönlich ausgewählten Trainern. Diese helfen, das eigene Potenzial besser zu erkennen, es zu entwickeln und zu nutzen.

360°-Führungskräfte-Feedback

Die Bank führte im 4. Quartal 2012 für alle Führungskräfte in Zusammenarbeit mit einer externen Beratungsfirma ein 360°-Feedback durch. Damit haben die Führungskräfte eine Einschätzung zu ihrer Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Vorgesetzten erhalten. Anhand der Ergebnisse wurden individuelle Entwicklungsmaßnahmen vereinbart.

AfterWorkWorkshops: Informationen von Freiwilligen für Freiwillige

Die Veranstaltungsreihe AfterWorkWorkShop, die 2005 vom Projektmanagement der IB.SH ins Leben gerufen wurde, steht unter dem Motto „Von Freiwilligen für Freiwillige“ und bietet allen Interessenten die Möglichkeit, sich über zumeist projektrelevante Themen zu informieren und sich verschiedenste Methoden anzueignen.

Themen waren 2012 unter anderem Projektarbeit in der Landeshauptstadt Kiel, die Vorstellung des Instituts für Weltwirtschaft und die Produktentwicklung in der Bank. Ein Workshop befasste sich mit dem Thema „Den demografischen Wandel gestalten – Herausforderungen und Chancen“. Hanne Rosner von der im Jahr 2011 eingerichteten Stabsstelle Demografiemanagement der Landeshauptstadt Kiel präsentierte sehr praxisnah die demografische Entwicklungsplanung der Landeshauptstadt sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen. Die IB.SH stellt sich den abzeichnenden Veränderungen – unter anderem mit der Nachfolgeplanung für Führungs- und Expertenpositionen – mit individueller Personalentwicklung oder Wissenstransfer, Frauenförderung sowie einem betrieblichen Gesundheitsmanagement.

Audit berufundfamilie

Im ersten Jahr nach der Zertifizierung mit dem Audit berufundfamilie durch die Hertie-Stiftung hat die IB.SH die Vereinbarkeit von Beruf und Familie konsequent weiter verbessert. Bereits bestehende Angebote wurden transparent gemacht und den Beschäftigten vermittelt. Neue Elemente kamen hinzu.



Ein Kompaktüberblick über die flexiblen Arbeitszeitmodelle macht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewusst, welche individuell gestaltbaren Varianten der Arbeitszeitverteilung möglich sind. Dieser Überblick informiert u.a. über die zahlreichen Teilzeitmodelle, über das Lebensarbeitszeitkonto und über die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten. Der Arbeitszeitrahmen wurde auf die Zeit von 6 bis 20 Uhr ausgeweitet.

Für den Fall, dass Beschäftigte einmal unerwartet eine Betreuung für ihr Kind brauchen, bietet die IB.SH auch weiterhin eine Betreuung durch einen externen Dienstleister an. Das bisher auf den Standort Kiel beschränkte Angebot ist auf den Standort Rostock ausgeweitet worden. Um den Kontakt zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Elternzeit zu halten, gibt es einen halbjährlich stattfindenden „Round Table“ sowie ein Patenschaftsprogramm. Ziel ist es, Beschäftigte in Elternzeit über das Unternehmen, das Team, neue Entwicklungen etc. zu informieren und so eine unkomplizierte Rückkehr an den Arbeitsplatz zu gewährleisten.

Immer mehr Menschen stehen vor der Herausforderung, ihre Erwerbstätigkeit mit der Pflege von Angehörigen vereinbaren zu müssen. Mit einem von der IB.SH erstellten Pflegeratgeber erhalten die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Führungskräfte wertvolle Tipps und Hilfestellungen zur Bewältigung der Situation. Pflege- und Betreuungsaufgaben erhalten in der Bank ausdrücklich die gleiche Anerkennung wie Kinderbetreuungsaufgaben.

Im Sommer 2012 hat die IB.SH alle Beschäftigten mit ihren Partnern und Kindern zu einem Familienfest auf Gut Emkendorf eingeladen. Die Bank machte damit deutlich, wie wichtig ihr das Thema Familie ist. Schon im Geschäftsbericht 2011 hatte der Vorstand auf die Bedeutung einer Personalpolitik hingewiesen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert. 2012 haben alle Führungskräfte eine Schulung zu diesem Thema erfolgreich durchlaufen.

Im Jahr 2013 liegt der Focus darauf das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie Teil des Führungsalltags werden zu lassen und die Familienfreundlichkeit weiter in der Unternehmenskultur zu verankern.

Zusammenarbeit

Wie in den Vorjahren haben der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte, die Familienbeauftragte und der Bereich Personal konstruktiv und verantwortungsvoll zusammengearbeitet.

**„Die IB.SH sorgt aus eigener Ertragskraft
für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute
Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein.“**

Strategisches Ziel der IB.SH

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Die Probleme im Euroraum beeinflussten auch im Jahr 2012 die konjunkturelle Entwicklung. Neben die Staatsschulden- und Bankenkrise trat im Verlauf des Jahres 2012 zunehmend eine rezessive Wirtschaftsentwicklung in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die von der anhaltenden Unsicherheit über den Fortbestand des Euro-Währungsgebietes mit verursachte Abwertung des Euro führte zwar zu einer positiven Entwicklung im Außenhandel, diese konnte aber die Rückgänge der Import- und Binnennachfrage nicht vollständig kompensieren.

Im Herbst 2012 konnten wichtige Fortschritte auf dem Weg zur Stabilisierung der Währungsunion erreicht werden. Das von der Europäischen Zentralbank (EZB) beschlossene Wertpapierankaufprogramm sowie die Entscheidung der Euro-Gruppe, Griechenland weiter zu unterstützen, führten dazu, dass die Marktteilnehmer das Risiko eines Zerfalls der Währungsunion geringer einschätzten. Dennoch besteht weiterhin Unsicherheit darüber, ob der eingeschlagene Weg von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen durchgehalten werden kann und letztlich zur Lösung der Euro-Krise führt.

Zu Beginn des abgelaufenen Jahres legte die EZB einen weiteren großvolumigen, dreijährigen Tender zur Liquiditätsversorgung der Banken auf, nachdem erst im Dezember 2011 ein ebenfalls drei Jahre laufender Tender angeboten wurde. Als weitere expansive Maßnahme folgte im Juli 2012 die Senkung des Leitzinses auf jetzt 0,75 %. Im Zuge dieser Maßnahmen sind die Geldmarktzinsen deutlich gefallen; der Zins für Tagesgeld lag zum Jahresende unter 0,10 %. Auch die längerfristigen Geldmarktzinsen lagen unter dem Leitzins.

Die EZB hat aber nicht nur mit den für sie typischen geldpolitischen Maßnahmen versucht, die konjunkturelle Situation zu stabilisieren, sondern hat insbesondere im zweiten Halbjahr die Bereitschaft geäußert, zur Finanzierung der Staatsdefizite in den Peripherieländern des Euro-Raumes unter bestimmten Bedingungen beizutragen. So wurde im September ein Programm zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen dieser Länder angekündigt (Outright Monetary Transactions, OMT). Kritiker sehen darin die unzulässige Übertragung von fiskalpolitischen Aufgaben auf die Notenbank und damit einen Verstoß gegen das Verbot der Staatsfinanzierung. Unbestritten ist jedoch, dass diese Maßnahmen wesentlich zur Beruhigung der Euro-Krise beigetragen haben.

Die im Zuge der Euro-Krise erfolgte Abschwächung der Weltwirtschaft belastete auch im Jahr 2012 die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Dabei erwies sich die deutsche Wirtschaft insgesamt als widerstandsfähig im Vergleich zu der in vielen Staaten einsetzenden Rezession. Gegen Jahresende kam es auch hier zu einer deutlichen Abkühlung der Konjunktur. Insgesamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 0,7 (Vj. 3,0) %.

In Schleswig-Holstein hat sich die positive Entwicklung des Jahres 2011 auch in 2012 weiter fortgesetzt. Dabei entwickelten sich die für Schleswig-Holstein bedeutenden Branchen unterschiedlich, insbesondere Ernährungsgewerbe, Maschinenbau sowie Handel und Dienstleistungen entwickelten sich in diesem Zeitraum überwiegend positiv. Rückgänge waren dagegen im Finanz- und Versicherungsbereich sowie bei der chemischen und pharmazeutischen Industrie festzustellen.

1.2 Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹⁾. Alleinigiger Träger der IB.SH ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB.SH unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Einen thematischen Schwerpunkt auf strategischer Ebene bildete in 2012 das Thema „Nachhaltigkeit“. Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Förderbank trägt eine besondere Verantwortung für ein nachhaltiges Verhalten nach innen und außen. Dies spiegelt sich auch in dem geschäftsstrategischen Oberziel der Investitionsbank „Aus eigener Ertragskraft für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein.“ wider. Das Oberziel der IB.SH ist dabei Ausdruck der Überzeugung eines auf Dauer angelegten Prozesses nachhaltiger Unternehmensentwicklung. Diese beruht darauf, dass eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zur Voraussetzung hat. Denn eine intakte Umwelt ist ebenso prägend wie Bildung, Motivation und Innovationskraft. Aufgrund dieser Erwägungen wurde die Gesamtbankstrategie 2012 um eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt. Damit stellt die IB.SH alle ihre Entscheidungen und Aktivitäten unter das Gebot der Nachhaltigkeit.

Die Gesamtbankstrategie setzt sich zusammen aus den Bausteinen „VISION 2015“, Geschäfts-, Nachhaltigkeits-, Risikostrategie, den Geschäftsbereichsstrategien sowie weiteren themenbezogenen Strategien. Im Rahmen eines festgelegten Prozesses wird die Gesamtbankstrategie einer jährlichen Überprüfung unterzogen und bildet jeweils die Grundlage für die betriebliche Planung.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die IB.SH auch mit einer neuen Ausrichtung des Außenauftritts entlang ökologischer, ökonomischer und sozialer Kriterien befasst. Als Ergebnis dieser Überlegungen wurde ein neues Logo kreiert, das eine eindeutige Erkennbarkeit der Bank und gleichzeitig eine spürbare Kosteneinsparung sowie Ressourcenschonung ermöglicht. Das neue Logo setzt sich aus der Kurzbezeichnung der Investitionsbank „IB.SH“ und dem neuen Slogan „Ihre Förderbank“ zusammen.

¹⁾ § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

Abb. 1: Strategiearchitektur der IB.SH



Mit dem Wechsel der Landesregierung haben sich Änderungen in der Zusammensetzung der Gremien ergeben. Für den Verwaltungsrat wurden zum 26.6.2012 sechs neue Mitglieder bestellt. Bei der Zusammensetzung des Risikoausschusses kam es in der Folge zu vier personellen Veränderungen.

Im ersten Quartal 2012 hat die IB.SH eine Umfrage unter ihren Kunden und Geschäftspartnern durchgeführt, um die Qualität der Erfüllung des öffentlichen Förderauftrages und damit letztlich den effektiven Einsatz öffentlicher Mittel zu überprüfen. Insgesamt wurde ein sehr gutes Ergebnis erzielt (Schulnote 1,7). Aus der detaillierten Analyse wurden konkrete Maßnahmen entwickelt, die im Laufe des Jahres 2012 umgesetzt wurden.

Die in 2012 bearbeiteten Projekte wurden im veranschlagten Kosten- und Ressourcenrahmen durchgeführt. Besonders zu erwähnen sind dabei die vorbereitenden Arbeiten zum Wechsel des Dienstleisters für die IT-Infrastruktur sowie die im Rahmen eines Projektes zusammengefassten Änderungen der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die für die Zuschussförderprogramme implementierte Datenbank „ProNord“ wurde im Jahr 2012 unter Berücksichtigung der banküblichen Sicherheitsstandards weiterentwickelt. Bisherige Auswertungs- und Datenstandards und Prozesse wurden optimiert. Auch für das Jahr 2013 ist vorgesehen, „ProNord“ an sich verändernde Anforderungen von Land, Bund und insbesondere auch der EU anzupassen.

Um die Rückgarantien des Bundes nicht zu gefährden, soll der private Charakter der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) weiter gestärkt werden. Hierzu wurden Veränderungen im Gesellschafterkreis mit Wirkung in 2013 beschlossen. In diesem Zusammenhang wird sich unter anderem auch die Beteiligungshöhe der IB.SH an der MBG verändern. Im Verlauf des Jahres 2013 werden sukzessive verschiedene Maßnahmen umgesetzt, die den Beteiligungsanteil der IB.SH im Ergebnis auf knapp über 25 % erhöhen werden.

Zum 31.12.2012 beschäftigte die IB.SH 308 (Vj.289) Mitarbeiterinnen und 213 (Vj.205) Mitarbeiter (insg. 521, Vj. 494), davon 392 (Vj. 374) Vollzeitkräfte und 129 (Vj. 120) Teilzeitkräfte. In den Beschäftigungszahlen enthalten sind der Vorstand sowie 23 (Vj.20) Auszubildende und 6 (Vj. 3) Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 43,7 (Vj. 43,5) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 14,0 Jahre (Vj. 14,3).

Im Jahr 2012 wurden 9 Auszubildende und 5 Trainees neu eingestellt. Die IB.SH bildet in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Trainee-Programme, Rechtsreferendariate sowie Praktikumsplätze. 6 Auszubildende haben in 2012 ihre Ausbildung beendet und wurden in ein Angestelltenverhältnis übernommen.

Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation werden kontinuierlich Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Im Jahr 2012 fanden 1.947 (Vj.710) interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen statt. Der hohe Anstieg im Vergleich zum Vorjahr basiert im Wesentlichen auf Onlineschulungen im Bereich Geldwäsche und Betrugsprävention, an denen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB.SH teilgenommen haben.

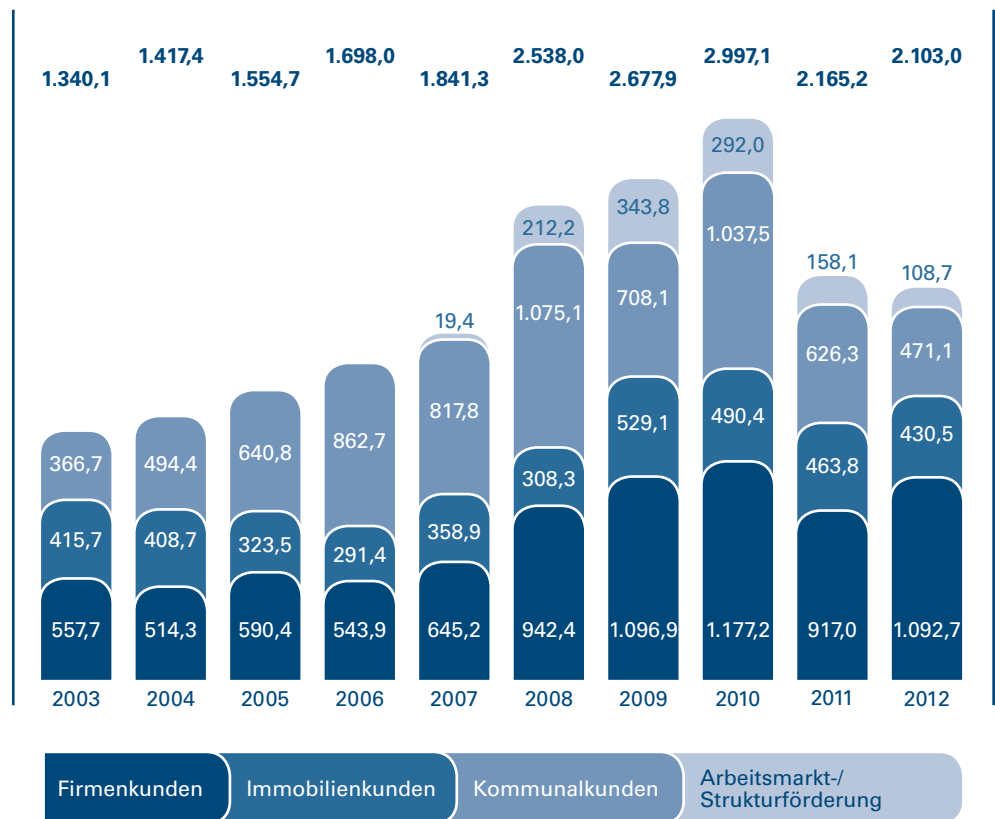
Im Herbst 2012 wurde für sämtliche Führungskräfte der Bank ein „360°-Feedback“ durchgeführt. Das Instrument eignet sich besonders zur Einschätzung der Wirkung einer Führungskraft auf Mitarbeiter, Kollegen und Vorgesetzte und hilft individuelle Entwicklungsfelder zu definieren und die Feedbackkultur in der Bank zu stärken. Die individuellen Ergebnisse wurden von der jeweils beurteilten Führungskraft mit einem externen Coach besprochen, analysiert und Handlungsfelder abgeleitet.

1.3 Geschäftsverlauf

Die Darstellung des Fördergeschäfts der IB.SH ist in die Geschäftsbereiche Firmen-, Immobilien-, Kommunalkunden sowie Arbeitsmarkt-/Strukturförderung (inkl. Europäische Territoriale Zusammenarbeit) unterteilt. Die Durchleitung von Programmkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie das Förderrefinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen werden im Geschäftsbereich Firmenkunden ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt rd. 2,1 (Vj. rd. 2,2) Mrd. € erzielt. Der Förderbestand zum 31.12.2012 erhöhte sich auf 14,9 (Vj. 14,8) Mrd. €. Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 95 (Vj. 92) % auf Darlehen und Bürgschaften sowie 5 (Vj. 8) % auf Zuschüsse. Der Rückgang des Neugeschäftsvolumens im Vergleich zu den Vorjahren ist ganz wesentlich auf die ausschließliche Konzentration des Kommunalkreditgeschäfts auf Schleswig-Holstein zurückzuführen.

Abb. 2: Neugeschäftsentwicklung 2003 bis 2012 nach Geschäftsbereichen in Mio. €



Im Geschäftsbereich **Firmenkunden** wurde ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von 1.092,7 (Vj. 917,0) Mio. € erzielt, Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von 52 (Vj. 42) %.

Ein bedeutender Anteil am Neugeschäftsvolumen resultierte wiederum aus Finanzierungen im Bereich der Energieversorgung mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien. Neben Finanzierungen im verarbeitenden Gewerbe wurden auch diverse Investitionen von Handelsunternehmen begleitet. Die IB.SH unterstützt mit dem Ziel, die regionale Kreditversorgung sicherzustellen, Finanzierungsvorhaben in allen Kreisen des Landes.

Im Programm zur Existenzgründungsfinanzierung „Starthilfe Schleswig-Holstein“ lag die Anzahl der Finanzierungsanfragen deutlich unter der des Vorjahres. Dies ist insbesondere auch auf den in 2011 eingeführten „IB.Mikrokredit“ zurückzuführen. Dieser, zur Erleichterung der Gründung von Kleinstunternehmen (Kapitalbedarf 3 bis 15 T€) aufgelegte Kredit, konnte sich im Jahr 2012 weiter etablieren. Die Zusammenarbeit mit den Kammern, diversen Wirtschaftsfördergesellschaften und Gründerzentren aus Schleswig-Holstein hat sich hierbei sehr gut bewährt.

Im Rahmen des „EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“, welcher Mittel der Europäischen Union aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), Landesmittel, Mittel der MBG sowie eigene Mittel beinhaltet, konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr 34 neue Beteiligungen herausgegeben werden. Insgesamt wurden aus dem Fondsvermögen bisher 220 Beteiligungen mit einem Volumen von 41,1 Mio. € bewilligt. Dies entspricht einer Belegung von 86 % des Fondsvolumens.

Zur Förderung von Ausgründungen aus Hochschulen, aus Forschungseinrichtungen und aus Unternehmen mit forschungs-, entwicklungs- oder wissenschaftsbasierten Aktivitäten sowie innovativen Neugründungen kleiner und mittlerer Unternehmen in Schleswig-Holstein wurde Ende 2011 der „EFRE-Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein“ aufgelegt. Im ersten Jahr konnten bereits 25% des Fondsvolumens in Höhe von 6 Mio. € vergeben werden.

Im fünften Jahr des Bestehens der „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH“ wurden 4 neue Beteiligungen an etablierte Mittelständler mit einem Beteiligungsvolumen von 3,7 Mio. € begeben. Seit Gründung wurden Beteiligungen in Höhe von insgesamt 20,5 Mio. € bewilligt.

Die Beratung von Gründungsinteressierten und bestehenden Unternehmen durch die Förderlotsen war in 2012 wie in den Vorjahren stark nachgefragt. Insgesamt wurden 2.342 (Vj. 2.503) Beratungsgespräche (einschl. Mehrfachberatungen) mit 963 (Vj. 1.105) Gründungsinteressierten und 1.086 (Vj. 1.080) Unternehmen geführt. Die weiterhin hohe Zahl der beratenen Unternehmen ist vor allem durch eine erhöhte Nachfrage nach Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Erweiterungsinvestitionen sowie Vorhaben der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien begründet. Die Zahl der 2012 durchgeführten Finanzierungssprechtage, Vorträge und Schulungsveranstaltungen an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein entspricht mit 146 etwa dem Vorjahr (Vj. 143).

Im Durchleitungsgeschäft waren unverändert die gewerblichen KfW-Programme zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz wichtige Treiber der guten Entwicklung im Neugeschäft. Aber auch bei den wohnwirtschaftlichen KfW-Programmen zum energieeffizienten Bauen bzw. zur energieeffizienten Sanierung war eine ähnlich positive Entwicklung zu verzeichnen.

Im Rahmen von Förderrefinanzierungen wurden wiederum Mittel an Kreditinstitute zur Weitergabe von zinsgünstigen Krediten an Unternehmen vergeben.

Insgesamt wurden im Geschäftsbereich Firmenkunden Mittel in Höhe von rd. 435 (Vj. 345) Mio. € an die gewerbliche Wirtschaft vergeben. Damit konnte erneut ein wichtiger Beitrag zur regionalen Kreditversorgung als auch zur Umsetzung der Energiewende und Finanzierung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein geleistet werden.

Der Geschäftsbereich **Immobilien** erzielte ein Neugesäftsvolumen von 430,5 (Vj. 463,8) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugesäft beträgt rd. 21 (Vj. 22) %.

Im Mengengeschäft war die Nachfrage nach Mitteln der KfW nach wie vor wesentlicher Treiber für das Neugesäft. Die Soziale Wohnraumförderung wurde aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt weiterhin in Anspruch genommen.

Im Individualgeschäft ist die Entwicklung aufgrund der komplexen und langfristigen Finanzierungsvorhaben nicht gleichmäßig über das Geschäftsjahr verteilt, oft sogar jahresübergreifend. Der angestrebte Ansatz einer umfassenden Quartiersentwicklung wird dies weiter verstärken. Betreffend der Inanspruchnahme der Mittel der sozialen Wohnraumförderung war aufgrund der Überarbeitung der Förderbestimmungen eine abwartende Haltung der Kunden festzustellen, da man attraktivere Konditionen/Bedingungen erwartete.

In der Städtebauförderung wurde der bereitgestellte Bewilligungsrahmen vollständig ausgeschöpft.

Schwerpunkte der Tätigkeit der Energieagentur lagen in Beratungsmandaten zu Energiekonzepten, Klimaschutz und erneuerbaren Energien, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der Energiewende in Schleswig-Holstein.

Der Geschäftsbereich **Kommunen** erzielte ein Neugesäft von 471,1 (Vj. 626,3) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugesäftsvolumen betrug rd. 22 (Vj. 29) %.

Der Geschäftsverlauf in 2012 war gekennzeichnet durch die strategische Entscheidung, das Kommunalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein zu konzentrieren. Insgesamt lag das Neugesäft dadurch unter dem des Vorjahres, bezogen auf Schleswig-Holstein jedoch über Vorjahresniveau.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Breitbandnetzes in Schleswig-Holstein wurden im Jahr 2012 weitere Beratungsmandate abgeschlossen. Mit dem Produkt „IB.Breitband“ stellt die IB.SH gemeinsam mit den Hausbanken langfristige zinsgünsti-

ge Finanzierungen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) zur Verfügung. Weitere Aktivitäten lagen in der Vorbereitung von Ausschreibungen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Frühphasenberatung und Eignungstests.

Anfang 2012 wurde gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein die Weiterentwicklung des seit dem Jahr 2004 bei der IB.SH bestehenden „ÖPP-Kompetenzzentrum“ zum „Infrastruktur-Kompetenzzentrum“ vereinbart und umgesetzt.

Im Geschäftsbereich **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde im Geschäftsjahr 2012 ein Neugeschäftsvolumen von 108,7 (Vj. 158,1) Mio. € erreicht. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von rd. 5 (Vj. 7) %. Der Rückgang spiegelt die erfolgreich umgesetzte Förderperiode mit nun abnehmenden Mittelbindungen wider.

Das Jahr 2012 stand im Zeichen der fortschreitenden Abwicklung der für die Strukturfondsförderperiode 2007–2013 auf die IB.SH übertragenen EU-kofinanzierten Programme „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Zukunftsprogramm Arbeit“ sowie der Abwicklung von Fortbildungsmaßnahmen durch das von Bund und Land gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG, sog. „Meister-BAföG“). Die übertragenen Aufgaben zur Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes, des Landesschulbauprogramms, der Investitionspakte sowie einiger Altprogramme sind im Jahr 2012 weitgehend abgeschlossen gewesen.

Mit der Genehmigung der Änderungen zum Operationellen Programm des Zukunftsprogramms Wirtschaft durch die EU-Kommission aufgrund des Berichts zur Zwischenevaluierung des Zukunftsprogramms Wirtschaft wurden einige Veränderungen für die Restlaufzeit der Förderperiode umgesetzt. Dazu gehören Mittelumschichtungen, der neu aufgenommene und von der IB.SH abgewickelte „Seed- und Start-up-Fonds“ sowie eine überarbeitete Indikatorik im Berichtswesen.

Im Bereich „IB.Europa“ wurde die gute Zusammenarbeit mit regionalen Partnern in ganz Schleswig-Holstein weiter vertieft. Insbesondere sektorale Cluster und Wirtschaftsförderungseinrichtungen führten zahlreiche Aktivitäten, sowohl individuelle Unternehmensberatungen als auch gemeinsame Informationsveranstaltungen und Workshops, gemeinsam mit „IB.Europa“ als Partner des „Enterprise Europe Network“ (EEN) durch. Über diese Kanäle stieg der Bekanntheitsgrad des EEN bei Unternehmen weiter an. Darüber hinaus war eine erhöhte Nachfrage nach EEN-Beratungen seitens der Wissenschaft festzustellen. Die gute Zusammenarbeit mit Hamburg, vor allem mit der Innovationsstiftung und dem Mittelstandsförderinstitut, aber auch mit zahlreichen anderen hamburgischen Multiplikatoren, wurde fortgeführt und vertieft.

Im Ostseeraumprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007–2013) wurden im Jahr 2012 die fünfte Bewerbungsrunde durchgeführt und 3 weitere transnationale Projekte genehmigt. Damit waren zu diesem Zeitpunkt alle verfügbaren Mittel, die die IB.SH in Höhe von insgesamt 272 Mio. € gemanagt hat, gebunden. In der zweiten Jahreshälfte haben alle Projekte aus der ersten Bewerbungsrunde (2008) ihre Projektaktivitäten beendet und ihre Abschlussberichte zur Prüfung eingereicht. Im Zuge dessen konnten ungenutzte Mittel der abgeschlossenen Projekte für eine erneute Mittelbindung identifiziert und für zusätzliche Projektaktivitäten (insbesondere mit dem Fokus auf Investitionen) zur Verfügung gestellt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die IB.SH mit ihren Neugeschäftsaktivitäten wiederum einen wesentlichen Beitrag zur guten strukturellen Entwicklung in Schleswig-Holstein geleistet hat.

2. Ertragslage

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere werden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter werden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Abb. 3: Ergebnisentwicklung 2004 bis 2012 in Mio. €

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Zinsüberschuss	56,4	57,9	58,0	58,6	62,8	72,0	88,3	86,9	87,1
Provisionsüberschuss	2,0	2,6	2,5	2,9	3,5	4,2	4,1	4,4	4,1
sonstiger betrieblicher Überschuss	6,8	8,6	11,7	12,4	12,0	16,5	14,8	16,4	16,5
Summe der Erträge	65,2	69,1	72,2	73,9	78,3	92,7	107,2	107,7	107,7
Personalaufwendungen	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4	-27,1	-30,5	-31,0	-30,7	-33,5
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4	-12,2	-12,4	-14,1	-12,9	-15,9
Abschreibungen	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6	-1,5	-1,5	-1,5	-1,4
Summe der Aufwendungen	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4	-40,9	-44,4	-46,6	-45,1	-50,8
Ergebnis vor Risikovorsorge / Bewertung und Sondereffekten	28,3	30,1	32,2	33,5	37,4	48,3	60,6	62,6	56,9
Risikovorsorge/Bewertung	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5	-34,5	-41,7	-53,9	-56,3	-57,9
Sondereffekte	0,0	3,4	-0,5	1,9	3,5	0,3	-3,7	-3,3	4,0
Jahresüberschuss	4,9	5,1	5,9	5,9	6,4	6,9	3,0	3,0	3,0

Das Geschäftsergebnis zeigt einschließlich der einzelnen Komponenten folgende Entwicklung.

Die Summe der Erträge lag im Geschäftsjahr 2012 insgesamt auf dem hohen Niveau des Vorjahres und spiegelt das für die IB.SH erneut sehr erfolgreiche Geschäftsjahr wider.

Im Zins- und Provisionsgeschäft der Kreditbereiche sowie im Wertpapierportfolio wurden Ergebnisbeiträge auf dem Niveau des Vorjahres realisiert. Besonders erfreulich waren hierbei die weiter gestiegenen Ergebnisbeiträge im Fördergeschäft.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen sowie Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen. Weiterhin werden hier die Erträge aus den Beteiligungen an der NordwestLotto GmbH & Co. KG (NordwestLotto), der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) in Höhe von zusammen 9,5 (Vj. 9,3) Mio. € ausgewiesen.

Die Personal- und Sachaufwendungen wurden neben den allgemeinen Tarif- und Kostenentwicklungen insbesondere geprägt durch die steigenden Anforderungen aus dem Aufsichtsrecht sowie an den IT-Betrieb von Kreditinstituten.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoneuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB, Nettoaufwendungen aus der Auflösung und Dotierung im Fonds für Zinsausgleich. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft lagen aufgrund der stabilen konjunkturellen Bedingungen unter denen des Vorjahres. In Folge realisierter Sanierungserfolge wurden die erforderlichen Zuführungen durch entsprechende Auflösungen vollständig kompensiert. Hierdurch konnte gegenüber dem Vorjahr eine deutlich höhere Zuführung zu den Rücklagen nach § 340f HGB vorgenommen werden.

Die Sondereffekte beinhalten Projektaufwendungen im Zuge des Dienstleisterwechsels für die DV-Infrastruktur, Sondererträge aus der vorzeitigen Ablösung von Darlehen, Erträge aus der Aufzinsung langfristiger Forderungen, Auflösungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Ablösung von Refinanzierungsmitteln sowie Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Beteiligungsverhältnisse der MBG.

Der Jahresüberschuss beträgt 3,0 (Vj. 3,0) Mio. €. Dem Verwaltungsrat wird vorgeschlagen, den Betrag an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

3. Finanzlage

Die IB.SH war im Jahr 2012 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gem. Liquiditätsverordnung (LiqV) laufend überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde jederzeit eingehalten.

Das im Jahr 2012 neu zu refinanzierende Kreditvolumen belief sich auf rd. 0,7 (Vj. 0,8) Mrd. €. Ausschlaggebend für das gesunkene Refinanzierungsvolumen war die strategische Entscheidung, das Kommunalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein zu konzentrieren.

Die IB.SH refinanziert sich über verschiedene Refinanzierungsquellen wie KfW, LR, Europäische Investitionsbank (EIB) sowie über Schuldscheindarlehen mit diversen Kreditinstituten. Darüber hinaus wird der Kapitalmarkt bei sich bietenden guten Situationen auch direkt in Anspruch genommen.

Für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im ländlichen Raum gewinnt die LR zunehmend an Bedeutung. So wurde mit der LR in 2012 ein weiterer Rahmenvertrag für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen abgeschlossen.

Aus den mit der EIB abgeschlossenen Finanzierungsverträgen stehen der IB.SH Refinanzierungsmittel für Vorhaben in den Bereichen Umwelt, bildungsbasierte Wirtschaft, Gesundheit und Energie, zur Finanzierung von „Öffentlichen Privaten Partnerschaften“ und zur Finanzierung regionaler Glasfasernetze in Schleswig-Holstein zur Verfügung.

Aus dem mit der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) abgeschlossenen Rahmenkreditvertrag stehen Refinanzierungsmittel für Projekte von Kommunen und kommunalnahen Unternehmen in den Bereichen Umweltschutz und Verbesserung der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten in Schleswig-Holstein bereit.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditneugeschäft und dem Kreditbestand zu steuern. Die Fristentransformation wurde durch den Abbau offener Positionen im Wertpapier- und Kreditgeschäft weiter zurückgeführt.

Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation. Aufgrund der Gewährträgerhaftung, Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein ist die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB.SH bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt. Darüber hinaus besteht eine Refinanzierungsgarantie des Landes Schleswig-Holstein.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB.SH zum 31.12.2012 ist mit 18,0 (Vj. 18,1) Mrd. € nahezu unverändert geblieben.

Mit der strategischen Entscheidung aus 2011, das Kommunalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein zu konzentrieren, reduzierten sich insgesamt die Forderungen an Kunden in Folge des Bestandsabbaus bei den Kommunalkrediten.

Im Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde angesichts der anhaltenden Finanzmarktkrise bei Neuengagements neben hoher Adressenqualität weiterhin vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur geachtet. Insbesondere wurden EU- sowie Rettungsschirm-Anleihen, Anleihen supranationaler Einrichtungen (KfW, EIB), „gedeckte“ Wertpapiere mit mittleren und kurzen Laufzeiten sowie Unternehmensanleihen mit hoher Bonität erworben.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten reduzierten sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 24.05.2012 wurde der Bilanzgewinn 2011 in Höhe von 3,0 Mio. € ausgeschüttet. Zum 31.12.2012 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.119,7 (Vj. 1.107,1) Mio. € ausgewiesen. Dieses beinhaltet einen Bilanzgewinn in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. €, der zur Ausschüttung vorgesehen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage stabil und geordnet ist und den an die IB.SH gestellten Anforderungen entspricht.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind im Zeitraum nach dem 31.12.2012 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Gesamtbank- und Risikostrategie

Nach der Überarbeitung ihrer Gesamtbankstrategie im Geschäftsjahr 2011 galt es im abgelaufenen Geschäftsjahr, die daraus resultierenden Maßnahmen umzusetzen und die Erfolge im Rahmen des Regelprozesses zu überwachen. Ausgehend von ihrer Vision hat die IB.SH ihre Geschäfts-, Nachhaltigkeits- sowie ihre Risikostrategie verabschiedet, die Grundlage für die Geschäftsbereichs- und Themenstrategien sind. Für die dort festgelegten Ziele wurden adäquate Maßnahmen beschlossen, die Grundlage für den jährlichen Planungsprozess mit seinen verschiedenen Plangrößen sind. Im Rahmen eines Gegenstromverfahrens wurden die Strategien iterativ durch den Vorstand mit Unterstützung der Bereichsleiter entwickelt, im Verwaltungsrat erörtert, verabschiedet und der Belegschaft präsentiert; die Dokumente wurden intern veröffentlicht. Das gesamte Strategieportfolio wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die förderpolitischen Ziele ergeben sich aus dem Investitionsbankgesetz (IBG). Dabei handelt es sich zum Beispiel um die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, einer intakten Umwelt, die Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, die Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ziele werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen soll.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts. Die aktuelle Risikostrategie berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und beinhaltet explizit die als wesentlich eingestuften Risikoarten Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die IB.SH bewegt sich innerhalb der aufgestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2012 kam es zu keiner Überschreitung des gesetzten Rahmens bei den Risikopositionen.

6.2 Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen (z. B. Megatrends) für sämtliche Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl Eingang in den

Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess, in eine Chancen- und Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungs- und Überwachungsprozesse. Die Überwachung der strategischen Ziele erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im jährlich stattfindenden Strategieprozess.

6.3 Risikomanagement

Ziel der IB.SH ist es, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikoarten auch die Nettoneubildung der Risikovorsorge für das adressenausfallrisikobehaftete Geschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Nettoneubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB.SH, die sich aus dem operativen und regulatorischen Risikodeckungspotenzial (RDP) ableitet, wurde im Geschäftsjahr 2012 das globale Risikolimit, bestehend aus den vier Unterlimiten für Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken, um 10 Mio. € auf insgesamt 81 Mio. € erhöht (vgl. 6.4. Adressenausfallrisiken).

Der Bereich Finanzen betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken, für Operationelle Risiken, für Liquiditätsrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Außerdem überwacht und analysiert dieser Bereich Intra- und Inter-Risikokonzentrationen sowie integrative und inverse Stresstests neben sonstigen Stressszenarien und berichtet die Ergebnisse im Rahmen des geregelten Berichtswesens.

Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die interne Revision im Rahmen ihrer Prüfungen Hinweise zur Verbesserung seines Steuerungssystems und wird darüber hinaus bezüglich bedeutender Risikoaspekte durch die Expertise des Steuerungsausschusses unterstützt. Im Steuerungsausschuss werden risikorelevante Vorhaben (Limitänderungen, Methodenänderungen, Verfahrensanpassungen etc.) diskutiert, Marktbeurteilungen erörtert, Risikoanalysen präsentiert, Risikobeurteilungen entwickelt und Entscheidungsvorlagen für den Vorstand vorbereitet.

Entsprechend der IB.SH-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung (ausschließlich Zinsänderungsrisiken; vgl. 6.5 Marktpreisrisiken). Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen auch infolge der Staatsschuldenkrise nicht. Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB.SH kontinuierlich eine margenorientierte, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem bedeutende Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

6.4 Adressenausfallrisiken

Die IB.SH steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank wurde das Limit 2012 von 45 Mio. € auf 55 Mio. € erhöht. Diese Anpassung resultierte aus der Geschäftsausweitung seit der letzten Limiterhöhung. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Die unterjährig beobachteten Stresstestparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen, erreichten die Schwellenwerte nicht und lösten daher keine Aktivitäten aus.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings zu Risikokonzentrationen und Stresstests werden laufend den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist umgesetzt.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt quartalsweise. Darüber hinaus werden Ad hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken werden die Prozesse im originären Kreditgeschäft beobachtet und bei Bedarf optimiert sowie in dem jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. Änderungen des Regelwerkes der Bank werden zudem bei risikorelevanten Aspekten auch von dem Bereich Bankbetrieb (Risikocontrolling) vor Veröffentlichung qualitätsgesichert.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Adressen, Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Controlling im Rahmen der Funktionstrennung sicherstellender geregelter Prozesse. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB.SH eine untergeordnete Rolle. Das verbleibende Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken.

Das Risikocontrolling berichtet über für Adressenausfallrisiken ermittelte Risikokonzentrationen und Stresstests (historisch basierter Ansatz und hypothetischer Ansatz). Außerdem existiert ein integrierter, alle Risikoarten umfassender Stresstest, bei dem ein schwerer konjunktureller Abschwung unterstellt wird.

Abb. 4: Gesamtbestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote*		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €	
Vorjahr	31.12.2012	Vorjahr	31.12.2012	Vorjahr	31.12.2012
148,3	132,0	0,77 %	0,68 %	19,9	20,6

* bezogen auf das Kreditvolumen

6.5 Marktpreisrisiken

Das für die IB.SH relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiken sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB.SH nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB.SH Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Die im Bereich Treasury durchgeführten Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB.SH beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB.SH verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der VaR stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer unterstellten zehntägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 500 Handelstage verwendet. Das in dieser Weise ermittelte Risikopotenzial wird der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, den Bereich Bankbetrieb und das Treasury berichtet.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand ein Limit von 20 Mio. € festgelegt, das trotz der durch die Finanzmarktkrise bedingten volatilen Märkte beibehalten werden konnte. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Risikocontrollings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Per 31.12.2012 betrug der VaR 13,1 (Vj. 8,5) Mio. €, was bei dem gegebenen Limit eine Auslastungsquote in Höhe von 65,5 (Vj. 42,5) % ergibt.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchst-verlust (Konfidenzniveau von 99 %) von einem auf den elften Handelstag (dem VaR) und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 500 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2012 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8% nicht unterschritten werden; gemäß Basel II (aktuell: + 200 BP / - 200 BP) darf die Marktwertänderung des Portfolios 20% des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2012 jederzeit erfüllt.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle bewegt.

Der BPV befand sich im Jahr 2012 stets innerhalb des unverändert auf 0,8 Mio. € festgelegten Limits.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 489 BGB werden von der Bank identifiziert und unter festgelegten Annahmen in die Risikosteuerung einbezogen.

6.6 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand bei Bedarf entsprechende Entscheidungsvorschläge. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken und -transformation sowie die damit verbundenen aufsichtsrechtlichen (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl) und betriebswirtschaftlichen Risiken wird im Treasury vorgenommen.

Eine breite Diversifizierung der Kontrahenten und die Haftungsinstitute des Landes Schleswig-Holstein (Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie) stellen auch in schwierigen Zeiten sicher, dass die IB.SH über die erforderliche Liquidität verfügt. Darüber hinaus stehen ausreichend freie Wertpapiere für gedeckte Refinanzierungen jederzeit zur Verfügung, die auch für die Liquiditätstransformation genutzt werden können.

Die IB.SH hat zur Berechnung des Liquiditätsrisikos mit Fokus auf Veränderungen der Liquiditätskosten ein eigenes Verfahren. Das Limit in Höhe von 2 Mio. € für zusätzliche Liquiditätsrisiken wurde im Berichtszeitraum zu keiner Zeit überschritten, die Inanspruchnahme lag per 31.12.2012 bei 0,12 Mio. €. Außerdem besteht ein Verfahren zur

Messung und Überwachung kurzfristiger Liquiditätsrisiken, bei dem der Aktivüberhang stets durch das freie Pfanddepot gedeckt sein soll.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Finanzen. Zum 31.12.2012 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 2,58 (Vj. 2,18). Die Untergrenze von 1,0 wurde während des gesamten Geschäftsjahres nicht erreicht.

Für die Abdeckung des maximalen Liquiditätsbedarfs innerhalb der ersten 12 Monate verfügt die IB.SH über eine ausreichende Back-up-Liquidität auf Grundlage bestehender Kreditfazilitäten.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7 Operationelle Risiken

Die IB.SH ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 EDV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Verminderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiterentwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurden die Datenqualität weiter auf der Grundlage systematischer Untersuchungen angehoben und die Datenqualitätsbeauftragten gezielt in Projekte eingebunden, nicht zuletzt um frühzeitig Fehlerpotenziale mit dem Ziel der Prävention zu identifizieren. Software-Updates reduzieren unter anderem regelmäßig operationelle Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Auf Basis der Personalstrategie tragen Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu bei, Risiken im Bereich Personal, insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung, zu minimieren. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird.

Für einen Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um eine Qualifizierung auf dem aktuellen Stand sicherzustellen.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB.SH insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen sowie die laufende Anpassung der Vertragsvorlagen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert wird.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Steuerungsausschuss, an dem auch mindestens ein Vorstandsmitglied teilnimmt. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z.B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Projektbeteiligung zusätzlicher Mitarbeiter wird die Basis für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich qualitativ und quantitativ ausgebaut. Außerdem werden damit Neuerungen, von einem tiefen Verständnis und einer hohen Akzeptanz der Beteiligten getragen, in den Prozessen der Bank implementiert.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, spezifische Risiken transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

Die operationellen Risiken und die entstandenen Schäden dieser Risikoart werden in der OpRisk-Datenbank erfasst und dort verarbeitet. Die ermittelten Risiken lagen per 31.12.2012, wie auch innerhalb des Jahres 2012, unterhalb des festgesetzten Limits in Höhe von 4 Mio. €.

Nicht zuletzt prüft die Interne Revision, als Teil des internen Kontrollsystems, nach risikoorientierter Auswahl der Prüfungsfelder die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und sorgt durch ihre Feststellungen für eine kontinuierliche Verminderung operationeller Risiken.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Tragfähigkeit der identifizierten und bewerteten Risiken der IB.SH vollumfänglich gegeben ist.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB.SH wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung gesehen.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird für das Jahr 2013 ein Wirtschaftswachstum von 0,5 % erwartet, wobei vor allem im zweiten Halbjahr mit einem deutlichen Wachstum gerechnet wird. In seinem Jahresgutachten 2012/13 weist der „Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ allerdings auf die anhaltenden Unsicherheiten aufgrund der Situation im Euro-Raum hin; die Prognose für Deutschland liegt hier bei 0,8 %.

Es wird weiterhin erwartet, dass die gegenwärtige Finanzkrise nicht rasch und dauerhaft beendet werden kann und von einer hohen Volatilität auf den Geld- und Kapitalmärkten auszugehen ist.

Mit dem „Basel III-Akkord“ hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) zudem ein umfangreiches Regelwerk vorgelegt, das die bisherigen Rahmenbedingungen reformiert und bis zum Jahr 2019 vollumfänglich gelten soll. Kern ist die qualitative sowie quantitative Straffung der Eigenkapitalanforderungen. Diese für alle Banken geltenden grundlegenden Eigenkapitalanforderungen werden um zusätzliche Anforderungen für systemrelevante Banken erweitert. Die erarbeitete Richtlinie und EU-einheitliche Verordnung liegen in Entwürfen vor. Die ursprünglich zum 01.01.2013 vorgesehene Umsetzung erfolgte nicht.

Daneben werden die Übertragung aufsichtsrechtlicher Kompetenzen unter dem Dach der EZB, die Etablierung einer europäischen Restrukturierungsagentur, die Schaffung eines Trennbankensystems sowie eine europaweite Einlagensicherung diskutiert.

Insgesamt sind die hieraus resultierenden Auswirkungen auf die IB.SH – sowohl für das Aktiv- als auch für das Refinanzierungsgeschäft – zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Verfahren weiterhin von erheblicher Unsicherheit geprägt und können nicht abschließend beurteilt werden.

Mit dem Institut für Weltwirtschaft (IfW) ist ein wirtschaftswissenschaftlicher „Think Tank“ in Kiel ansässig, der bundes- und auch weltweit über besonderes Renommee verfügt. In gemeinsamen Gesprächen von IfW und IB.SH ist deutlich geworden, dass beide Institutionen an nachhaltigen Lösungen vor allem für wirtschaftliche Probleme arbeiten. Das IfW hat dabei eine wissenschaftliche, globale Perspektive, während die IB.SH einen operativen, regionalen Ansatz verfolgt. Beide Institutionen wollen sich in Zukunft im Rahmen einer schriftlich vereinbarten Kooperation nach der Maßgabe „Global denken, lokal handeln“ ergänzen.

Aufgrund der Bedeutung der Energiewende für das Land Schleswig-Holstein und damit auch für die IB.SH ist dieses Thema eine sehr bedeutende Querschnittsaufgabe in der IB.SH, die ihre Produkte und Dienstleistungen auf die Unterstützung der Energiewende ausrichtet. In diesem Zusammenhang werden weiterhin erhebliche Investitionspotentiale gesehen.

Im Durchleitungsgeschäft von Programmkrediten der KfW und der LR wird von einer Nachfrage auf hohem Niveau ausgegangen. Wichtiger Träger des Geschäftes sind auch hier die Finanzierungen im Bereich regenerativer Energien. Zusätzliche Nachfrage könnte sich durch eine sehr zügige Umsetzung der geplanten Erweiterung der Eignungsflächen für Windkraftanlagen ergeben. Hierfür bedarf es allerdings noch flankierender Maßnahmen und Entscheidungen u. a. in der Netzversorgung.

Durch höhere Eigenkapitalanforderungen und ausfinanzierte Kundenobligen bestehen bei diversen Hausbanken veränderte Finanzierungsmöglichkeiten. Für die nächsten Jahre wird daher eine weiterhin hohe Nachfrage seitens der Hausbanken nach Risikoteilung mit der IB.SH erwartet.

Im Zusammenhang mit den Bonitätsanforderungen an Unternehmen wird sich der Bedarf nach einer Verstärkung der Eigenkapitalausstattung erhöhen. Infolgedessen wird für die im „EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“, „EFRE-Seed- & Start-up-Fonds Schleswig-Holstein“ und „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein“ zur Verfügung stehenden Mittel eine entsprechende Nachfrage erwartet.

Für den „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH“ endet der geplante Investitionszeitraum am 31.12.2013. Im Laufe des Jahres 2013 wird daher über die Fortführung des Fonds zu entscheiden sein.

In der Förderberatung sowie im Bereich „IB.Europa“ ist davon auszugehen, dass diverse Unternehmen die kostenlose Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der neuen Förderperiode 2014–2020 nutzen werden. Für 2013 wird insgesamt ein Anstieg der Beratungsnachfragen erwartet.

Der Geschäftsverlauf im Mengengeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung in 2012 ist – wie bereits in den vergangenen Jahren – ein Indiz für die Attraktivität von Immobilienvermögen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Diskussion zur Entwicklung der Inflationsraten ist davon auszugehen, dass der Erwerb von Immobilien für breite Schichten der Bevölkerung ein erstrebenswertes Ziel bleibt.

Im Individualgeschäft lassen die aktuellen Verhandlungen mit Investoren einen weiterhin deutlichen Investitionsbedarf erkennen. Derzeit erfolgt eine Abstimmung zwischen dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, der Wohnungswirtschaft und

der IB.SH zur Weiterentwicklung der Förderbestimmungen in der Sozialen Wohnraumförderung mit dem Ziel, den Fördermehrwert zu erhöhen und damit die Initiative des Landes zur weiteren Sicherung „bezahlbaren“ Wohnraumes zu unterstützen.

Die Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein – insbesondere die Höhe voraussichtlicher Fördermittel – hängt von der künftigen Entwicklung der Bereitstellung der Bundesmittel aber auch von der Sicherstellung der Kofinanzierung des Landes ab. Durch Beschluss des Bundeskabinetts werden der Städtebauförderung in 2013 Mittel im Umfang wie in 2012 zur Verfügung stehen. Damit ist die Fortführung der Projekte vorerst gesichert.

Die Entwicklung im Kommunalkreditgeschäft ist einerseits durch den zunehmenden Zwang der kommunalen Haushalte zur Entschuldung, andererseits durch steigende Ausgaben geprägt. Gleichzeitig ziehen sich – möglicherweise im Vorgriff auf die zunehmenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen – zunehmend Banken aus dem kommunalen Finanzierungsgeschäft zurück. Im Bereich Kommunalkunden werden neben dem klassischen Kommunalkreditgeschäft Nachfrageimpulse insbesondere aus der Umsetzung der Energiewende sowie aus dem Ausbau des Breitbandnetzes erwartet. Im Zusammenhang mit der Energiewende und daraus resultierenden kommunalen Investitionen wird ein entsprechender Beratungsbedarf erwartet.

Mit der Weiterentwicklung des „ÖPP-Kompetenzzentrum“ zum „Infrastrukturzentrum Schleswig-Holstein“ wird die IB.SH ihr Leistungs- und Aufgabenspektrum sukzessive um weitere Handlungsfelder im Zusammenhang mit öffentlicher Infrastruktur ergänzen. Durch die Bündelung der Kapazitäten zur Beratung und Beteiligung an der Finanzierung entsprechender Vorhaben wird die Infrastrukturförderung als eine weitere Säule der IB.SH weiter ausgebaut und auf die zukünftigen Bedarfe in Schleswig-Holstein ausgerichtet werden.

Die Vorbereitungen für die Förderperiode 2014–2020 für den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind noch nicht abgeschlossen. Die Europäische Kommission ist zu den Entwürfen der im Jahr 2011 vorgelegten Verordnungstexte inzwischen in eine Überarbeitungsphase eingetreten, ohne dass bereits die finanzielle Ausstattung der Programme bzw. der Mitgliedsstaaten endgültig festgelegt wurde. Mit der Veröffentlichung des mehrjährigen Finanzrahmens ist im Laufe des Jahres 2013 zu rechnen. Erst danach wird auf Bundesebene über die Verteilung der Mittel auf die Bundesländer verhandelt werden.

Im Anlagegeschäft liegt die Priorität auf dem Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte. Hierbei ist davon auszugehen, dass die Zahl potenziell risikoarmer Adressen zurückgehen wird und Anschlussgeschäfte daher möglicherweise nur sukzessive und zu geringeren Margen vorgenommen werden können.

Die bereits seit mehreren Jahren bestehende Unsicherheit auf dem Glücksspielmarkt in Deutschland konnte auch im Jahr 2012 nicht beendet werden und bestimmte weiterhin das Tagesgeschäft von NordwestLotto. Mit dem zum 01.01.2012 in Kraft getretenen, stark an Liberalisierungsgedanken ausgerichteten Glücksspielgesetz wagte das Land Schleswig-Holstein zunächst einen bundesweiten Alleingang. Nach dem Regierungswechsel hat sich Schleswig-Holstein im Juli 2012 dazu entschlossen, dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag (GlüÄndStV) beizutreten; der Beitritt wurde vom Schleswig-Holsteinischen Parlament im Januar 2013 beschlossen. Ob nun durch einen von allen deutschen Bundesländern getragenen Glücksspielstaatsvertrag Ruhe im deutschen Glücksspielwesen einkehren wird, bleibt abzuwarten.

Die bedeutenden Infrastrukturmaßnahmen wie die Fehmarnbelt-Querung, der Ausbau der A 20, der politisch geforderte Trassenausbau der 380-KV-Leitungen und ähnliche Projekte im Tätigkeitsgebiet der LGSH, verbunden mit der anhaltenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen Flächen, ermöglichen der Gesellschaft auch zukünftig einen sicheren und stetigen Absatzmarkt der von ihr angekauften oder eingetauschten Flächen. Vor diesem Hintergrund wird erwartet, dass die Ertragslage in den kommenden Jahren das Niveau der Vorjahre erreicht. Auch für die Finanz- und Vermögenslage rechnet die Gesellschaft mit stabilen Verhältnissen.

Die Schwerpunkte der Projektarbeit in 2013 liegen insbesondere in den Vorbereitungen für die Einführung des SEPA-Verfahrens, der Migration auf den neuen IT-Dienstleister sowie in der Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben.

Als Reaktion auf die demografische Entwicklung innerhalb der IB.SH wird in den nächsten Jahren eine Aufstockung der Ausbildungs- und Traineeplätze erfolgen. Neue Konzepte zum Gesundheitsmanagement werden entwickelt, um die berufliche Fitness zu stärken. Die Einführung eines „Employee Assistance Programme“ (EAP) wird geprüft, um als attraktiver Arbeitgeber die Work-Life-Balance zu fördern.

Ein Schwerpunkt der Personalentwicklung wird in 2013 die Umsetzung von Aktionsplänen aus dem 2012 durchgeführten „360°-Feedback“ sein. Aus dem gegebenen Feedback sowie dem Abgleich von Selbst- und Fremdbild werden individuelle Entwicklungsfelder und Stärken definiert.

Ein weiteres Schwerpunktthema in 2013 im Zusammenhang mit der Zertifizierung „berufundfamilie“ wird die Fortführung und Weiterentwicklung einer familienbewussten Personalpolitik sein. Das Audit unterstützt Unternehmen, eine familienbewusste Personalpolitik nachhaltig umzusetzen und ist das strategische Managementinstrument zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Lagebericht

Für den Prognosezeitraum ist eine kontinuierlich stabile Entwicklung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage geplant. Es wird davon ausgegangen, Jahresüberschüsse auf dem Niveau des Vorjahres zu erzielen.

Kiel, 20.03.2013



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)



Dr. Michael Adamska

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			3.008,47		2.302,65
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			2.496.321,38		3.915.063,61
darunter:				2.499.329,85	3.917.366,26
bei der Deutschen Bundesbank	2.496.321,38				
	(Vorjahr 3.915.063,61)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			139.867.238,89		87.500.363,18
b) andere Forderungen			4.134.899.661,11		4.423.422.222,46
				4.274.766.900,00	4.510.922.585,64
3. Forderungen an Kunden				9.456.669.482,00	9.602.385.742,87
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	913.139,66				
	(Vorjahr 1.020.176,80)				
Kommunkredite	3.940.969.033,54				
	(Vorjahr 4.332.535.526,23)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 0,00)				
ab) von anderen Emittenten		149.401.015,71	149.401.015,71		0,00
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	149.401.015,71				
	(Vorjahr 0,00)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		902.523.527,58			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	902.523.527,58				
	(Vorjahr 616.645.333,20)				
bb) von anderen Emittenten		2.049.583.388,74	2.952.106.916,32		2.854.635.934,69
darunter:				3.101.507.932,03	2.854.635.934,69
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.912.211.036,29				
	(Vorjahr 2.109.722.697,05)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.945.130,00	9.937.280,00
6. Beteiligungen				8.142.000,95	8.314.620,93
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.552.023,61	100.552.023,61
8. Treuhandvermögen				999.464.612,58	956.852.245,20
darunter:					
Treuhandkredite	917.320.999,90				
	(Vorjahr 925.520.231,84)				
9. Immaterielle Anlagewerte				1.063.919,00	1.225.984,00
10. Sachanlagen				8.131.516,52	8.665.020,52
11. Sonstige Vermögensgegenstände				11.699.770,86	12.471.147,10
12. Rechnungsabgrenzungsposten				1.388.982,40	2.369.211,92
Summe der Aktiva				17.975.831.599,80	18.072.249.162,74

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Passiva				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		559.620.540,30		372.008.283,86
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		12.538.234.744,12		12.868.921.917,93
			13.097.855.284,42	13.240.930.201,79
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		12.821.621,55		31.775.983,67
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.390.565.963,08		1.355.948.678,53
			1.403.387.584,63	1.387.724.662,20
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			311.699.990,57	328.155.868,95
4. Treuhandverbindlichkeiten		999.464.612,58		
darunter:			999.464.612,58	956.852.245,20
Treuhandkredite	917.320.999,90			
	(Vorjahr 925.520.231,84)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			34.556.927,41	28.035.330,46
6. Rechnungsabgrenzungsposten			46.279.419,62	54.221.307,91
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		44.355.588,00		41.726.426,00
b) andere Rückstellungen		28.423.217,83		38.045.231,67
			72.778.805,83	79.771.657,67
8. Fonds für Zinsausgleich			890.092.778,82	889.469.046,25
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		982.570.918,98		969.943.565,37
c) Gewinnrücklagen		34.145.276,94		34.145.276,94
d) Bilanzgewinn		3.000.000,00		3.000.000,00
			1.119.716.195,92	1.107.088.842,31
Summe der Passiva			17.975.831.599,80	18.072.249.162,74
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			696.503.337,26	587.683.727,85
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			705.307.130,40	631.197.904,14

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		586.608.962,80			640.294.530,39
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		85.192.851,89			84.493.428,26
			671.801.814,69		724.787.958,65
2. Zinsaufwendungen			583.606.140,28		639.338.614,97
				88.195.674,41	85.449.343,68
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			1.152,00		1.152,00
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.206.774,16		8.557.037,01
				8.207.926,16	8.558.189,01
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnab- führungsverträgen				1.305.196,14	737.910,32
5. Provisionserträge			8.485.660,12		15.902.320,22
6. Provisionsaufwendungen			4.435.369,94		11.458.979,60
				4.050.290,18	4.443.340,62
7. Sonstige betriebliche Erträge				14.976.122,46	10.612.162,77
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		26.548.964,30			25.315.279,87
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		6.997.727,26			5.369.734,14
darunter:			33.546.691,56		30.685.014,01
für Altersversorgung	2.486.675,94				
	(Vorjahr 960.142,12)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			16.961.269,65		14.799.606,79
				50.507.961,21	45.484.620,80
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.399.233,33	1.508.061,53
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.890.266,44	3.257.877,11
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpa- piere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				57.904.419,01	57.396.402,52
12. Erträge aus Zuschreibungen zu (Vorjahr: Abschreibungen und Wertberichtigungen auf) Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				23.627,79	1.101.000,00
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				3.009.701,57	3.254.984,44
14. Außerordentliche Erträge				0,00	0,00
15. Außerordentliche Aufwendungen				0,00	0,00
16. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0,00
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				0,00	243.309,00
18. Sonstige Steuern				9.701,57	11.675,44
19. Jahresüberschuss				3.000.000,00	3.000.000,00
20. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
21. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
22. Bilanzgewinn				3.000.000,00	3.000.000,00

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB.SH beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB.SH das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt.

Die IB.SH ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB.SH jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB.SH wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt in Anlehnung an das vom BMF mit Schreiben vom 10.01.1994 für Kreditinstitute empfohlene Verfahren. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgereserven nach § 340f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind handelsrechtlich dem Anlagebestand zugeordnet und werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht.

Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 248,5 (Vj. 882,5) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 245,3 (Vj. 829,7) Mio. € und für einen Genussschein mit einem Buchwert von 9,9 Mio. € (Vj. 9,9) Mio. € wurde ein Marktwert von 8,9 (Vj. 6,5) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten voraussichtlich nicht dauerhaft verschlechtert hat.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzierte Software. Für geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31. Dezember 2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte auf den Stichtag 31. Oktober 2012 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method. Der Berechnung liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zugrunde. Als Rechnungszins wurde der von der Bundesbank veröffentlichte Zinssatz (Restlaufzeit 15 Jahre) in Höhe von 5,06 (Vj. 5,13) % verwendet. Es wurde eine Gehaltssteigerung von 2 % p.a. angenommen.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von 2 % p.a. berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr wird auf eine Abzinsung verzichtet.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen in Höhe von 2,0 (Vj. 2,0) Mio. € werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gezeigt.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Auch für die im Geschäftsjahr ausgezahlten Darlehen der Krankenhausfinanzierung hat das Land die Verpflichtung übernommen, diese auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen.

Im internen Risikomanagement bewertet die Investitionsbank die Zinsänderungsrisiken regelmäßig mit der Modernen Historischen Simulation, einem barwertigen Ansatz. Aus diesem Grund hat die Bank sich entschieden, auch bei der Beurteilung, ob handelsrechtlich eine verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs vorliegt, auf den barwertigen Ansatz abzustellen. Danach weist das Zinsbuch unter der Berücksichtigung von Risiko- und Verwaltungskosten zum Stichtag stille Reserven aus. Eine Drohverlustrückstellung wurde nicht gebildet.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition ab (macro-hedge). Es findet keine Zusammenfassung von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten (Bewertungseinheiten) zum Zweck der bilanziellen Abbildung statt.

Im Zinsergebnis der Bank erfolgt ein Bruttoausweis der Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen.

Angaben zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	139,9	87,5
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	225,2	425,0
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	242,3	369,5
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.288,0	1.248,9
• mehr als 5 Jahre	2.379,3	2.380,0
Bilanzausweis	4.274,7	4.510,9

Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	345,9	378,3
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	445,0	488,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.974,8	2.144,8
• mehr als 5 Jahre	6.691,0	6.590,5
Bilanzausweis	9.456,7	9.602,4
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	0,0	0,0

In den Forderungen an Kunden sind 55,7 (Vj. 61,3) Mio. € Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen. Forderungen an verbundene Unternehmen sind in Höhe von 4,3 (Vj. 5,0) Mio. € enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
• börsennotiert	2.952,1	2.854,6
• nicht börsennotiert	149,4	0,0
Bilanzausweis	3.101,5	2.854,6
darunter:		
im Folgejahr fällig	314,2	538,6

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt 1.436,8 (Vj. 1.336,5) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
• börsennotiert	9,9	9,9
• nicht börsennotiert	0,0	0,0
Bilanzausweis	9,9	9,9

Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	59,6	63,0
Forderungen an Kunden	27,2	32,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	60,7	60,7
Insgesamt	147,5	156,3

Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
• täglich fällig	82,0	30,5
• andere Forderungen	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	917,5	926,3
Bilanzausweis	999,5	956,8

Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	6,6	6,1	8,9	8,4
Zugänge	0,6	0,2	0,1	0,0
Abgänge	0,0	0,0	0,2	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	6,1	5,1	1,9	1,8
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,8	0,4	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2012	1,1	1,2	6,9	6,6

Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert zum 01.01.2012	8,3	100,6	2.807,8	9,9
Zugänge			773,3	
Zuschreibungen			1,3	
Abgänge	0,2		530,5	
Abschreibungen			0,2 ²⁾	
Buchwert 31.12.2012	8,1	100,6	3.051,7	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet auch fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 49,8 Mio. €.
²⁾ Abschreibung Agio

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 11,7 (Vj. 12,5) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Land über 10,9 (Vj. 10,5) Mio. € sowie Anzahlungen auf erworbene Forderungen in Höhe von 0,6 (Vj. 1,5) Mio. €.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen	0,5	1,5
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen	0,1	0,1
Disagien aus begebenen Namenspapieren	0,6	0,5
Sonstiges	0,2	0,3
Bilanzausweis	1,4	2,4

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	559,6	372,0
nach Restlaufzeiten:		
• bis 3 Monate	1.158,4	1.330,6
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.369,6	1.378,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.583,5	4.159,5
• mehr als 5 Jahre	5.426,8	6.000,0
Bilanzausweis	13.097,9	13.240,9

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	12,8	31,8
nach Restlaufzeiten:		
• bis 3 Monate	55,0	92,8
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15,1	35,4
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	94,5	30,0
• mehr als 5 Jahre	1.226,0	1.197,7
Bilanzausweis	1.403,4	1.387,7

Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln

Fristengliederung	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten:		
• bis 3 Monate	28,4	9,5
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5,4	8,3
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	46,5	64,8
• mehr als 5 Jahre	231,4	245,6
Bilanzausweis	311,7	328,2

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die IB.SH hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 354,4 (Vj. 442,1) Mio. € als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abgetreten. Darüber hinaus wurden Wertpapiere und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 623,9 (Vj. 955,1) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Treuhandverbindlichkeiten

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
• täglich fällig	0,1	0,1
• andere Verbindlichkeiten	27,9	31,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
• täglich fällig	59,7	19,3
• andere Verbindlichkeiten	911,8	905,5
Bilanzausweis	999,5	956,8

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 34,6 (Vj. 28,0) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Zuschüssen im Rahmen des EFRE-Fonds mit einem Betrag von 31,9 (Vj. 26,4) Mio. €.

Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2012 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Disagien aus Darlehen	18,0	24,5
Disagien aus Schuldscheindarlehen und Namenspapieren	0,0	0,1
Ankauf von Forderungen zum Barwert	18,6	20,7
Sonstiges	9,7	8,9
Bilanzausweis	46,3	54,2

Eigenkapital

In die Kapitalrücklage wurden Landesmittel in Höhe von 12,6 Mio. € eingestellt. Der Bilanzgewinn 2011 in Höhe von 3,0 Mio. € wurde an das Land abgeführt.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 696,5 (Vj. 587,7) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften. Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 705,3 (Vj. 631,2) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Die Eventualverbindlichkeiten aus Kreditbürgschaften stellen Kreditersatzgeschäft dar. Das Risiko der Inanspruchnahme wird im Rahmen der Kreditbewilligung auf Einzelgeschäftsebene eingeschätzt. Die Gründe für die Inanspruchnahme resultieren aus den im Kreditgeschäft branchenüblichen Risiken.

Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft werden voraussichtlich in voller Höhe in Anspruch genommen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen in Höhe von 8,9 Mio € insbesondere für die Abwicklung von EU-Programmen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert ein Betrag von 2,0 Mio. € aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

	31.12.2011 T €	Vorjahr T €
Abschlussprüfungsleistungen	208,3	196,3
andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	51,2	21,1
Insgesamt	259,5	217,4

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält keine periodenfremden Aufwendungen oder Erträge.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital in T € ^{1) 2)}	Davon: Ergebnis in T € ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24	22.923	1.658
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100	46	3
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG, Kiel	100	3.961	5.288
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	52.808	4.421

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB
²⁾ Vorjahreszahlen

Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die Investitionsbank die folgenden Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen.

Die Marktbewertung erfolgte mittels der Discounted Cashflow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swapgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute mit 41,1 (Vj. 45,8) Mio. € bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 139,5 (Vj. 146,3) Mio. € ausgewiesen.

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	596,4	3.197,1	5.293,2	410,4	941,6

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	291	195	486	466
davon: Teilzeitbeschäftigte	116	11	127	118

Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Am Bilanzstichtag bestehen Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrates in Höhe von 0,2 (Vj. 0,1) Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 betragen 0,8 (Vj. 0,9) Mio. €, darin enthalten sind Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge in Höhe von 0,3 (Vj. 0,3) Mio. €.

Für frühere Mitglieder der Organe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 3,4 (Vj. 3,4) Mio. €.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahe stehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB.SH identifiziert.

Als nahe stehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Erk Westermann-Lammers

Vorsitzender des Vorstandes,
Marktvorstand

Dr. Michael Adamska

Marktfolgevorstand

Verwaltungsrat

Thomas Losse-Müller (Vorsitzender seit
26.06.2012) Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Olaf Bastian (bis 25.06.2012)

Staatssekretär im Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Frank Nägele (1. Vertr. des Vorsitzenden
seit 26.06.2012) Staatssekretär im Ministerium
für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Tamara Zieschang (bis 25.06.2012)

Staatssekretärin im Ministerium für
Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Bernd Küpperbusch (2. Vertr. des Vorsitzenden
seit 26.06.2012) Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Volker Dornquast (bis 25.06.2012)

Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhardt Schmidt-Elsaesser

(seit 26.06.2012) Staatssekretär im Ministerium
für Justiz, Kultur und Europa des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Michael Dölp (bis 25.06.2012)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz,
Gleichstellung und Integration des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Anette Langner (seit 26.06.2012)

Staatssekretärin im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie und Gleichstellung des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde (bis 25.06.2012)

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gesundheit des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ingrid Nestle (seit 26.06.2012)

Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius (bis 25.06.2012)

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Jochen von Allwörden

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Städteverbandes Schleswig-Holstein

Matthias Schulz-Kleinfeldt

Hauptgeschäftsführer der IHK zu Lübeck

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf · Kiel
Axel Barkow · Trappenkamp
Patricia Friedrichs · Rendsburg
Nils Bachmann · Kiel

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Erk Westermann-Lammers
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7 · 24103 Kiel (Aufsichtsrat)

HSH Finanzfonds AöR · Besenbinderhof 37
20097 Hamburg (Anstaltsträgerversammlung)

Dr. Michael Adamska
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein mbH · Lorentzendamm 21
24103 Kiel (Aufsichtsrat)

Mandate anderer Mitarbeiter in Aufsichtsgremien

Monika Evert
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7 · 24103 Kiel (Aufsichtsrat)

Kiel, den 20. März 2013



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)



Dr. Michael Adamska

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhält-

nissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 18. April 2013

Deloitte & Touche GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Reker
(Wirtschaftsprüfer)

gez. ppa. Hammelstein
(Wirtschaftsprüfer)

Zentrale Kontaktdaten

IB.SH

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Postfach 1128

24100 Kiel

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

Fax 0431 9905-3383

info@ib-sh.de · www.ib-sh.de

Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Hamburg

(in Kooperation mit der Innovationsstiftung Hamburg)

Büro des Enterprise Europe Network Hamburg/Schleswig-Holstein

Habichtstraße 41 · 22305 Hamburg

Tel. 040 8222078-64

www.een-hhsh.de

Rostock

Europäische Territoriale Zusammenarbeit/EU-Ostseeprogramm

www.eu.baltic.net

EUSBSR Seed Money Facility

Grubenstraße 20 · 18055 Rostock

Tel. 0381 454845281

http://seed.eusbsr.eu

Riga

Zweigstelle des Sekretariats EU-Ostseeprogramm

(in Kooperation mit der State Regional Development Agency, Lettland)

Ausekla iela 14–6 · Riga LV 1010 · Latvia

Tel. +371 67357373

www.eu.baltic.net

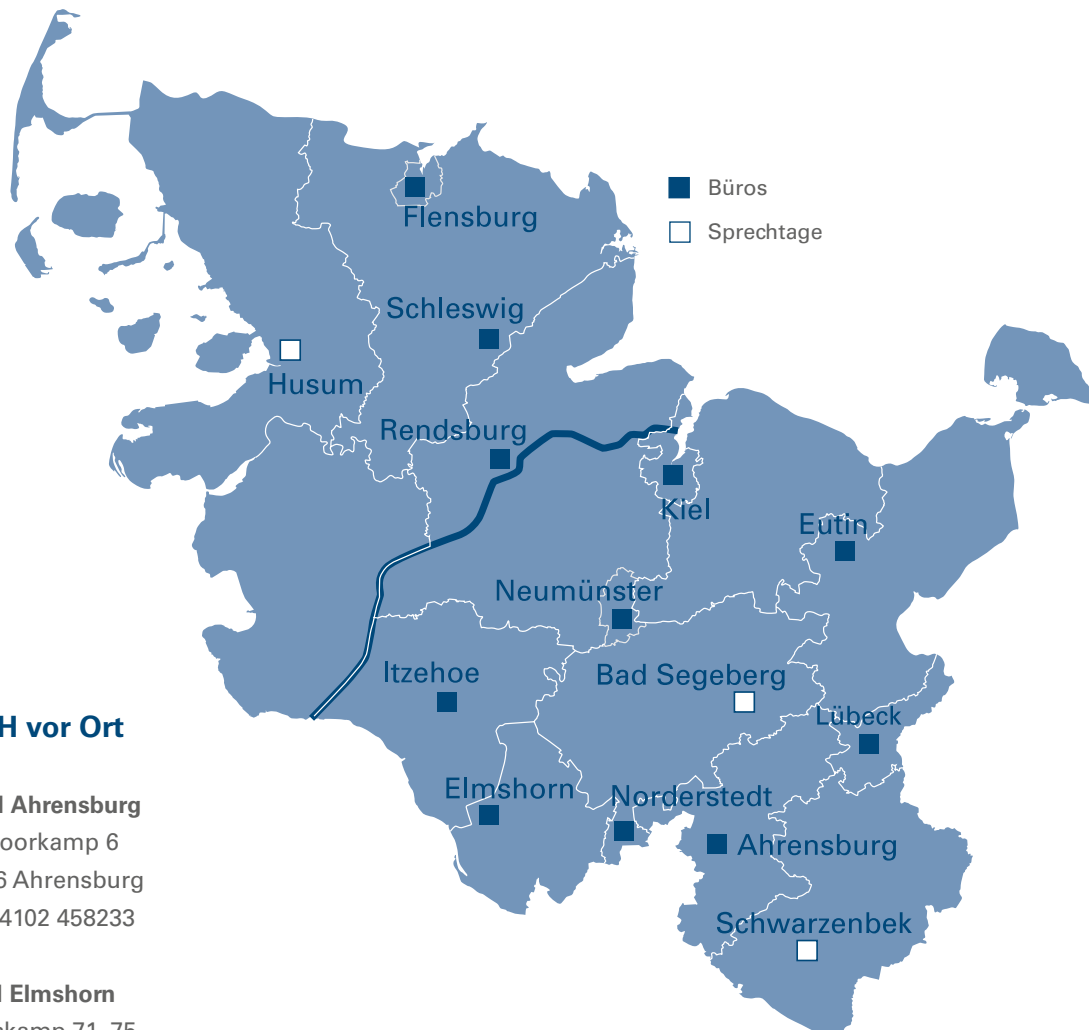
Brüssel

Verbindungsbüro der IB.SH

Square de Meeûs 37 · 1000 Brüssel · Belgien

Tel. +32 22307224

www.ib-sh.de



IB.SH vor Ort

IB.SH Ahrensburg

Beimoorkamp 6
22926 Ahrensburg
Tel. 04102 458233

IB.SH Elmshorn

Ramskamp 71–75
25337 Elmshorn
Tel. 04121 471550

IB.SH Eutin

Königstraße 2
23701 Eutin
Tel. 04521 774638

IB.SH Kiel

Fleethörn 29–31
24103 Kiel
Tel. 0431 9905-0

IB.SH Norderstedt

Rathausallee 70
22846 Norderstedt
Tel. 040 5268300

IB.SH Flensburg

Friesische Straße 1–9
24937 Flensburg
Tel. 0461 144860

IB.SH Lübeck

Fackenburger Allee 2
23554 Lübeck
Tel. 0451 799860

IB.SH Rendsburg

Kanzleistraße 1
24768 Rendsburg
Tel. 04331 122544

IB.SH Itzehoe

Hanseatenplatz 5
25524 Itzehoe
Tel. 04821 67770

IB.SH Neumünster

Großflecken 26
24534 Neumünster
Tel. 04321 488830

IB.SH Schleswig

Michaelisstraße/Carstengang 2
24837 Schleswig
Tel. 04621 989771

Herausgeber

IB.SH

Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Tel. 0431 9905-3448 oder 0431 9905-3481

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Bebilderung

PantherMedia: Seite 1 (Titel), 60, 72

Fotolia: Seite 52

Europäische Kommission: Seite 10 (J. Hahn)

medac: Seite 17

Holger Stöhrmann: Seite 14, 16, 24, 27, 34, 36, 37, 42, 44, 45, 50, 53, 66

Rolf Kißling: Seite 68, 69

Semmelhaack Wohnungsunternehmen: Seite 26

Druck

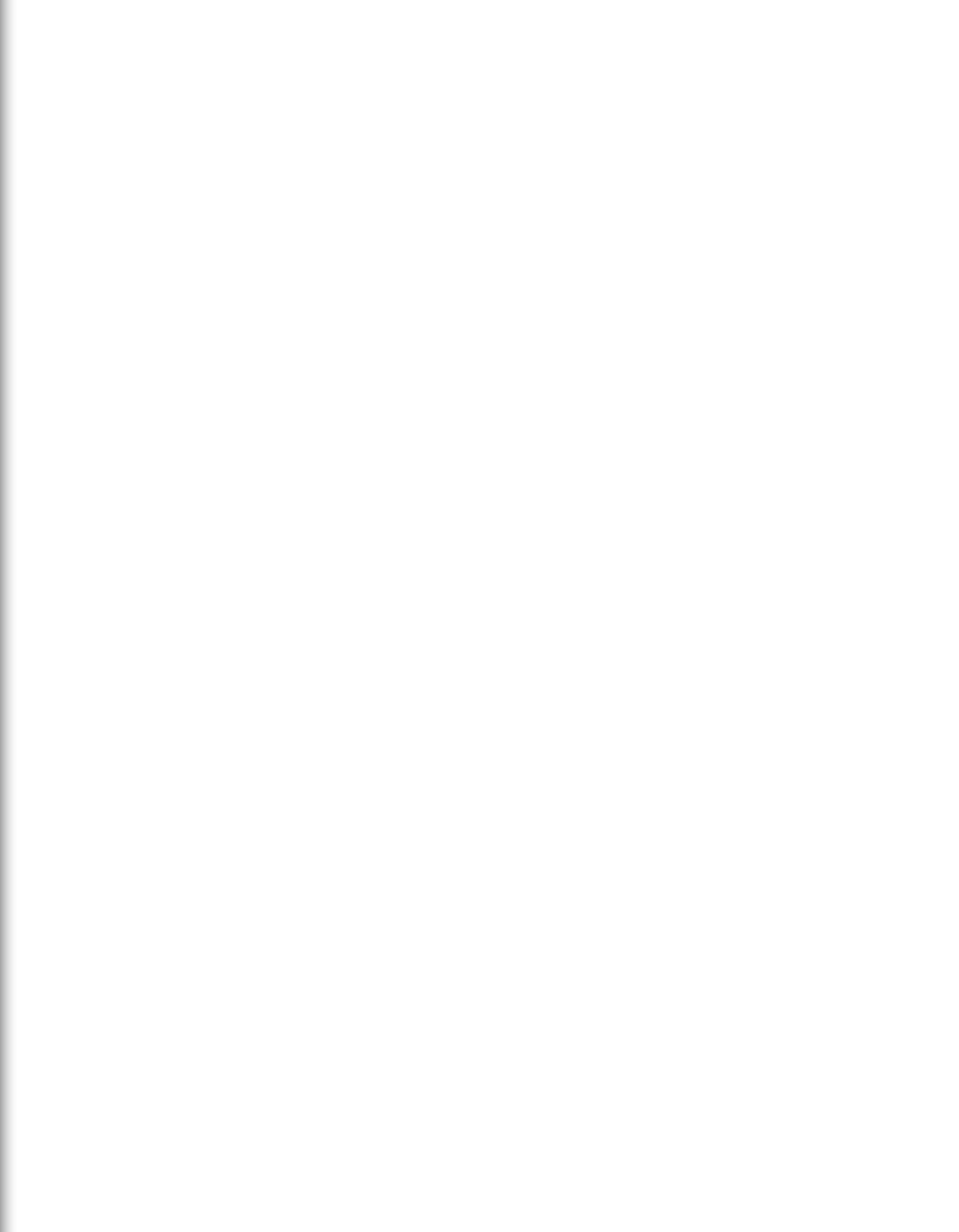
A.C. Ehlers Medienproduktion GmbH



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 204-10690-0212-1022

Gedruckt auf 100 % recyceltem Altpapier,
FSC® zertifiziert und mit EU Eco-Label ausgezeichnet.



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29-31

24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

www.ib-sh.de

IB.SH
Ihre **Förderbank**